

Anhang

zum Konzernabschluss der Deutsche Post AG zum 31. Dezember 2007

1 Grundlagen der Rechnungslegung

Als börsennotiertes Unternehmen hat die Deutsche Post AG ihren Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt.

Die Anforderungen der angewandten Standards wurden vollständig erfüllt und vermitteln ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns Deutsche Post World Net.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlust-Rechnung, die Bilanz, die Kapitalflussrechnung, die Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie den Anhang (Notes). Die Anhangangaben enthalten zudem eine Segmentberichterstattung. Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind verschiedene Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlust-Rechnung zusammengefasst. Diese Posten werden im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gewinn- und Verlust-Rechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Die Bilanzierung und Bewertung sowie die Erläuterungen und Angaben zum IFRS-Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2007 basieren grundsätzlich auf denselben Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die auch dem Konzernabschluss 2006 zugrunde lagen. Ausnahmen bilden hier die unter Textziffer 4 aufgeführten Änderungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS, die vom Konzern seit dem 1. Januar 2007 verpflichtend anzuwenden sind, sowie Anpassungen von Vorjahreszahlen aufgrund durchgeführter Restatements. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind unter Textziffer 6 erläutert.

Das Geschäftsjahr der Deutsche Post AG und ihrer einbezogenen Tochterunternehmen entspricht dem Kalenderjahr. Die in das Handelsregister des Amtsgerichts Bonn eingetragene Deutsche Post AG hat ihren Sitz in Bonn.

Der Konzernabschluss wird in EUR aufgestellt. Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wurde, in Millionen € (Mio €) angegeben.

2 Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 sind neben der Deutsche Post AG grundsätzlich alle in- und ausländischen Unternehmen einbezogen, bei denen die Deutsche Post AG unmittelbar oder mittelbar über die Mehrheit der Stimmrechte der Gesellschaft verfügt oder auf andere Weise auf die Tätigkeit beherrschenden Einfluss nehmen kann. Die Unternehmen werden beginnend mit dem Zeitpunkt in den Konzernabschluss einbezogen, ab dem Deutsche Post World Net die Möglichkeit der Beherrschung erlangt.

Neben der Deutsche Post AG als Mutterunternehmen umfasst der Konsolidierungskreis die in unten stehender Tabelle aufgeführten Unternehmen.

Konsolidierungskreis

	2006	2007
Anzahl der vollkonsolidierten Unternehmen (Tochterunternehmen)		
Inländisch	133	113
Ausländisch	920	857
Anzahl der quotal einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen		
Inländisch	2	1
Ausländisch	6	12
Anzahl der at Equity bilanzierten Unternehmen (assoziierte Unternehmen)		
Inländisch	4	3
Ausländisch	32	18

Die Aufstellung des Anteilsbesitzes des Konzerns gemäß § 313 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 und Abs. 3 HGB wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht. Weiterhin ist eine vollständige Liste des Anteilsbesitzes der Deutsche Post AG beim Handelsregister des Amtsgerichts Bonn hinterlegt. Eine Aufstellung der wesentlichen in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierten Unternehmen findet sich unter Textziffer 53.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die wesentlichen konsolidierungspflichtigen Unternehmenskäufe und Gründungen im Geschäftsjahr 2007:

Gesellschaften – Zugänge

	Kapitalanteil %	Einbeziehungsart	Erwerbs-/Erstkonsolidierungszeitpunkt	Erläuterung
BRIEF				
The Stationery Office Holdings Limited, Großbritannien	100	vollkonsolidiert	10. Januar 2007	Erwerb
EXPRESS				
ASTAR Air Cargo Holdings LLC, USA	49	vollkonsolidiert	8. Juni 2007	Erwerb
Polar Air Cargo Worldwide Inc., USA	49	at Equity bewertet	25. Juni 2007	Erwerb
AeroLogic GmbH, Deutschland	50	quotal konsolidiert	26. September 2007	Gründung
LOGISTIK				
FC (Flying Cargo) International Transportation Ltd., Israel	100	vollkonsolidiert	31. Dezember 2007	Erwerb
FINANZ DIENSTLEISTUNGEN				
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Deutschland	100	vollkonsolidiert	8. Mai 2007	Gründung

BRIEF

Williams Lea hat am 10. Januar 2007 100 % der Anteile an dem Unternehmen The Stationery Office Holdings Limited (TSO), London, erworben. TSO erbringt vorwiegend für britische Regierungsinstitutionen und staatliche Organisationen Dienstleistungen im Bereich Druck- und Dokumentenmanagement, ist Marktführer im öffentlichen Sektor und verfügt über exzellente Geschäftsbeziehungen zur staatlichen Verwaltung. Diese Übernahme stärkt gleichzeitig Williams Leas Stellung als weltweit führendes Unternehmen für das Management von Unternehmensinformationen. Im Folgenden wird die Kaufpreisallokation für TSO dargestellt. Im Rahmen der Akquisition wurden 135 Mio € Finanzschulden durch Deutsche Post World Net abgelöst. TSO trug mit 25 Mio € zum Konzern-EBIT bei.

Mio €	10. Januar 2007
Anschaffungskosten der Beteiligung	22
Anschaffungsnebenkosten	1
Anschaffungskosten gesamt	23
Abzüglich zum beizulegenden Zeitwert erworbenes Nettovermögen	-116
Firmenwert	139

Mio €	Buchwert	Anpassung	Beizulegender Zeitwert
Immaterielle Vermögenswerte	0	83	83
Sachanlagen	3	0	3
Finanzanlagen	0	0	0
Kurzfristige Vermögenswerte und flüssige Mittel	22	0	22
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	-158	-4	-162
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	-34	-3	-37
Latente Steuern – netto	0	-25	-25
Erworbenes Nettovermögen	-167	51	-116

Mio €	10. Januar 2007
Markenname	11
Kundenstamm	72
Pensionsverpflichtungen	-4
Andere Rückstellungen	-3
Latente Steuern – netto	-25
Anpassungen auf Vermögenswerte und Schulden	51

EXPRESS

Am 8. Juni 2007 hat Deutsche Post World Net 49 % der Kapitalanteile und 24,9 % der Stimmrechte an der amerikanischen Luftfrachtgesellschaft ASTAR Air Cargo Holdings LLC (Astar) zu einem Kaufpreis in Höhe von 66 Mio € erworben. Aufgrund von SIC 12 wurde die Gesellschaft vollständig in den Konzernabschluss einbezogen. Wegen der vorangegangenen Geschäftsbeziehungen waren gemäß IFRIC 4 in Verbindung mit IAS 17 Flugzeuge von Astar bereits seit 1. Januar 2006 als Finanzierungsleasing im Konzernabschluss enthalten. Die Buchwerte der Flugzeuge werden im Konzern entsprechend fortgeführt. Astar erbringt im Wesentlichen Leistungen für Konzerngesellschaften.

Mio €	8. Juni 2007
Anschaffungskosten der Beteiligung	66
Anschaffungsnebenkosten	1
Anschaffungskosten gesamt	67
Abzüglich zum beizulegenden Zeitwert bewertetes anteiliges Nettovermögen (49 %)	-11
Firmenwert	78

Mio €	Buchwert	Anpassung	Beizulegender Zeitwert
Immaterielle Vermögenswerte (Kundenstamm)	10	-4	6
Forderungen aus Finanzierungsleasing (Flugzeuge)	65	0	65
Sonstige Sachanlagen	5	0	5
Finanzanlagen	1	0	1
Kurzfristige Vermögenswerte und flüssige Mittel	68	0	68
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	-94	0	-94
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	-87	0	-87
Aktive Latente Steuern – netto	12	2	14
Erworbenes Nettovermögen	-20	-2	-22

Deutsche Post World Net und Deutsche Lufthansa AG haben am 26. September 2007 über ihre Tochterunternehmen DHL Express und Lufthansa Cargo eine gemeinsame Frachtfluggesellschaft AeroLogic GmbH (AeroLogic) gegründet. Der Sitz ist in Leipzig. DHL Express und Lufthansa Cargo halten jeweils 50 % der Geschäftsanteile. AeroLogic wird zukünftig Frachtdienstleistungen von und nach Asien erbringen. Die Aufnahme des Flugbetriebs ist für April 2009 geplant. Zu diesem Zweck werden zunächst acht Flugzeuge geleast (Operating-Lease-Agreement). Die sich hieraus ergebenden finanziellen Verpflichtungen werden mit Laufzeitbeginn (Januar 2009) unter den sonstigen finanziellen Verpflichtungen ausgewiesen. Vertragspartner und Leasinggeber der AeroLogic ist die Deucalion Capital VII Ltd., Cayman Islands.

Deutsche Post World Net hat am 25. Juni 2007 49 % der Kapitalanteile des amerikanischen Unternehmens Polar Air Cargo Worldwide, Inc. (Polar Air Cargo), übernommen, eines führenden Anbieters von weltweiten Luftfrachtdienstleistungen. Polar Air Cargo geht als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss ein. Der Gesamtkaufpreis beträgt 129 Mio € inklusive nachträglicher Kaufpreisanpassung, davon wurden 56 Mio € bei Abschluss der Transaktion und 16 Mio € im November 2007 gezahlt. Die restlichen Kaufpreiszahlungen erfolgen am 15. Januar 2008 und am 17. November 2008. Darüber hinaus schließt DHL für 20 Jahre eine Vereinbarung über feste Kapazitäten mit Polar Air Cargo ab, um auf den Routen zu wichtigen Bestimmungsorten in Asien ein gewisses Volumen garantieren zu können.

LOGISTIK

DHL Global Forwarding hat mit Wirkung zum 31. Dezember 2007 sämtliche Anteile an der FC (Flying Cargo) International Transportation Ltd, Tel Aviv, erworben. Das Unternehmen ist Marktführer im Luft- und Seefrachtbereich in Israel und dort schon seit vielen Jahren als Agent für DHL Global Forwarding tätig. Der Kaufpreis beträgt 74 Mio €, die erste Ratenzahlung in Höhe von 43 Mio € erfolgt im Januar 2008, die zweite Zahlung in Höhe von 31 Mio € erfolgt im Januar 2010. Der vorläufige Firmenwert beträgt 73 Mio €. Die Kaufpreisallokation wird voraussichtlich im 2. Quartal 2008 abgeschlossen sein.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2007 für Unternehmenskäufe rund 347 Mio € (Vorjahr: 2,2 Mrd €) aufgewandt. Die Kaufpreise der erworbenen Gesellschaften wurden durch die Übertragung von Zahlungsmitteln beglichen. Weitere Angaben zu den Zahlungsströmen finden sich unter Textziffer 47.

Folgende Abgangs- und Entkonsolidierungseffekte von vollkonsolidierten Gesellschaften konnten festgestellt werden:

LOGISTIK

Im März 2007 hat Deutsche Post World Net 100 % der Anteile an der Vfw AG, Deutschland, verkauft. Es entstand ein Entkonsolidierungserfolg in Höhe von 59 Mio €, der in den sonstigen betrieblichen Erträgen gezeigt wird.

FINANZ DIENSTLEISTUNGEN

Weiterhin wurden die BHW Lebensversicherung AG einschließlich ihrer Spezialfonds sowie die 50%ige Beteiligung an der PB Versicherung AG und der PB Lebensversicherung AG mit Wirkung zum 30. September 2007 veräußert. Der Ertrag aus der Entkonsolidierung beträgt 391 Mio € und wird im sonstigen betrieblichen Ertrag ausgewiesen.

EXPRESS

Im Oktober 2007 hat DHL Express die Gesellschaften Dedicated Distribution Services B.V., Niederlande, sowie Van Osselaer-Pieters Colli Service B.V.B.A., Belgien, an die Österreichische Post AG verkauft. Es entstand ein Entkonsolidierungsertrag in Höhe von 7 Mio €.

Abgangs- und Entkonsolidierungseffekte vollkonsolidierter Gesellschaften

Mio €	2007
Abgangseffekte	
Immaterielle Vermögenswerte	7
Sachanlagen	15
Finanzanlagen	3
Vorräte	1
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	154
Forderungen aus Finanzdienstleistungen	2.546
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	47
IAS-39-Rücklagen	-6
Rückstellungen	-1.807
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	-139
Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen	-31
Finanzschulden	-2
Latente Steuern – netto	-6
Umsatzerlöse	51
Entkonsolidierungserfolg	456

Gemeinschaftsunternehmen

Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung, die den wesentlichen einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen zuzurechnen sind:

Zum 31. Dezember	2006 ¹⁾	2007 ¹⁾
Bilanz		
Immaterielle Vermögenswerte	46	48
Sachanlagen	10	8
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	69	93
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	24	18
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	-77	-93
Rückstellungen	-1	-2
Finanzschulden	-14	-20
Gewinn- und Verlust-Rechnung		
Umsatzerlöse	433	352
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	17	19

1) Quotierte Meldedaten

Bei den einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen handelt es sich im Wesentlichen um Express Courier Ltd. (Neuseeland) und Exel-Sinotrans Freight Forwarding Co. Ltd, China.

3 Wesentliche Geschäftsvorfälle

Neben den unter Textziffer 2 genannten Akquisitionen und Abgängen ergaben sich für das Geschäftsjahr 2007 folgende wesentliche Geschäftsvorfälle, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns beeinflusst haben:

Durch die Unternehmensteuerreform 2008 reduzierte sich der rechnerische Ertragsteuersatz für inländische Konzerngesellschaften von 39,9 % auf 29,8 % (Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag 15,8 %, Gewerbesteuer 14 %). Da bei inländischen Konzerngesellschaften deutlich mehr latente Ertragsteuerverpflichtungen als -ansprüche ausgewiesen werden, führte die Neubewertung im Geschäftsjahr 2007 zu einer Steuerentlastung von rund 188 Mio €.

Aus dem Verkauf der Versicherungsgesellschaften der Deutschen Postbank Gruppe ergab sich ein Entkonsolidierungsertrag in Höhe von 391 Mio €. Dem standen Verkaufsverluste aus der Veräußerung von niedrigverzinslichen Wertpapierbeständen (-183 Mio €), weiteren Portfolio-Bereinigungen, Transaktionskosten, Wertanpassungen im Zusammenhang mit der Subprime-Krise (-112 Mio €) sowie Sonderbelastungen im Verwaltungsaufwand und Einmaleffekte im Zinsüberschuss gegenüber, so dass sich hieraus ein Nettoeffekt in Höhe von -25 Mio € ergab.

Im Dezember 2007 wurde das Anlagevermögen der Cash-Generating-Unit (CGU) EXPRESS Americas in Höhe von 594 Mio € auf den beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten wertgemindert.

Die unten stehende Tabelle gibt einen Überblick über die wesentlichen Einmaleffekte des Geschäftsjahres 2007 (auf Konzernebene):

Wesentliche Geschäftsvorfälle

Mio €	2007
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) vor Einmaleffekten	3.762
Einmaleffekte Deutsche Postbank Gruppe netto	-25
Verkauf Vfw AG	59
Wertminderungen auf das Anlagevermögen	-594
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) nach Einmaleffekten	3.202
Steuerentlastung aufgrund der Steuerreform 2008	188

4 Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS und Anpassungen von Vorjahreszahlen

Folgende Standards, Änderungen zu Standards und Interpretationen sind verpflichtend ab bzw. nach dem 1. Januar 2007 anzuwenden:

Die erstmalige Anwendung des IFRS 7 „Finanzinstrumente: Anhangsangaben“ verbessert die Informationen zu Finanzinstrumenten in qualitativer und quantitativer Hinsicht. Angaben zum Ausmaß von Risiken aus Finanzinstrumenten einschließlich spezifizierter Mindestangaben zu Kredit-, Liquiditäts- und Marktrisiken sowie Sensitivitätsanalysen vervollständigen das Bild hinsichtlich bestehender Marktrisiken. Der neue Standard ersetzt IAS 30 „Angaben im Abschluss von Banken und ähnlichen Finanzinstitutionen“ sowie Angabepflichten des IAS 32 „Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung“. Gemäß IAS 1 werden erstmals zusätzliche Angaben zur Höhe des unternehmerischen Kapitals und zu dessen Steuerung gemacht.

IFRIC 7 „Anpassung des Abschlusses gemäß IAS 29 Rechnungslegung in Hochinflationländern“ klärt Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung von IAS 29 für den Fall, dass das Land, dessen Währung die funktionale Währung des bilanzierenden Unternehmens ist, zu einem Hochinflationland wird. Die erstmalige Anwendung von IFRIC 7 hat keine Auswirkung auf den Konzernabschluss.

IFRIC 8 „Anwendungsbereich von IFRS 2“ klärt die Anwendbarkeit des IFRS 2 „Anteilsbasierte Vergütung“ auf Vereinbarungen, bei denen das bilanzierende Unternehmen anteilsbasierte Vergütungen gegen keine oder gegen eine nicht adäquate Gegenleistung gewährt. Die erstmalige Anwendung von IFRIC 8 hat keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IFRIC 9 „Neubeurteilung eingebetteter Derivate“ befasst sich mit der Frage, ob ein Vertrag lediglich zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses oder während seiner gesamten Laufbahn daraufhin geprüft werden muss, ob ein eingebettetes Derivat nach IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ vorliegt. Die erstmalige Anwendung von IFRIC 9 hat keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IFRIC 10 „Zwischenberichterstattung und Wertminderung“ befasst sich mit dem Verhältnis der Vorschriften des IAS 34 zur Zwischenberichterstattung und den Regelungen des IAS 36 und des IAS 39 zur Wertaufholung bei bestimmten Vermögenswerten. Damit dürfen die in Quartalsabschlüssen vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen auf Vermögenswerte im Jahresabschluss nicht wieder rückgängig gemacht werden. Die erstmalige Anwendung des IFRIC 10 hat keine Auswirkung auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften, die durch die Europäische Union anerkannt wurden

IFRS 8 „Operating Segments“, der den bisherigen IAS 14 „Segment Reporting“ ersetzt, enthält neue Vorschriften für die Darstellung der Segmentberichterstattung. Nach IFRS 8 ist die Segmentberichterstattung nach dem so genannten „Management-Approach“ aufzustellen. Danach liegen der Abgrenzung der Segmente und den Angaben für die Segmente die Informationen zugrunde, die vom Management für Zwecke der Ressourcenallokation und Leistungsbeurteilung der Unternehmensbestandteile intern verwendet werden. IFRS 8 ist erstmals verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Die erstmalige Anwendung von IFRS 8 wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

IFRIC 11 „IFRS 2 – Geschäfte mit eigenen Aktien und Aktien von Konzernunternehmen“ klärt die Frage, wie IFRS 2 auf aktienbasierte Zahlungsvereinbarungen anzuwenden ist, die unternehmenseigene Eigenkapitalinstrumente oder Eigenkapitalinstrumente eines anderen Unternehmens desselben Konzerns beinhalten. Die Interpretation ist erstmals anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. März 2007 beginnen. Die erstmalige Anwendung von IFRIC 11 wird voraussichtlich keine wesentliche Auswirkung auf den Konzernabschluss haben.

Neue Rechnungslegungsvorschriften, bei denen die Anerkennung durch die Europäische Union noch aussteht (Endorsement-Verfahren)

Der IASB und das IFRIC haben noch weitere Standards und Interpretationen verabschiedet, die für das Geschäftsjahr 2007 noch nicht verpflichtend anzuwenden sind. Die Anwendung dieser IFRS setzt voraus, dass die noch ausstehende Anerkennung durch die Europäische Union erfolgt.

Mit der überarbeiteten Fassung des IAS 23 (2007) „Borrowing Costs“ sind Fremdkapitalkosten, die direkt dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung qualifizierter Vermögenswerte zugeordnet werden können, zu aktivieren. Die aktuell bestehende Möglichkeit zur sofortigen aufwandswirksamen Erfassung von Fremdkapitalkosten wird abgeschafft. IAS 23 (2007) ist erstmals anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Die Auswirkungen der Anwendung der neuen Regelung auf den Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

IFRIC 12 „Service Concession Arrangements“ regelt die Bilanzierung von Vereinbarungen, bei denen die öffentliche Hand mit privaten Unternehmen Verträge abschließt, die auf die Erfüllung öffentlicher Aufgaben gerichtet sind. Zur Erfüllung dieser Aufgaben nutzt das private Unternehmen Infrastruktur, die in der Verfügungsmacht der öffentlichen Hand bleibt. Das private Unternehmen ist für den Bau, den Betrieb und die Erhaltungsmaßnahmen in Bezug auf die Infrastruktur verantwortlich. Die Interpretation ist erstmals anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2008 beginnen. Die Auswirkungen der erstmaligen Anwendung von IFRIC 12 auf den Konzernabschluss der Deutsche Post AG werden derzeit überprüft.

IFRIC 13 „Customer Loyalty Programmes“ regelt den Ausweis von Umsatzerlösen im Zusammenhang mit Kundenbonusprogrammen, die von den Herstellern bzw. Dienstleistungsanbietern selbst oder von Dritten betrieben werden. Die Interpretation ist erstmals anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2008 beginnen. Die Auswirkung der erstmaligen Anwendung von IFRIC 13 auf den Konzernabschluss wird derzeit überprüft.

IFRIC 14 „IAS 19 – The Limit on a Defined Benefit Asset, Minimum Funding Requirements and their Interaction“ wurde am 5. Juli 2007 veröffentlicht und ergänzt die bestehenden Regelungen des IAS 19 zum so genannten Asset-Ceiling (IAS 19.58 ff.). Zusätzlich wird hiermit die Anwendung des Asset-Ceilings bei gesetzlichen oder vertraglichen Mindestdotierungsanforderungen (so genannte Minimum-Funding-Requirements) geregelt. Die Interpretation ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2008 beginnen. Durch eine Anwendung des IFRIC 14 bereits zum 31. Dezember 2007 ergeben sich für Deutsche Post World Net keine Auswirkungen auf die Pensionsrückstellungen oder -aufwendungen.

Die überarbeitete Fassung des IAS 1 „Presentation of Financial Statements“ soll den Anwendern die Analyse und den Vergleich von Abschlüssen erleichtern. Der geänderte Standard ist verpflichtend anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen, eine frühere Anwendung ist zulässig. Die erstmalige Anwendung wird keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung des Konzernabschlusses haben.

Anpassung der Konzernbilanz

Die Konzernbilanzwerte zum 31. Dezember 2006 änderten sich zum einen durch die Umgliederung des Nachrangkapitals der Deutschen Postbank Gruppe von den anderen Verbindlichkeiten in die Finanzschulden, um alle verzinslichen Verbindlichkeiten in einer Position zu zeigen. Zum anderen wurde der Ausweis der Ertragsteueransprüche und -schulden geändert. Die bisher in den Steuerpositionen – neben der Ertragsteuer – enthaltenen sonstigen Steuerarten wurden in die Forderungen und sonstigen Vermögenswerte, anderen Verbindlichkeiten sowie anderen Rückstellungen umgliedert.

Angepasste Konzernbilanz

Zum 31. Dezember Mio €	2006	Anpassung	2006 angepasst	Erläuterungen
Steuerforderungen (neue Bezeichnung: Ertragsteueransprüche)	670	-389	281	Umgliederung der sonst. Steuerforderungen
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	8.917	389	9.306	Umgliederung der sonst. Steuerforderungen
Steuerverbindlichkeiten (neue Bezeichnung: Ertragsteuerverbindlichkeiten)	875	-774	101	Umgliederung der sonst. Steuerverbindlichkeiten
Andere Verbindlichkeiten	4.164	774	4.938	Umgliederung der sonst. Steuerverbindlichkeiten
Steuerrückstellungen (neue Bezeichnung: Ertragsteuerrückstellungen)	460	-223	237	Umgliederung der sonst. Steuerrückstellungen
Andere Rückstellungen	1.433	223	1.656	Umgliederung der sonst. Steuerrückstellungen
Langfristige Finanzschulden	3.495	5.048	8.543	Umgliederung Nachrangkapital
Langfristige andere Verbindlichkeiten	5.285	-5.048	237	Umgliederung Nachrangkapital

5 Währungsumrechnung

Die in ausländischer Währung aufgestellten Jahresabschlüsse der einbezogenen Gesellschaften werden gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währungen in € umgerechnet. Die funktionale Währung ausländischer Gesellschaften wird durch das primäre Wirtschaftsumfeld bestimmt, in dem sie hauptsächlich Zahlungsmittel erwirtschaften und verwenden. Innerhalb von Deutsche Post World Net entspricht die funktionale Währung im Wesentlichen der lokalen Währung. Entsprechend werden im Konzernabschluss die Vermögenswerte und Schulden mit den Stichtagskursen, die Aufwendungen und Erträge grundsätzlich mit den monatlichen Stichtagskursen umgerechnet. Die hieraus entstehenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Im Geschäftsjahr 2007 wurden 446 Mio € (Vorjahr: 410 Mio €) im Eigenkapital ausgewiesen. Siehe hierzu die Eigenkapitalveränderungsrechnung.

Durch Unternehmenszusammenschlüsse nach dem 1. Januar 2005 entstandene Geschäfts- oder Firmenwerte werden als Vermögenswerte des erworbenen Unternehmens behandelt und entsprechend in der funktionalen Währung des erworbenen Unternehmens geführt.

Folgende Kurse waren im Wesentlichen für die Währungsumrechnung im Konzern maßgebend:

Währung	Land	Stichtagskurse		Durchschnittskurse	
		2006 1 EUR =	2007 1 EUR =	2006 1 EUR =	2007 1 EUR =
USD	USA	1,3175	1,4708	1,25586	1,37145
CHF	Schweiz	1,60735	1,65708	1,57308	1,64364
GBP	Großbritannien	0,67101	0,73558	0,68182	0,68441
SEK	Schweden	9,0391	9,41621	9,25353	9,25393

Bei konsolidierten Unternehmen, die ihre Geschäfte in hochinflationären Volkswirtschaften betreiben, werden die bilanziellen Wertansätze der nicht monetären Vermögenswerte grundsätzlich gemäß IAS 29 indiziert und spiegeln damit die aktuelle Kaufkraft am Bilanzstichtag wider.

In den in lokaler Währung aufgestellten Einzelabschlüssen der konsolidierten Gesellschaften werden Forderungen und Verbindlichkeiten gemäß IAS 21 zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Währungsumrechnungsdifferenzen werden erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen erfasst. Im Geschäftsjahr 2007 ergaben sich Erträge in Höhe von 262 Mio € (Vorjahr: 207 Mio €) und 266 Mio € Aufwendungen (Vorjahr: 272 Mio €) aus Währungsumrechnungsdifferenzen. Abweichend davon werden Währungsumrechnungsdifferenzen, die auf Nettoinvestitionen in einen ausländischen Geschäftsbetrieb beruhen, im Eigenkapital erfasst.

6 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Aufstellung des Konzernabschlusses erfolgte auf Basis der historischen Kosten, eingeschränkt durch die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte (Available for Sale) sowie durch zum beizulegenden Zeitwert erfolgswirksam angesetzte finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten (insbesondere derivative Finanzinstrumente).

Overriding-Principle

Die Anwendung des Overriding-Principle bezieht sich auf einen Geschäftsvorfall aus dem Geschäftsjahr 2005 bzw. 2006. Am 3. Juli 2006 hatte die Deutsche Post AG mit Wirkung zum 31. Juli 2006 als Anleiheschuldnerin gemäß den Anleihebedingungen die Möglichkeit wahrgenommen, die Umtauschanleihe auf Postbank-Aktien vorzeitig zu kündigen. Der Anteil der Deutsche Post AG an der Deutschen Postbank Gruppe lag nach dieser Transaktion bei 50 % plus einer Aktie. Die Erträge aus der Veräußerung der Postbank-Aktien aufgrund des Wandlungsrechts der Umtauschanleihe in Höhe von 276 Mio € wurden im sonstigen betrieblichen Ertrag gezeigt. Der ermittelte Ertrag enthielt mit 100 Mio € einen Ertrag aus der Auflösung einer Verbindlichkeit aus der Bewertung des Wandlungsrechts. Das Wandlungsrecht wurde auf Grundlage der thesaurierten Gewinne der Postbank bewertet. Unter Berufung auf IAS 1.17 war die Deutsche Post AG von der Bewertung des Wandlungsrechts auf der Basis von Marktdaten gemäß IAS 32.26 in Verbindung mit IAS 39.47 (a) abgewichen. Hätte die Deutsche Post AG das Wandlungsrecht gemäß IAS als Fremdkapitalderivat bewertet, wäre im Geschäftsjahr 2005 eine zusätzliche aufwandswirksame Verbindlichkeit in Höhe von 239 Mio € zu bilden gewesen. Diese hätte im Geschäftsjahr 2006 ertragswirksam aufgelöst werden müssen. Der Veräußerungserfolg wäre damit um 239 Mio € angestiegen.

Ertrags- und Aufwandsrealisierung

Die Erfassung von Umsatzerlösen und Erträgen aus Bankgeschäften sowie sonstigen betrieblichen Erträgen erfolgt grundsätzlich dann, wenn die Leistung erbracht, die Höhe der Erträge zuverlässig ermittelbar ist und der wirtschaftliche Nutzen dem Konzern wahrscheinlich zufließen wird. Betriebliche Aufwendungen werden mit Inanspruchnahme der Leistung bzw. zum Zeitpunkt ihrer Verursachung ergebniswirksam.

Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Unter den immateriellen Vermögenswerten werden originäre und erworbene immaterielle Vermögenswerte und erworbene Firmenwerte ausgewiesen.

Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren Herstellungskosten aktiviert, wenn durch die Herstellung der Zufluss eines wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich ist und Kosten zuverlässig ermittelt werden können. Bei Deutsche Post World Net betrifft dies ei-

genentwickelte Software. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr der Entstehung sofort ergebniswirksam erfasst. Die Herstellungskosten der eigenentwickelten Software enthalten neben den Einzelkosten angemessene Anteile der zurechenbaren Fertigungsgemeinkosten. Gegebenenfalls anfallende Fremdkapitalkosten sind kein Bestandteil der Herstellungskosten. Die im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung von immateriellen Vermögenswerten anfallenden Umsatzsteuern gehen insoweit in die Anschaffungs- und Herstellungskosten ein, wie sie nicht als Vorsteuer in Abzug gebracht werden können. Aktivierte Software wird entsprechend ihrer Nutzungsdauer linear über zwei bis fünf Jahre abgeschrieben.

Die immateriellen Vermögenswerte werden ihrer Nutzungsdauer entsprechend linear abgeschrieben. Lizenzen werden entsprechend ihrer Vertragslaufzeit abgeschrieben. Bilanzierte Kundenbeziehungen werden linear über einen Zeitraum von 5 bis 18 Jahren abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen/Wertminderungen folgen den unter dem Punkt „Wertminderungen“ beschriebenen Grundsätzen.

Immaterielle Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer (zum Beispiel Markennamen) werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern jährlich sowie bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung auf Wertminderungsbedarf geprüft. Der Werthaltigkeitstest unterliegt den Grundsätzen, die unter dem Punkt „Wertminderungen“ beschrieben werden.

Sachanlagen

Die Bilanzierung von Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die kumulierten Abschreibungen und Wertberichtigungen. Die Herstellungskosten enthalten neben den Einzelkosten angemessene Anteile der zurechenbaren Fertigungsgemeinkosten. Fremdkapitalkosten finden keine Berücksichtigung in den Herstellungskosten. Sie werden unmittelbar als Aufwand erfasst. Die im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Sachanlagegegenstände anfallenden Umsatzsteuern gehen insoweit in die Anschaffungs- und Herstellungskosten ein, wie sie nicht als Vorsteuer in Abzug gebracht werden können. Die planmäßige Abschreibung erfolgt grundsätzlich nach der linearen Methode. Dabei werden folgende Nutzungsdauern bei Deutsche Post World Net zugrunde gelegt. Liegen Anhaltspunkte für eine Wertminderung vor, siehe Punkt „Wertminderungen“.

Nutzungsdauern

Jahre	2006	2007
Gebäude	5 bis 50	5 bis 50
Technische Anlagen und Maschinen	3 bis 10	3 bis 10
Personenkraftwagen	4 bis 6	4 bis 6
Lastkraftwagen	5 bis 8	5 bis 8
Flugzeuge	15 bis 20	15 bis 20
Sonstige Fahrzeuge	3 bis 8	3 bis 8
EDV-technische Ausstattung	3 bis 8	3 bis 8
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 10	3 bis 10

Wertminderungen

Zu jedem Bilanzstichtag werden die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte, Sachanlagen sowie als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien daraufhin geprüft, ob Anhaltspunkte für eine Wertminderung vorliegen. Liegen solche Hinweise vor, ist ein Werthaltigkeitstest durchzuführen. Hierbei wird der erzielbare Betrag des betreffenden Vermögenswertes ermittelt und dem entsprechenden Buchwert gegenübergestellt.

Nach IAS 36 entspricht der erzielbare Betrag dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten oder dem Nutzungswert. Maßgeblich ist der höhere Wert. Der Nutzungswert entspricht dem Barwert der erwarteten Free Cashflows vor Steuern. Als Diskontierungszinssatz wird ein den Marktbedingungen entsprechender Zinssatz vor Steuern verwendet. Sofern kein erzielbarer Betrag für einen einzelnen Vermögenswert ermittelt werden kann, wird der erzielbare Betrag für die kleinste identifizierbare Gruppe von Vermögenswerten (Cash-Generating-Unit, CGU) bestimmt, der der betreffende Vermögenswert zugeordnet werden kann und die unabhängige Cashflows generiert. Ist der erzielbare Betrag eines Vermögenswertes niedriger als der Buchwert, erfolgt eine sofortige ergebniswirksame Wertminderung des Vermögenswertes. Ergibt sich nach einer vorgenommenen Wertminderung zu einem späteren Zeitpunkt ein höherer erzielbarer Betrag des Vermögenswertes oder der CGU, erfolgt eine Wertaufholung bis maximal zur Höhe des erzielbaren Betrags. Die Wertaufholung ist begrenzt auf den fortgeführten Buchwert, der sich ohne die Wertminderung in der Vergangenheit ergeben hätte. Die vorzunehmende Zuschreibung erfolgt ergebniswirksam. Wertaufholungen von vorgenommenen Wertminderung auf Firmenwerte sind nicht zulässig.

Mit Blick auf die Entwicklung der US-Konjunktur ist keine spürbare Verbesserung des Ergebnisses der CGU EXPRESS Americas eingetreten. Dies schlägt sich auch in der Mittelfristplanung 2008 bis 2010 für die CGU nieder, so dass man von der Annahme einer nachhaltigen Wertminderung ausgehen muss. Als Konsequenz eines durchgeführten Werthaltigkeitstests wurde der errechnete Wertminderungsbedarf auf das Anlagevermögen der CGU EXPRESS Americas verteilt. Dabei wurden maximal Wertberichtigungen auf den beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten vorgenommen.

Seit Januar 2005 werden Firmenwerte gemäß IFRS 3 nach dem so genannten „Impairment-only-Approach“ bilanziert. Dieser legt fest, dass ein Firmenwert im Rahmen der Folgebewertung grundsätzlich zu Anschaffungskosten abzüglich gegebenenfalls kumulierter Korrekturen aus außerplanmäßigen Wertminderungen zu bewerten ist. Damit darf ein erworbener Firmenwert nicht mehr planmäßig abgeschrieben werden, sondern muss, unabhängig vom Vorliegen von Indikatoren für eine mögliche Wertminderung, jährlich einer Werthaltigkeitsprüfung nach IAS 36 unterzogen werden. Daneben bleibt, ebenso wie bei immateriellen Vermögenswerten mit unbestimmbarer Nutzungsdauer, die Verpflichtung zu einer Werthaltigkeitsprüfung bei Vorliegen von Anzeichen für eine Wertminderung bestehen. Aus Unternehmenserwerben resultierende Firmenwerte werden den identifizierbaren Gruppen von Vermögenswerten (CGU bzw. Gruppen von CGU) zugeordnet, die aus den Synergien des Erwerbs Nutzen ziehen sollen. Solche Gruppen stellen die niedrigste Berichtsebene dar, auf der das Management den Firmenwert für interne Steuerungszwecke kontrolliert. Der Buchwert einer CGU, die einen Firmenwert enthält, wird jährlich auf Werthaltigkeit überprüft und zusätzlich, wenn zu anderen Zeitpunkten Hinweise für eine mögliche Wertminderung vorliegen. Im Falle von Wertberichtigungen im Zusammenhang mit CGU, die einen Firmenwert enthalten, werden zunächst bestehende Firmenwerte reduziert. Übersteigt der Wertminderungsbedarf den Buchwert des Firmenwertes wird die Differenz auf die verbleibenden langfristigen Vermögenswerte der CGU verteilt.

Operating Lease

Als Leasinggeber bei einem Operating Lease weist Deutsche Post World Net das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen gezeigt. Als Leasingnehmer werden die geleisteten Leasingraten als Mietaufwendungen im Materialaufwand ausgewiesen.

Finanzierungsleasing

Ein Leasingverhältnis ist eine Vereinbarung, in der der Leasinggeber dem Leasingnehmer gegen eine Zahlung oder eine Reihe von Zahlungen das Recht an der Nutzung eines Vermögenswerts für einen bestimmten Zeitraum überträgt. Das wirtschaftliche Eigentum an Leasinggegenständen wird gemäß IAS 17 dann dem Leasingnehmer zugerechnet, wenn dieser die wesentlichen mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand trägt. Sofern das wirtschaftliche Eigentum Deutsche Post World Net zuzurechnen ist, erfolgt die Aktivierung zum Zeitpunkt des Nutzungsbeginns entweder zum beizulegenden Zeitwert oder mit dem Barwert der Mindestleasingzahlungen, sofern dieser den Zeitwert unterschreitet. In gleicher Höhe wird eine Leasingverbindlichkeit unter den langfristigen Verbindlichkeiten passiviert. Die Folgebewertung erfolgt unter Anwendung der Effektivzinsmethode mit den fortgeführten Anschaffungskosten. Die Abschreibungsmethoden und Nutzungsdauern entsprechen denen vergleichbarer erworbener Vermögenswerte.

Wahlrecht der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert

Deutsche Post World Net wendete die Fair-Value-Option erstmals für das Geschäftsjahr 2006 an. Danach können finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten beim erstmaligen Ansatz erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (Accounting-Mismatch) führt. Von dem Wahlrecht hat der Konzern in zwei Fällen zur Vermeidung von Accounting-Mismatches Gebrauch gemacht. Die Deutsche Postbank Gruppe wendet die Fair-Value-Option ausschließlich auf bestimmte Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereiches an, die in einem wirtschaftlichen Sicherungszusammenhang mit Zinsderivaten stehen. Durch den Ausweis der Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten und der erfolgswirksam erfassten Zeitwertänderungen der Sicherungsinstrumente entsteht ein Accounting-Mismatch, das durch die Anwendung der Fair-Value-Option vermieden wird. In einem weiteren Sachverhalt findet die Fair-Value-Option Anwendung, um die Effekte aus einer aktienpreisindizierten Verbindlichkeit, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten steht, die ursächlich der Kategorie „Available for Sale“ zuzurechnen wären, in der Gewinn- und Verlustrechnung zu neutralisieren. Die Cashflows aus dem Kontrakt ändern sich in Abhängigkeit vom Kursindex. Die Wertänderungen der damit im Zusammenhang stehenden finanziellen Vermögenswerte wären gemäß IAS 39 im Eigenkapital zu erfassen. Durch Ausübung der Fair-Value-Option kompensieren sich die Effekte für beide Finanzinstrumente in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen werden gemäß IAS 28 („Accounting for Investments in Associates“) nach der Equity-Methode bewertet. Ausgehend von den Anschaffungskosten zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile wird der jeweilige Beteiligungsbuchwert jährlich um die anteiligen Ergebnisse, ausgeschütteten Dividenden und sonstigen Eigenkapitalveränderungen der assoziierten Gesellschaften erhöht bzw. vermindert, soweit diese auf die Anteile der Deutsche Post AG bzw. auf deren einbezogene Tochterunternehmen entfallen. Die Behandlung der in den Beteiligungsbuchwerten enthaltenen Firmenwerte erfolgt gemäß IFRS 3. Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen werden außerplanmäßig abgeschrieben, wenn der erzielbare Betrag den Buchwert unterschreitet.

Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Unternehmen zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswertes und bei einem anderen Unternehmen zur Entstehung einer finanziellen Ver-

bindlichkeit oder eines Eigenkapitalinstruments führt. Zu den finanziellen Vermögenswerten zählen insbesondere Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, ausgereichte Kredite und Forderungen und zu Handelszwecken gehaltene originäre und derivative finanzielle Vermögenswerte. Finanzielle Verbindlichkeiten umfassen eine vertragliche Verpflichtung, Zahlungsmittel oder einen anderen finanziellen Vermögenswert an ein anderes Unternehmen abzugeben. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten aus Anleihen und Finanzierungsleasing sowie derivativen Finanzverbindlichkeiten.

Finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte werden nach den Regelungen des IAS 39 bilanziert, dabei werden vier Kategorien für Finanzinstrumente unterschieden.

Finanzinstrumente der Kategorie „Available for Sale“ sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte und werden, soweit verlässlich bestimmbar, mit ihrem Zeitwert angesetzt. Ist ein Zeitwert nicht ermittelbar, erfolgt der Ansatz zu Anschaffungskosten. Wertschwankungen zwischen den Bilanzstichtagen werden grundsätzlich erfolgsneutral in die Neubewertungsrücklage eingestellt. Die Auflösung der Rücklage erfolgt entweder mit der Veräußerung oder bei nachhaltigem Absinken des Zeitwerts unter die Anschaffungskosten erfolgswirksam. Ergibt sich zu einem späteren Bilanzstichtag die Tatsache, dass der beizulegende Wert infolge von Ereignissen, die nach dem Zeitpunkt der Erfassung der Wertminderung eingetreten sind, objektiv gestiegen ist, sind die Wertminderungen in entsprechender Höhe zurückzunehmen. Wertminderungen von nicht börsennotierten Eigenkapitalinstrumenten dürfen nicht rückgängig gemacht werden. Finanzinstrumente der Kategorie „Available for Sale“ sind den langfristigen Vermögenswerten zuzuordnen, sofern nicht die Absicht besteht, sie innerhalb von 12 Monaten nach Bilanzstichtag zu veräußern. In dieser Kategorie werden insbesondere Anteile an nicht einbezogenen verbundenen Unternehmen, Wertpapiere und sonstige Beteiligungen ausgewiesen.

Finanzinvestitionen sind der Kategorie „Held to Maturity“ zuzurechnen, wenn die Absicht besteht, das Instrument bis zur Endfälligkeit zu halten und die wirtschaftlichen Voraussetzungen darauf schließen lassen. Held-to-Maturity-Instrumente sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden.

Forderungen und Ausleihungen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit fixen bzw. bestimmbareren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Sie werden, sofern sie nicht zu Handelszwecken gehalten werden, am Bilanzstichtag zu Anschaffungskosten bzw. zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Die Buchwerte der Geldmarktforderungen entsprechen aufgrund ihrer kurzen Laufzeit annähernd den Zeitwerten. Ausleihungen und Forderungen zählen zu den kurzfristigen Vermögenswerten, soweit ihre Fälligkeit nicht zwölf Monate nach dem Bilanzstichtag übersteigt, ansonsten werden sie als langfristige Vermögenswerte ausgewiesen. Bestehen an der Einbringbarkeit von Forderungen Zweifel, werden diese zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich angemessener Einzelwertberichtigungen angesetzt. Eine Wertminderung bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird dann erfasst, wenn objektive Hinweise vorliegen, dass die fälligen Forderungsbeträge nicht vollständig einbringlich sind. Der Betrag der Wertminderung wird erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Alle zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumente sowie Derivate, die nicht im Hedge-Accounting stehen, sind der Kategorie „At Fair Value Through Profit or Loss“ zuzuordnen. Sie werden grundsätzlich zum Marktwert (Fair-Value) bewertet. Sämtliche Marktwertänderungen werden ergebniswirksam erfasst. Die Bilanzierung aller Finanzinstrumente dieser Kategorie erfolgt zum Handelstag. Vermögenswerte dieser Kategorie werden als kurzfristige Vermögenswerte ausgewiesen, wenn sie entweder zu Handelszwecken gehalten oder voraussichtlich innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag realisiert werden.

Um Ergebnisschwankungen aus Marktwertänderungen von derivativen Finanzinstrumenten zu vermeiden, wird – soweit möglich und wirtschaftlich sinnvoll – Hedge-Accounting angewandt. Gewinne und Verluste aus Grundgeschäft und Derivat werden zeitgleich im Ergebnis erfasst. Nach Art des Grundgeschäfts und des zu sichernden Risikos werden im Konzern Fair-Value- und Cashflow-Hedges designiert.

Zu jedem Abschlussstichtag sowie bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung werden die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Wert zu bewerten sind, auf ihre Werthaltigkeit untersucht. Ein Wertminderungsaufwand ergibt sich im Vergleich zwischen Buchwert und beizulegendem Zeitwert. Liegt ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vor, ist ein Wertminderungsaufwand erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Aufwand bzw. im Finanzergebnis zu erfassen. Wertminderungen sind zurückzunehmen, soweit sich nach dem Bilanzstichtag objektive Sachverhalte ergeben, die für eine Wertaufholung sprechen. Die Zuschreibung kann nur bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten, die sich ergeben hätten, wenn die Wertminderung nicht erfasst worden wäre, vorgenommen werden.

Im Konzern werden Wertminderungen vorgenommen, wenn der Schuldner erhebliche finanzielle Schwierigkeiten hat, gegen ihn mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Insolvenzverfahren eröffnet wird, der aktive Markt für ein Finanzinstrument entfällt, wenn sich das technologische, ökonomische, rechtliche Umfeld sowie das Marktumfeld des Emittenten wesentlich verändert oder der Fair Value eines Finanzinstruments andauernd unter die fortgeführten Anschaffungskosten sinkt.

Ein Fair-Value-Hedge sichert den beizulegenden Zeitwert von bilanzierten Vermögenswerten und Schulden. Die Änderung des Zeitwerts der Derivate sowie die Marktwertänderung des Grundgeschäfts, die auf dem abgesicherten Risiko basiert, werden zeitgleich ergebniswirksam erfasst.

Ein Cashflow-Hedge sichert die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme aus bilanzierten Vermögenswerten und Schulden (im Fall von Zinsrisiken), geplante und mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretende künftige Transaktionen und festkontrahierte, bilanzunwirksame Verpflichtungen, aus denen ein Währungsrisiko resultiert. Der effektive Teil eines Cashflow-Hedges ist in der Hedge-Rücklage im Eigenkapital zu erfassen. Ineffektivitäten aus der Wertänderung des Sicherungsinstruments sind erfolgswirksam zu buchen. Die mit den Sicherungsmaßnahmen verbundenen Gewinne und Verluste bleiben zunächst im Eigenkapital stehen und sind später in der Periode erfolgswirksam zu erfassen, in denen der finanzielle Vermögenswert oder die finanzielle Verbindlichkeit das Periodenergebnis beeinflusst. Resultiert eine Absicherung einer festkontrahierten Transaktion später im Ansatz eines nicht finanziellen Vermögenswertes, sind die im Eigenkapital erfassten Gewinne und Verluste dem Vermögenswert bei Zugang zuzurechnen (Basis-Adjustment).

Absicherungen von Nettoinvestitionen (Net-Investment-Hedge) in ausländische Gesellschaften werden wie Cashflow-Hedges behandelt. Der Gewinn oder Verlust aus dem effektiven Teil des Sicherungsgeschäftes wird im Eigenkapital erfasst; der Gewinn oder Verlust des ineffektiven Teils ist unmittelbar in der Gewinn- und Verlust-Rechnung zu erfassen. Die erfolgsneutral erfassten Gewinne oder Verluste verbleiben bis zum Abgang oder Teilabgang der Nettoinvestition im Eigenkapital. Ausführliche Angaben zu den Sicherungsgeschäften finden sich unter Textziffer 48.2.

Die Erfassung von finanziellen Vermögenswerten im Rahmen von marktüblichen Käufen und Verkäufen erfolgt zum Erfüllungstag. Ein finanzieller Vermögenswert wird ausgebucht, wenn die Rechte auf den Erhalt der Cashflows aus dem Vermögenswert ausgelaufen sind. Bei Übertragung eines finanziellen Vermögenswertes wird nach den Abgangsregelungen nach IAS 39 überprüft, ob eine Ausbuchung erfolgt. Mit dem Abgang entsteht ein Veräußerungsgewinn/-verlust. Die in den Vorperioden erfolgsneutral erfassten Wertänderungen sind zum Veräußerungszeitpunkt zwingend aufzulösen. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die Zahlungsverpflichtungen daraus ausgelaufen sind.

Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment-Properties) sind gemäß IAS 40 solche Immobilien, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zur Wertsteigerung gehalten werden und nicht zur Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke bzw. zum Verkauf im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Unternehmens genutzt werden. Die Bewertung erfolgt nach dem Anschaffungskostenprinzip. Die abnutzbaren Investment-Properties werden über eine Laufzeit von fünf bis 50 Jahren linear abgeschrieben. Der beizulegende Zeitwert wird anhand von Gutachten ermittelt. Die außerplanmäßigen Abschreibungen/Wertminderungen folgen den unter dem Punkt „Wertminderungen“ beschriebenen Grundsätzen.

Vorräte

Vorräte sind diejenigen Vermögenswerte, die zum Verkauf im normalen Geschäftsgang gehalten werden, die sich in der Herstellung befinden oder die im Zuge der Herstellung von Produkten bzw. der Erbringung von Dienstleistungen verbraucht werden. Sie sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder zum niedrigeren Nettoveräußerungswert bewertet. Wertberichtigungen werden für veraltete Vorräte sowie Bestände mit geringer Umschlagshäufigkeit vorgenommen.

Zuwendungen der öffentlichen Hand

Zuwendungen der öffentlichen Hand werden gemäß IAS 20 zu ihrem beizulegenden Zeitwert nur dann erfasst, wenn eine angemessene Sicherheit dafür besteht, dass die damit verbundenen Bedingungen erfüllt und die Zuwendungen gewährt werden. Die Zuwendungen werden erfolgswirksam behandelt und grundsätzlich in den Perioden verrechnet, in denen die Aufwendungen, die sie kompensieren sollen, anfallen. Erfolgen die Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögenswerten, werden die Zuwendungen passivisch abgegrenzt und über die Nutzungsdauer der Vermögenswerte als Ertrag erfasst.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte sowie Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten

Bei den zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten handelt es sich um Vermögenswerte, die in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können und deren Veräußerung sehr wahrscheinlich ist. Dabei kann es sich um einzelne langfristige Vermögenswerte, um Gruppen von Vermögenswerten (Veräußerungsgruppen) oder um Unternehmensbestandteile (nicht fortgeführte Aktivitäten) handeln. Verbindlichkeiten, die zusammen mit Vermögenswerten in

einer Transaktion abgegeben werden sollen, sind Bestandteil einer Veräußerungsgruppe oder nicht fortgeführten Aktivität und werden als „Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten“ ebenfalls gesondert ausgewiesen. Zur Veräußerung bestimmte langfristige Vermögenswerte werden nicht mehr planmäßig abgeschrieben, sondern mit ihrem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt, sofern dieser niedriger ist als der Buchwert. Ergebnisse aus der Bewertung einzelner zur Veräußerung stehender Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen werden bis zur endgültigen Veräußerung im Ergebnis aus fortgeführten Aktivitäten ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus der Bewertung von zur Veräußerung bestimmten Geschäftsbereichen mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten werden als Ergebnis aus nicht fortgeführten Aktivitäten ausgewiesen. Dies gilt auch für Ergebnisse aus der Geschäftstätigkeit bzw. aus der Veräußerung dieser Unternehmensbereiche.

Forderungen und Wertpapiere sowie Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen (Deutsche Postbank Gruppe)

Das operative Geschäft der Deutschen Postbank Gruppe wird unter den Bilanzposten Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen bzw. Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen gezeigt. Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten wird wie folgt umgesetzt:

Bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten¹⁾ (At amortised Cost)	
Bilanzposition	IAS-39-Kategorie
Forderungen an Kreditinstitute	Loans and Receivables
Forderungen an Kunden	Loans and Receivables Held to Maturity
Finanzanlagen	Held to Maturity Loans and Receivables
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Liabilities at amortised Cost
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Liabilities at amortised Cost
Verbriefte Verbindlichkeiten	Liabilities at amortised Cost
Nachrangkapital	Liabilities at amortised Cost
Bewertet zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value)	
Bilanzposition	IAS-39-Kategorie
Forderungen an Kunden	Designated as at Fair Value
Finanzanlagen	Available for Sale
Handelsaktiva	Held for Trading
Handelspassiva	Held for Trading
Hedging-Derivate (Aktiva)	
Hedging-Derivate (Passiva)	

1) Inklusive Fair-Value-Veränderung auf das abgesicherte Risiko bei gehedgten Positionen (Fair-Value-Hedge)

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Kategorie Loans and Receivables). Hierzu zählen auch Geldhandelsforderungen. Agio- und Disagiobeträge inklusive der Anschaffungsnebenkosten werden über das Zinsergebnis ergebniswirksam erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien und Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen. Agio- und Disagio-Beträge werden nach der Effektivzinsmethode abgegrenzt.

Erkennbare Risiken aus dem Kreditgeschäft werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (bzw. pauschalierte Einzelwertberichtigungen) abgedeckt. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der Basis von Basel II Parametern (erwartete Ausfallquoten und Wahrscheinlichkeit) ermittelt wird. Die

Risikovorsorge wird als separater Bilanzposten aktivisch abgesetzt. Sie beinhaltet die Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.

Unter Handelsaktiva werden Wertpapiere sowie derivative Finanzinstrumente mit einem positiven Marktwert bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der positive Marktwert von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie von derivativen Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option bilanziert. Die Bilanzierung dieser Geschäfte erfolgt zum Handelstag. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Das Bewertungsergebnis sowie die realisierten Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Falls öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt im Sinne des IAS 39.AG 71 ff. vorliegen, werden diese grundsätzlich als Fair Value verwendet, ansonsten wird der Fair Value anhand anerkannter Bewertungsmethoden ermittelt.

Die Finanzanlagen umfassen nicht zu Handelszwecken gehaltene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere. Die Bilanzierung der Finanzanlagen erfolgt zum Erfüllungszeitpunkt. Bei der erstmaligen Erfassung der Finanzanlagen werden diese mit den Anschaffungskosten bewertet. Schuldverschreibungen Held to Maturity sowie Wertpapiere, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Agien und Disagien werden den Finanzinstrumenten direkt zugerechnet und über die Restlaufzeit effektivzinskonstant verteilt.

Verbindlichkeiten und Nachrangkapital werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen (IAS 39.47). Der Buchwert von gesicherten Verbindlichkeiten, für die Hedge-Accounting angewandt wird, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair-Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind. Agio- und Disagiobeträge sowie Emissionskosten werden effektiv zinskonstant über das Zinsergebnis ergebniswirksam erfasst.

Unter Handelspassiva werden derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Fair Value bilanziert, die zum Zweck der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der negative Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs bilanziert. Bewertungsgewinne und -verluste sowie realisierte Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Die Bilanzierung der derivativen Finanzinstrumente in den Handelspassiva erfolgt zum Handelstag.

Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente

Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen Bargeld, Sichteinlagen, andere kurzfristige liquide finanzielle Vermögenswerte mit einer ursprünglichen Laufzeit von maximal drei Monaten und sind zum Nennwert angesetzt. Ausgenutzte Kontokorrentkredite werden in der Bilanz als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gezeigt.

Aktienbasierte Vergütung

Die Bewertung des Aktienoptionsplans für Führungskräfte erfolgt gemäß IFRS 2 anhand finanzmathematischer Methoden auf der Grundlage von Optionspreismodellen. Ziel ist dabei die Ermittlung eines Fair Value für Optionen. Hierzu wird ein stochastisches Simulationsmodell eingesetzt, das von einer logarithmischen Normalverteilung der Renditen von Deutsche Post Aktien und Dow Jones EURO STOXX Total Return Index und damit von der gleichen Grundannahme wie das Modell von Black-Scholes ausgeht. Die Optionen werden am Tag der Gewährung zum Zeitwert bewertet. Der ermittelte Optionswert wird als Personalaufwand erfolgswirksam über die Laufzeit der Optionen verteilt.

Die Bewertung der ausgegebenen Stock Appreciation Rights (SAR) für Vorstand und Führungskräfte erfolgt gemäß IFRS 2 anhand finanzmathematischer Methoden auf der Grundlage von Optionspreismodellen. Ziel ist dabei die Ermittlung eines Zeitwertes. Hierzu wird ein stochastisches Simulationsmodell eingesetzt, das von einer logarithmischen Normalverteilung der Renditen und damit von der gleichen Grundannahme wie das Modell von Black-Scholes ausgeht. Die SAR werden zu jedem Berichtsstichtag und am Erfüllungstag bewertet. Der ermittelte Wert wird als Personalaufwand entsprechend der im Erdienungszeitraum (Sperrfrist) erbrachten Gegenleistung erfolgswirksam erfasst. In gleichem Umfang werden Rückstellungen gebildet.

Pensionsverpflichtungen

In vielen Ländern unterhält Deutsche Post World Net leistungsorientierte Altersversorgungssysteme (Defined-Benefit-Pension-Plans) auf der Grundlage der ruhegehaltsfähigen Vergütung der Mitarbeiter und ihrer Dienstzeiten. Die meisten dieser Versorgungssysteme werden über externe Pensionsfonds finanziert. Die Bewertung der Pensionsrückstellungen erfolgt nach dem in IAS 19 vorgeschriebenen versicherungsmathematischen Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) für leistungsorientierte Altersversorgungspläne. Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste werden gemäß IAS 19.92 nur insoweit erfasst, wie sie 10 % des Maximums von Verpflichtungsumfang und Planvermögen übersteigen. Der übersteigende Betrag wird über die erwartete Restdienstzeit der Aktiven verteilt und ergebniswirksam erfasst. Der in den Pensionsaufwendungen enthaltene Zinsanteil wird im Finanzergebnis gezeigt.

Der Konzern unterhält außerdem eine Reihe von beitragsorientierten Altersversorgungssystemen (Defined-Contribution-Plans). Die Beiträge zu diesen Pensionsplänen werden bei Fälligkeit im Personalaufwand erfasst. Im Jahre 2007 wurden hierfür Arbeitgeberbeiträge in Höhe von 175 Mio € entrichtet.

Altersversorgungssysteme für Beamte in Deutschland: Neben den staatlichen Versorgungssystemen der gesetzlichen Rentenversicherungsträger, deren Beiträge für die Arbeiter und Angestellten in Form von Lohnnebenkosten abgeführt werden, leisten die Deutsche Post AG und die Deutsche Postbank AG aufgrund gesetzlicher Bestimmungen Beiträge an beitragsorientierte Altersversorgungssysteme.

Für ihre aktiven und früheren beamteten Mitarbeiter unterhielten die Deutsche Post AG und die Deutsche Postbank AG bis zum Jahr 2000 jeweils eine unternehmenseigene Unterstützungskasse. Diese wurden mit der Unterstützungskasse der Deutsche Telekom AG zu der gemeinsamen Versorgungskasse Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V. (BPS-PT) verschmolzen.

Nach den Vorschriften des Gesetzes zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (PTNeuOG) erbringen die Deutsche Post AG und die Deutsche Postbank AG über eine Unterstützungskasse Versorgungs- und Beihilfeleistungen an im Ruhestand befindliche Mitarbeiter und deren Hinterbliebene, denen aus einem Beamtenverhältnis Versorgungsleistungen zustehen. Die Höhe der Zahlungsverpflichtungen der Deutsche Post AG und der Deutsche Postbank AG ist in § 16 Postpersonalrechtsgesetz geregelt. Die beiden Unternehmen sind gesetzlich verpflichtet, seit dem Jahr 2000 einen jährlichen Beitrag in Höhe von 33 % der ruhegehaltsfähigen Bruttobezüge der aktiven und der fiktiven ruhegehaltsfähigen Bruttobezüge der beurlaubten Beamten an die Unterstützungskassen zu zahlen. Im Geschäftsjahr zahlte die Deutsche Post AG Beiträge in Höhe von 560 Mio € (Vorjahr: 559 Mio €) und die Deutsche Postbank AG 111 Mio € (Vorjahr: 111 Mio €) an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V.

Nach dem PTNeuOG gleicht der Bund Unterschiedsbeträge zwischen laufenden Zahlungsverpflichtungen der Unterstützungskasse einerseits und laufenden Zuwendungen der Deutsche Post AG und der Deutsche Postbank AG oder den Vermögenserträgen andererseits auf geeignete Weise aus und gewährleistet, dass die Unterstützungskasse jederzeit in der Lage ist, die gegenüber ihren Trägerunternehmen übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Soweit der Bund danach Zahlungen an die Unterstützungskasse erbringt, kann er von der Deutsche Post AG und der Deutsche Postbank AG keine Erstattung verlangen.

Altersversorgungssysteme für Arbeiter und Angestellte: Die Versorgungsverpflichtungen für Arbeiter und Angestellte des Konzerns entfallen überwiegend auf Rentenverpflichtungen in Deutschland sowie signifikante kapitalgedeckte Verpflichtungen in Großbritannien, den Niederlanden, der Schweiz und den USA. Es bestehen verschiedene Zusagen für einzelne Mitarbeitergruppen. Die Zusagen sind in der Regel dienstzeiten- und endgehaltsabhängig. Die Rückstellungen für die leistungsorientierten Altersversorgungssysteme sind unter Anwendung des IAS 19 nach der Projected-Unit-Credit-Methode berechnet worden. Dabei werden die zukünftigen Verpflichtungen nach versicherungsmathematischen Methoden und unter Verwendung versicherungsmathematischer Annahmen ermittelt. Die zu erwartenden Versorgungsleistungen werden unter Berücksichtigung der dynamischen Einflussfaktoren über die gesamte Beschäftigungszeit der Mitarbeiter aufgebaut.

Die Mehrzahl der leistungsorientierten Altersversorgungssysteme in Deutschland bezieht sich auf die Deutsche Post AG. In Großbritannien wurden im Zuge der Akquisition von Exel plc im Dezember 2005 signifikante Pensionsverpflichtungen übernommen. Die leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen der Deutschen Postbank Gruppe beziehen sich fast vollständig auf Altersversorgungssysteme in Deutschland. Die Pensionsverpflichtungen der BHW Holding AG, die im Jahr 2006 akquiriert wurde, sind als Teil der Deutschen Postbank Gruppe eingeschlossen.

Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden für sämtliche am Bilanzstichtag gegenüber Dritten bestehenden rechtlichen oder faktischen Verpflichtungen gebildet, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, die zukünftig wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führen und deren Höhe verlässlich geschätzt werden kann. Sie stellen ungewisse Verpflichtungen dar, die mit dem nach bestmöglicher Schätzung (Best Estimate) ermittelten Betrag angesetzt werden. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden mit Marktzinssätzen, die dem Risiko und Zeitraum bis zur Erfüllung entsprechen, abgezinst.

Die in den versicherungstechnischen Rückstellungen der Deutschen Postbank Gruppe enthaltenen Beitragsüberträge und Deckungsrückstellungen für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden unter Zugrundelegung des technischen Beginns für jede einzelne Versicherung errechnet. Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle und Rückkäufe, die bis zum Bilanzstichtag bekannt geworden sind, werden grundsätzlich durch Einzelfallaufstellungen ermittelt. Für Versicherungsfälle, die erst nach dem Bilanzstichtag bekannt werden, wird eine Rückstellung in Höhe des voraussichtlichen Bedarfs gebildet. Für die Bauspar-Gruppenversicherungen wurden die Rückstellungen mit der Höhe der Leistungen des Geschäftsjahres für Versicherungsfälle der Vorjahre verglichen. Liegt die Rückstellung deutlich unter den Vergleichswerten, wird wegen der Besonderheiten dieses Geschäftes die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle um die so ermittelte Differenz angehoben.

Für das Bauspargeschäft werden, differenziert nach Tarifen und Bedingungen, Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten, für Rückerstattungen von Abschlussgebühren und für rückwirkend zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel oder Tarifwechsel gebildet. Für die Berechnung dieser Rückstellungen wird auf Basis der vorliegenden statistischen Daten über das Kundenverhalten unter Einbeziehung zukünftiger Umfeldbedingungen eine auf das Potenzial bezogene Rückstellungsquote ermittelt.

Finanzschulden

Finanzschulden werden bei ihrem erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert, nach Abzug von Transaktionskosten, angesetzt. Als Zeitwert wird der auf einem preiseffizienten und liquiden Markt festgestellte Preis oder ein mittels des im Konzern eingesetzten Treasury-Risk-Management-Systems ermittelter Zeitwert eingesetzt. In den Folgeperioden werden sie zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Jede Differenz zwischen Auszahlungsbetrag und Rückzahlungsbetrag wird über die Laufzeit der Ausleihung unter Anwendung der Effektivzinsmethode in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung erfasst. Die Bewertung wird nach dem Anschaffungswertprinzip mit Abgrenzung von Agio bzw. Disagio über die Laufzeit (Accrual-Methode) vorgenommen. Der Saldo aus Emissionskosten und Disagio auf eigene Anleihen wird über die Laufzeit abgegrenzt. Der noch nicht vereinnahmte bzw. verausgabte Diskont auf Geldmarktpapiere wird über die Laufzeit abgegrenzt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die übrigen Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Der beizulegende Zeitwert der Verbindlichkeiten entspricht näherungsweise dem Buchwert.

Latente Steuern

Die latenten Steuern werden gemäß IAS 12 für temporäre Bewertungsunterschiede zwischen der IFRS-Bilanz und den Steuerbilanzen der Einzelgesellschaften gebildet. Die aktiven latenten Steuern umfassen auch Steuererminderungsansprüche, die sich aus der erwarteten künftigen Nutzung bestehender steuerlicher Verlustvorträge ergeben und deren Realisierung wahrscheinlich ist. Auf die temporären Differenzen zwischen Wertansätzen in der IFRS- und der Steuerbilanz der Deutsche Post AG und der Deutsche Postbank AG wurden unter Beachtung des IAS 12.24 (b) bzw. IAS 12.15 (b) nur insoweit aktive bzw. passive latente Steuern gebildet, wie die Differenzen nach dem 1. Januar 1995 entstanden sind. Auf Wertdifferenzen, die aus der Erstverbuchung in der steuerlichen Eröffnungsbilanz der Deutsche Post AG und der Deutsche Postbank AG zum 1. Januar 1995 resultieren, werden keine latenten Steuern gebildet. Weitere Angaben zu den latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge finden sich unter Textziffer 17.

Die latenten Steuern werden gemäß IAS 12 auf Basis der Steuersätze ermittelt, die in den einzelnen Ländern zum Bilanzstichtag gelten oder für den Zeitpunkt angekündigt sind, in dem die latenten Steueransprüche und -schulden realisiert werden. Der für deutsche Konzernunternehmen angewandte Steuersatz in Höhe von 29,8 % setzt sich aus dem Körperschaftsteuersatz zuzüglich des Solidaritätszuschlags sowie einem Gewerbesteuersatz, der als Durchschnitt aus den unterschiedlichen Gewerbesteuersätzen ermittelt wurde, zusammen. Die ausländischen Konzerngesellschaften verwenden bei der Berechnung der latenten Steuerposten ihren individuellen Ertragsteuersatz. Die angewandten Ertragsteuersätze für ausländische Gesellschaften variieren von 15 % bis 48 %.

Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten stellen zum einen mögliche Verpflichtungen dar, deren tatsächliche Existenz aber erst noch durch das Eintreten eines oder mehrerer ungewisser zukünftiger Ereignisse, die nicht vollständig beeinflusst werden können, bestätigt werden muss. Zum anderen sind darunter bestehende Verpflichtungen zu verstehen, die aber wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss führen oder deren Vermögensabfluss sich nicht zuverlässig quantifizieren lässt. Die Eventualverbindlichkeiten sind gemäß IAS 37 nicht in der Bilanz zu erfassen, siehe Textziffer 49.

Ermessensentscheidungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Aufstellung eines im Einklang mit den IFRS stehenden Konzernabschlusses erfordert Ermessensentscheidungen. Sämtliche Ermessensentscheidungen werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Dies gilt insbesondere für folgende Sachverhalte:

- Bei bestimmten Verträgen ist zu entscheiden, ob sie als Derivate zu behandeln oder als schwebende Geschäfte zu bilanzieren sind.
- Finanzielle Vermögenswerte sind in die Kategorien „Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen“, „Kredite und Forderungen“, „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ und „Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden“ einzuordnen.
- Bei der Bewertung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen bestehen unterschiedliche Möglichkeiten der Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste. Deutsche Post World Net wendet hierbei das so genannte Korridorverfahren gemäß IAS 19.92 an (10 %-Korridor).
- Bei Vermögenswerten, die veräußert werden sollen, ist zu bestimmen, ob sie in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können und ihre Veräußerung sehr wahrscheinlich ist. Ist das der Fall, sind die Vermögenswerte und die zugehörigen Schulden als „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte“ bzw. „Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten“ auszuweisen und zu bewerten.

Schätzungen und Beurteilungen des Managements

Die Aufstellung des Konzernabschlusses nach IFRS erfordert, dass Annahmen getroffen und Schätzungen gemacht werden, die sich auf den Wertansatz der bilanzierten Vermögenswerte und Schulden, der Erträge und Aufwendungen sowie die Angaben der Eventualverbindlichkeiten auswirken.

Diese Annahmen beziehen sich unter anderem auf die Bilanzierung und Bewertung von Rückstellungen. Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist der Abzinsungsfaktor eine wichtige Schätzgröße. Eine Erhöhung oder Verminderung des Abzinsungsfaktors um einen Prozentpunkt würde die Pensionsverpflichtung unserer Pläne im Inland um rund 990 Mio € reduzieren bzw. erhöhen. Bei den Konzerngesellschaften in Großbritannien hätte eine solche Veränderung des Abzinsungsfaktors eine Verminderung bzw. Erhöhung der Pensionsverpflichtung um rund 490 Mio € zur Folge. Da versicherungsmathematische Gewinne und Verluste nur dann erfasst werden, wenn sie 10 % des höheren Betrags aus dem Verpflichtungsumfang und dem Zeitwert des Planvermögens übersteigen, haben Änderungen des Abzinsungsfaktors bei den im Konzern Deutsche Post World Net vorhandenen Versorgungssystemen in der Regel keine oder nur geringe Auswirkungen auf den Aufwand bzw. den Buchwert der Rückstellungen im nächsten Geschäftsjahr.

Der Konzern ist weltweit tätig und unterliegt den örtlichen Steuergesetzen. Das Management hat zur Berechnung tatsächlicher und latenter Steuern in den jeweiligen Ländern einen Beurteilungsspielraum. Obwohl das Management davon ausgeht, eine vernünftige Einschätzung steuerlicher Unwägbarkeiten getroffen zu haben, kann nicht zugesichert werden, dass sich der tatsächliche Ausgang solcher steuerlicher Unwägbarkeiten mit der ursprünglichen Einschätzung deckt. Eine Abweichung der tatsächlichen Ergebnisse von dieser Einschätzung könnte in der jeweiligen Periode, in der die Angelegenheit endgültig entschieden wird, Auswirkungen auf die Steuerverbindlichkeiten und die latenten Steuern haben. Die angesetzten aktiven latenten Steuern könnten sich verringern, falls die Einschätzungen der geplanten steuerlichen Einkommen oder der durch Steuerstrategien zur Verfügung stehenden erzielbaren Steuervorteile gesenkt werden oder falls Änderungen der aktuellen Steuergesetzgebung den Umfang der Realisierbarkeit künftiger Steuervorteile beschränken.

Als Folge von Unternehmenszusammenschlüssen entstehen regelmäßig Firmenwerte in der Bilanz des Konzerns. Bei der Erstkonsolidierung eines Erwerbs sind alle identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten zu beizulegenden Zeitwerten zum Erwerbsstichtag anzusetzen. Eine der wesentlichsten Schätzungen bezieht sich dabei auf die Bestimmung der zum Erwerbsstichtag beizulegenden Zeitwerte dieser Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung werden in der Regel durch unabhängige Gutachter bewertet, während marktgängige Wertpapiere zum Börsenpreis angesetzt werden. Falls immaterielle Vermögenswerte identifiziert werden, wird in Abhängigkeit von der Art des immateriellen Vermögenswerts und der Komplexität der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts in der Mehrzahl der Fälle auf das Gutachten eines unabhängigen externen Bewertungsgutachters zurückgegriffen, der den beizulegenden Zeitwert unter Verwendung einer angemessenen Bewertungstechnik ermittelt, deren Basis üblicherweise die künftig erwarteten Cashflows sind. Diese Bewertungen sind neben den Annahmen über die Entwicklung künftiger Cashflows auch wesentlich beeinflusst von den verwendeten Diskontierungszinssätzen.

Der Werthaltigkeitstest für Firmenwerte basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen. Der Konzern führt diese Tests jährlich durch und zusätzlich bei Anlässen, sofern ein Anhaltspunkt dafür vorliegt, dass eine Wertminderung der Firmenwerte eingetreten sein könnte. Dann ist der erzielbare Betrag der CGU zu ermitteln. Dieser entspricht dem höheren Wert von beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und dem Nutzungswert. Die Bestimmung des Nutzungswerts beinhaltet die Vornahme von Anpassungen und Schätzungen bezüglich der Prognose und Diskontierung der künftigen Cashflows. Obwohl das Management davon ausgeht, dass die zur Berechnung des erzielbaren Betrags verwendeten Annahmen angemessen sind, könnten etwaige unvorhersehbare Veränderungen dieser Annahmen zu einem Wertminderungsaufwand führen, der die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachteilig beeinflussen könnte.

Unter Textziffer 50 werden die anhängigen Rechtsverfahren von Deutsche Post World Net ausgewiesen. Der Ausgang dieser Fälle könnte einen wesentlichen Effekt auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben. Das Management analysiert regelmäßig die aktuellen Informationen zu diesen Fällen und bildet Rückstellungen für wahrscheinliche Verpflichtungen einschließlich der geschätzten Rechtskosten. Für die Beurteilung werden interne und externe Rechtsanwälte hinzugezogen. Im Rahmen der Entscheidung über die Notwendigkeit einer Rückstellung berücksichtigt das Management die Wahrscheinlichkeit eines ungünstigen Ausgangs und die Möglichkeit, die Höhe der Verpflichtung ausreichend verlässlich zu schätzen. Die Erhebung einer Klage oder die formale Geltendmachung eines Anspruchs gegen den Konzern oder die Angabe eines Rechtsstreits im Anhang bedeuten

nicht automatisch, dass eine Rückstellung für das betreffende Risiko angemessen ist.

Sämtliche Annahmen und Schätzungen basieren auf den Verhältnissen und Beurteilungen am Bilanzstichtag. Bei der Einschätzung der künftigen Geschäftsentwicklung wurde außerdem das zu diesem Zeitpunkt als realistisch unterstellte künftige wirtschaftliche Umfeld in den Branchen und Regionen, in denen der Konzern tätig ist, berücksichtigt. Durch die Entwicklungen dieser Rahmenbedingungen, die von den Annahmen abweichen, können sich die tatsächlichen Beträge von den Schätzwerten unterscheiden. In solchen Fällen werden die Annahmen und, falls erforderlich, die Buchwerte der betroffenen Vermögenswerte und Schulden entsprechend angepasst.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzernabschlusses ist nicht von einer wesentlichen Änderung der zugrunde gelegten Annahmen und Schätzungen auszugehen, sodass aus gegenwärtiger Sicht keine wesentliche Anpassung der angesetzten Vermögenswerte und Schulden im Geschäftsjahr 2008 zu erwarten ist.

7 Konsolidierungsmethoden

Grundlage für den Konzernabschluss sind die nach einheitlichen Regeln zum 31. Dezember 2007 erstellten und von unabhängigen Abschlussprüfern geprüften IFRS-Abschlüsse der Deutsche Post AG und ihrer einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierten Unternehmen.

Für in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen wird die Kapitalkonsolidierung nach der Erwerbsmethode durchgeführt. Die Anschaffungskosten des Erwerbs entsprechen dem beizulegenden Zeitwert der abgegebenen Vermögenswerte, der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente und der entstandenen bzw. übernommenen Schulden zum Transaktionszeitpunkt zuzüglich der dem Erwerb direkt zurechenbaren Kosten.

Gemeinschaftsunternehmen werden gemäß IAS 31 auf quotaler Basis einbezogen. Die Vermögenswerte und Schulden sowie Erträge und Aufwendungen der gemeinschaftlich geführten Unternehmen gehen entsprechend der Anteilsquote an diesen Unternehmen in den Konzernabschluss ein. Die quotale Kapitalkonsolidierung und die Behandlung von Firmenwerten erfolgen analog der Vorgehensweise bei der Einbeziehung von Tochterunternehmen.

Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann (assoziierte Unternehmen), werden nach der Equity-Methode in Form der Buchwertmethode bewertet. Vorhandene Firmenwerte werden unter den Beteiligungen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen.

Die Umsätze, die sonstigen betrieblichen Erträge und die Aufwendungen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten bzw. Rückstellungen zwischen den konsolidierten Unternehmen werden eliminiert. Zwischenergebnisse aus konzerninternen Lieferungen und Leistungen, die nicht durch Veräußerung an Dritte realisiert sind, werden herausgerechnet.

8 Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung wurde nach IAS 14 (Segment Reporting) aufgestellt. Gemäß der internen Berichts- und Organisationsstruktur des Konzerns werden einzelne Konzernabschlusssdaten differenziert nach Unternehmensbereichen und Regionen dargestellt. Durch die Segmentierung sollen die Ertragskraft sowie die Vermögens- und Finanzlage für die einzelnen Aktivitäten bzw. die verschiedenen Regionen des Konzerns transparent gemacht werden. Zur Darstellung der Segmentberichterstattung, die Bestandteil des Anhangs ist, siehe Seite 126.

Anpassungen von Vorjahreszahlen erfolgten aufgrund der zum 1. Januar 2007 durchgeführten Überführung des Paketgeschäfts Deutschland aus dem Unternehmensbereich EXPRESS in den Unternehmensbereich BRIEF sowie durch die zum 1. Juli 2006 erfolgten Verlagerungen des Geschäftsfelds DHL Freight aus dem Unternehmensbereich EXPRESS in den Unternehmensbereich LOGISTIK und der Hubs und Flugdienstleistungen aus dem Segment SERVICES in den Unternehmensbereich EXPRESS. Weiterhin wurden einige Gesellschaften im Zuge von Portfolio-Optimierungen umgegliedert.

Der dominierenden Organisationsstruktur des Konzerns entsprechend, orientiert sich die primäre Berichterstattung an den Unternehmensbereichen. Folgende Unternehmensbereiche werden im Konzern Deutsche Post World Net unterschieden:

8.1 Segmente nach Unternehmensbereichen

BRIEF

Neben dem Transport und der Zustellung schriftlicher Kommunikation versteht sich der Unternehmensbereich BRIEF als umfassender Dienstleister für das Management schriftlicher Mitteilungen. Er ist in folgende Geschäftsfelder aufgeteilt: Brief Kommunikation, Dialog Marketing, Presse Services, Paket Deutschland, Global Mail und Corporate Information Solutions.

EXPRESS

Der Unternehmensbereich EXPRESS bietet unter der Marke DHL internationale und nationale Kurier-, Express- und Paketdienstleistungen (DHL EXPRESS) an. Zum 1. Juli 2006 wurde das europäische Land-

verkehr-Speditions-geschäft aus dem Unternehmensbereich EXPRESS herausgelöst und als Geschäftsfeld DHL Freight in den Unternehmensbereich LOGISTIK überführt. Im Rahmen der Neuorganisation des globalen Expressnetzwerks wurden Hubs und Flugdienstleistungen (Global Network Aviation) aus dem Segment SERVICES herausgelöst und dem Unternehmensbereich EXPRESS zugeordnet.

LOGISTIK

Der Unternehmensbereich LOGISTIK umfasst unter der Marke DHL die nationalen und internationalen Logistikkdienstleistungen der Geschäftsfelder DHL Global Forwarding und DHL Exel Supply Chain sowie seit dem 1. Juli 2006 das europäische Landverkehr-Speditions-geschäft.

FINANZ DIENSTLEISTUNGEN

Der Unternehmensbereich FINANZ DIENSTLEISTUNGEN umfasst die Aktivitäten der Deutschen Postbank Gruppe. Diese bietet eine breite Palette standardisierter Bankdienstleistungen an, wozu Zahlungsverkehr, Einlagengeschäft, das Privat- und Firmenkundengeschäft, Fondsprodukte sowie Wertpapierdienstleistungen gehören. Die Deutsche Postbank AG hat mit Wirkung zum 1. Januar 2006 durch den Kauf der DP Retail GmbH 850 Filialen von der Deutsche Post AG übernommen. Mit der Änderung der Eigentümerschaft wechselten auch rund 9.600 Beschäftigte ihren Arbeitgeber. Die bei der Deutsche Post AG verbliebenen Filialen werden im Segment SERVICES berichtet. Darüber hinaus beinhaltet das Segment FINANZ DIENSTLEISTUNGEN die Dienstleistungen des Renten-Service.

Die folgende Tabelle zeigt den Aufriss des Ergebnisses der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) des Unternehmensbereichs FINANZ DIENSTLEISTUNGEN (FDL) auf die Segmentbestandteile:

EBIT FINANZ DIENSTLEISTUNGEN

Mio €	2006				2007			
	Deutsche Postbank Gruppe	Renten-Service	Sonstiges	Gesamt	Deutsche Postbank Gruppe	Renten-Service	Sonstiges	Gesamt
EBIT FDL	1.000	7	-3	1.004	1.069	7	0	1.076

SERVICES

Im Segment SERVICES sind die Global Business Services mit den Bereichen Recht, Versicherungen, Einkauf, Finance Operations, IT-Services, Immobilien, Flottenmanagement und Business Consulting erfasst. Des Weiteren zählen zum Segment SERVICES das Corporate Center und diejenigen Filialen, die weiterhin zur Deutsche Post AG gehören. Weiterhin werden hier die Erträge und Aufwendungen der Deutsche Post AG gebündelt, die nicht einem einzelnen Unternehmensbereich zugeordnet werden können. Im Zuge der Neuorganisation des globalen Expressnetzwerks wurden Hubs und Flugdienstleistungen (Global Network Aviation) zum 1. Juli 2006 aus dem Segment SERVICES herausgelöst und dem Segment EXPRESS zugeordnet.

Konsolidierung

Die Daten zu den Unternehmensbereichen werden nach Konsolidierung der Beziehungen innerhalb der Unternehmensbereiche dargestellt. Die Beziehungen zwischen den Unternehmensbereichen werden in der Spalte Konsolidierung eliminiert.

Überleitung der Segment- auf Konzernzahlen

In der Überleitungsspalte sind die aus Konsolidierungsvorgängen resultierenden Effekte ebenso enthalten wie die Beträge, die sich aus der unterschiedlichen Definition von Inhalten der Segmentposten im Vergleich zu den dazugehörigen Konzernposten ergeben.

Überleitung

Mio €	Summe der Segmente		Überleitung		Konzernwert	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007
Außenumsätze	60.545	63.512	0	0	60.545	63.512
Konzerninnenumsätze	4.407	4.368	-4.407	-4.368	0	0
Umsatzerlöse	64.952	67.880	-4.407	-4.368	60.545	63.512
Sonstige betriebliche Erträge	4.766	4.219	-1.945	-1.633	2.821	2.586
Materialaufwand	-39.216	-41.265	4.867	4.390	-34.349	-36.875
Personalaufwand	-18.631	-18.491	15	20	-18.616	-18.471
Sonstiger betrieblicher Aufwand	-6.192	-6.784	1.434	1.591	-4.758	-5.193
Abschreibungen	-1.771	-2.357	0	0	-1.771	-2.357
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	3.908	3.202	-36	0	3.872	3.202
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	4	3	0	0	4	3
Sonstiges Finanzergebnis					-1.034	-1.013
Ertragsteuern					-560	-307
Konzernjahresergebnis					2.282	1.885
davon entfielen auf Aktionäre der Deutsche Post AG					1.916	1.389
davon entfielen auf Minderheiten					366	496
Vermögen	214.440	229.385	3.258	6.081	217.698	235.466
davon Anteile an assoziierten Unternehmen	63	203	0	0	63	203
Schulden	181.374	200.973	22.372	20.634	203.746	221.607
davon Anteile an assoziierten Unternehmen	0	0	0	0	0	0

Der Außenumsatz repräsentiert den Umsatz der Unternehmensbereiche mit Konzernexternen. Der Innenumsatz zeigt die Umsätze mit anderen Unternehmensbereichen. Existieren für intern angebotene Dienstleistungen oder Produkte vergleichbare externe Marktpreise, werden diese Marktpreise oder marktorientierte Preise als interner Verrechnungspreis herangezogen (At-Arm's-Length-Prinzip). Den Verrechnungspreisen für nicht marktfähige Leistungen liegen grundsätzlich inkrementelle Kosten zugrunde.

Die Aufwendungen der in den IT-Service-Centern erbrachten IT-Dienstleistungen werden verursachungsgemäß den Unternehmensbereichen belastet. Der Teil der Aufwendungen, der nicht gemäß dem At-Arm's-Length-Prinzip den Unternehmensbereichen weiterbelastet werden kann, verbleibt in dem Segment SERVICES. Zusätzliche Aufwendungen, die aus der Universaldienstleistungsverpflichtung für Postdienstleistungen der Deutsche Post AG (flächendeckendes Filialnetz, werktägliche Zustellung) und der Übernahme der Vergütungsstruktur als Rechtsnachfolgerin der Deutschen Bundespost resultieren, werden im Unternehmensbereich BRIEF berücksichtigt. Die Segmenterträge und -aufwendungen des Unternehmensbereichs FINANZ DIENSTLEISTUNGEN beinhalten auch die Zinserträge und -aufwendungen sowie die Provisionserträge und -aufwendungen der Deutschen Postbank Gruppe, da diese dem operativen Geschäft dieser Bereiche zugeordnet sind. Das Segmentvermögen setzt sich aus dem langfristigen Vermögen (ohne Finanzanlagen) und dem kurzfristigen Vermögen (ohne Forderungen aus Ertragsteuern, flüssige Mittel und Wertpapiere) zusammen. Die Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen sind dem Bereich FINANZ DIENSTLEISTUNGEN zugeordnet. Derivative Firmenwerte sind den Unternehmensbereichen zugerechnet.

Mio €	2006	2007
Bilanzsumme	217.698	235.466
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	-122	-187
Finanzanlagen	-994	-1.060
Sonstige langfristige Vermögenswerte	-303	-413
Aktive latente Steuern	-542	-1.020
Ertragsteueransprüche	-281	-312
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	-200	-141
Finanzinstrumente	-42	-72
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	-2.391	-4.683
Überleitung zum Segmentvermögen	212.823	227.578

Die Segmentverbindlichkeiten betreffen die unverzinslichen Rückstellungen und Verbindlichkeiten (ohne Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern) sowie die Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen.

Mio €	2006	2007
Bilanzsumme	217.698	235.466
Eigenkapital	-13.952	-13.859
Langfristige Rückstellungen	-12.340	-10.573
Langfristige Verbindlichkeiten	-8.780	-8.986
Kurzfristige Rückstellungen	-616	-693
Kurzfristige Verbindlichkeiten	-2.048	-1.905
Überleitung zu Segmentverbindlichkeiten	179.962	199.450

Die Segmentinvestitionen beziehen sich auf die immateriellen Vermögenswerte (inklusive der erworbenen Firmenwerte) und Sachanlagen. Die Abschreibungen betreffen das den einzelnen Unternehmensbereichen zugeordnete Segmentvermögen. Zu den sonstigen nicht zahlungswirksamen Aufwendungen zählen im Wesentlichen die Aufwendungen aus der Bildung von Rückstellungen.

8.2 Segmente nach Regionen

Die Zuordnung der Außenumsätze erfolgt nach dem Sitz des Kunden. Ausgewiesen werden nur Umsätze mit Konzernexternen. Das Segmentvermögen wird nach dem Standort der Vermögenswerte zugeordnet. Es setzt sich aus dem langfristigen Vermögen (ohne Finanzanlagen) und dem kurzfristigen Vermögen (ohne Forderungen aus Ertragsteuern, flüssige Mittel und Wertpapiere) der einzelnen Regionen zusammen. Enthalten sind auch die Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen sowie entgeltlich erworbene Firmenwerte, die grundsätzlich nach dem Sitzlandprinzip den Konzernunternehmen zugeordnet werden. Die Segmentinvestitionen werden ebenfalls nach dem Standort der Vermögenswerte zugeordnet. Sie umfassen Investitionen in immaterielle Vermögenswerte (inklusive der erworbenen Firmenwerte) und Sachanlagen.

Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

9 Umsatzerlöse und Erträge aus Bankgeschäften

Mio €	2006	2007
Umsatzerlöse	51.592	53.719
Erträge aus Bankgeschäften	8.953	9.793
Umsatzerlöse und Erträge aus Bankgeschäften	60.545	63.512

Im Geschäftsjahr 2007, wie auch im Vorjahr, entstanden keine Umsatzerlöse oder Erträge aus Bankgeschäften, denen ein Tauschgeschäft zugrunde lag.

Eine starke Umsatzerhöhung ergab sich insbesondere im Segment LOGISTIK, was in erster Linie auf den 10-Jahres-Vertrag mit der britischen Gesundheitsbehörde National Health Services (NHS) zurückzuführen ist. Der Umsatzbeitrag der erstmals im Geschäftsjahr einbezogenen TSO betrug 106 Mio €, siehe Textziffer 2.

Die weitere Aufteilung der Umsatzerlöse nach Unternehmensbereichen sowie die Zuordnung der Umsatzerlöse und Erträge aus Bankgeschäften zu geografischen Regionen ist der Segmentberichterstattung zu entnehmen.

Mio €	2006	2007
Zinserträge		
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	5.058	5.409
Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	2.068	2.491
Erträge aus Aktien und nicht festverzinslichen Wertpapieren	231	103
Zinserträge aus Handelsgeschäften	249	347
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	8	-1
	7.614	8.349
Provisionserträge	1.075	1.154
Handelsergebnis	264	290
Erträge aus Bankgeschäften	8.953	9.793

Der Ausweis des Bewertungsergebnisses aus der Fair-Value-Option wurde gegenüber dem Vorjahr geändert. Die Marktwertänderungen der Bestände werden nicht mehr im Zinsertrag bzw. -überschuss, sondern im Handelsergebnis erfasst. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst. Die Zinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände sowie der dazugehörigen Zins-Swaps werden weiterhin im Zinsertrag bzw. -überschuss ausgewiesen.

10 Sonstige betriebliche Erträge

Mio €	2006	2007
Ergebnis aus Finanzanlagen und Versicherungsgeschäft aus Finanzdienstleistungen (Deutsche Postbank Gruppe)	234	294
Abgangserträge aus dem Anlagevermögen	274	275
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	294	272
Erträge aus Währungsumrechnungsdifferenzen	207	262
Erträge aus aktivierten Eigenleistungen	197	190
Versicherungserträge	164	176
Erlöse aus Leasing, Verpachtung und Vermietungen	91	95
Werterhöhungen Forderungen und sonstige Vermögenswerte	58	85
Provisionserträge	75	78
Erträge aus periodenfremden Abrechnungen	86	76
Erträge aus Vergütungen und Erstattungen	59	73
Erträge aus dem Verkauf der Vfw AG, Deutschland	0	59
Erträge aus der Ausbuchung von Verbindlichkeiten	91	54
Erträge aus Schadenersatz	34	27
Erträge aus Zahlungseingängen auf abgeschriebene Forderungen	10	17
Zuschüsse	11	11
Erträge aus Derivaten (ohne Hedge-Accounting)	46	7
Erträge aus der Veräußerung Postbank-Aktien aufgrund Wandlungsrecht aus Umtauschanleihe	276	0
Erträge aus Schiedsverfahren gegenüber Deutsche Telekom AG	99	0
Erträge aus der Auflösung der Rückstellung gegen Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V.	80	0
Erträge aus dem Verkauf der Modra Pyramida	64	0
Erträge aus Weiterbelastungen im Zusammenhang mit BanstPT	55	0
Erträge aus dem Verkauf von McPaper AG	10	0
Übrige Erträge	306	535
Sonstige betriebliche Erträge	2.821	2.586

In dem Ergebnis aus Finanzanlagen und Versicherungsgeschäft aus Finanzdienstleistungen der Deutschen Postbank Gruppe sind verschiedene Einmaleffekte enthalten, siehe Textziffer 3.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge beruht im Wesentlichen auf den im Vorjahr enthaltenen Einmalserträgen aus der Veräußerung der Postbank-Aktien sowie dem positiven Ausgang des Schiedsverfahrens mit der Deutschen Telekom AG. In den übrigen Erträgen ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

11 Materialaufwand und Aufwendungen aus Bankgeschäften

Mio €	2006	2007
Materialaufwand	28.641	30.488
Aufwendungen aus Bankgeschäften	5.708	6.387
Materialaufwand und Aufwendungen aus Bankgeschäften	34.349	36.875

Mio €	2006	2007
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		
Heiz- und Kraftstoffe	669	934
Treibstoff Flugzeuge	571	601
Packmaterial	223	397
Bezogene Handelswaren	128	1.295
Büromaterialien	102	100
Ersatzteile und Reparaturmaterialien	69	90
Sonstige Aufwendungen	100	112
	1.862	3.529
Aufwendungen für bezogene Leistungen		
Transportkosten	19.757	18.450
Leistungen für Fremdarbeitskräfte	1.690	2.469
Aufwendungen aus unkündbaren Mietverträgen		
Mietverträgen	1.297	1.709
Aufwendungen aus kündbaren Mietverträgen	497	508
Andere Aufwendungen aus Mietverträgen (Nebenkosten)	346	173
Aufwendungen für Instandhaltungen	953	1.130
IT-Leistungen	916	896
Aufwendungen für Provisionen	294	313
Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.029	1.311
	26.779	26.959
Materialaufwand	28.641	30.488

Der Anstieg des Materialaufwands resultiert aus der Ausweitung der Geschäftsaktivitäten der Bereiche LOGISTIK und EXPRESS, insbesondere in den Regionen Europa und Asien/Pazifik. Der Anstieg der bezogenen Handelswaren steht im Zusammenhang mit der Beschaffungslogistik für den NHS, siehe Textziffer 9. Von den Materialaufwendungen entfielen 30 Mio € auf TSO. In den sonstigen Aufwendungen ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

Mio €	2006	2007
Zinsaufwand für Verbindlichkeiten	3.566	4.315
Zinsaufwand für verbrieftete Verbindlichkeiten	833	587
Zinsaufwendungen aus Nachrangkapital	253	280
Provisionsaufwendungen	214	244
Übrige Zinsaufwendungen	842	961
Aufwendungen aus Bankgeschäften	5.708	6.387

12 Personalaufwand/Mitarbeiter

Mio €	2006	2007
Entgelte	15.281	15.200
davon Aufwendungen aus den Aktienoptionsplänen für Optionen	29	14
davon Aufwendungen aus den Aktienoptionsplänen für SAR	2	2
davon Aufwendungen aus SAR-Plan 2006/LTIP	14	21
Soziale Abgaben	2.198	2.252
Aufwendungen für Altersversorgung	1.137	1.019
Personalaufwand	18.616	18.471

Im Personalaufwand sind 29 Mio € enthalten, die auf den Erwerb von TSO entfallen.

In dem Posten Aufwendungen für Altersversorgung sind 560 Mio € (Vorjahr: 559 Mio €) an Beiträgen der Deutsche Post AG und 111 Mio € (Vorjahr: 111 Mio €) an Beiträgen der Deutsche Postbank AG zum Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V. enthalten. Nähere Angaben finden sich unter Textziffer 6.

Den überwiegenden Teil der Aufwendungen für Personal stellen die Entgelte dar, die die Löhne, Gehälter, Bezüge und alle sonstigen Vergütungen für im Geschäftsjahr geleistete Arbeiten der Mitarbeiter des Konzerns umfassen. Unter den sozialen Abgaben werden die vom Unternehmen zu tragenden gesetzlichen Pflichtabgaben, insbesondere die Beiträge zur Sozialversicherung, ausgewiesen.

Aufwendungen für Altersversorgung beziehen sich auf tätige und nicht mehr tätige Betriebsangehörige oder deren Hinterbliebene. Diese Aufwendungen umfassen die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, Arbeitgeberanteile zur betrieblichen Zusatzversorgung und vom Unternehmen übernommene Leistungen für die Altersversorgung von Mitarbeitern.

Im Berichtsjahr waren im Konzern Deutsche Post World Net nach Personengruppen differenziert durchschnittlich beschäftigt:

	2006	2007
Arbeitnehmer	440.203	459.162
Beamte	62.560	61.172
Auszubildende	4.878	4.469
Mitarbeiter	507.641	524.803

Auf Vollzeitkräfte umgerechnet, betrug die Zahl der Beschäftigten zum 31. Dezember 2007 475.100 Personen (31. Dezember 2006: 463.350 Personen). Für Gesellschaften, die während des Geschäftsjahres hinzugekommen oder abgegangen sind, wurde das Personal zeitanteilig einbezogen. Die Mitarbeiter der Gemeinschaftsunternehmen sind quotaleinbezogen worden.

13 Abschreibungen

Mio €	2006	2007
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte ohne Abschreibungen		
Firmenwerte	479	587
Abschreibungen auf Sachanlagen		
Grundstücke und Bauten	285	508
Technische Anlagen und Maschinen	343	499
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Fuhrpark	558	629
Flugzeuge	106	126
Geleistete Anzahlungen	0	6
	1.292	1.768
Abschreibungen auf sonstiges langfristiges Anlagevermögen	0	2
	1.771	2.357
Wertminderungen Firmenwerte	0	0
Abschreibungen	1.771	2.357

In den Abschreibungen sind mit 612 Mio € (Vorjahr: 44 Mio €) außerplanmäßige Abschreibungen/Wertminderungen enthalten. Sie betreffen mit 97 Mio € Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte (Vorjahr: 27 Mio €) sowie mit 253 Mio € Abschreibungen auf Grundstücke und Bauten (Vorjahr: 17 Mio €) und mit 262 Mio € das restliche Sachanlagevermögen. Auf Segmentebene stellen sich die Wertminderungen wie folgt dar:

Wertminderungen 2007

Mio €	
BRIEF	3
EXPRESS	596
LOGISTIK	13

Im Unternehmensbereich EXPRESS Americas wurden die immateriellen Vermögenswerte (ohne Firmenwert) vollständig in Höhe von 90 Mio € wertgemindert sowie das Sachanlagevermögen in Höhe von 504 Mio € auf den beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten abgeschrieben.

14 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Mio €	2006	2007
Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit	594	586
Reise- und Bildungskosten	479	524
Rechts-, Beratungs-, Prüfungskosten	498	516
Sonstige betriebliche Steuern	300	384
Garantie-, Ersatzleistungen und Entschädigungen	306	363
Risikovorsorge aus Kreditgeschäft aus Finanzdienstleistungen (Deutsche Postbank Gruppe)	337	338
Aufwendungen für Telekommunikation	312	328
Fremdleistungen für Reinigung, Transport, Überwachung	254	305
Aufwendungen aus Währungsumrechnungsdifferenzen	272	266
Büromaterial	239	257
Wertberichtigungen kurzfristiges Vermögen	253	227
Repräsentations- und Bewirtungskosten	159	181
Aufwendungen aus Anlagenabgängen	142	167
Aufwendungen aus Versicherungen	128	139
Aufwendungen für Provisionsleistungen	64	136
Freiwillige soziale Leistungen	110	129
Abrechnung mit der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation	79	76
Beiträge und Gebühren	41	50
Sonstige immobilienbezogene Aufwendungen	56	35
Kosten des Geldverkehrs	29	34
Periodenfremde sonstige betriebliche Aufwendungen	18	32
Spenden	13	17
Aufwendungen aus Derivaten (ohne Hedge-Accounting)	30	4
Aufwendungen aus Schiedsverfahren gegenüber Deutsche Telekom AG	10	0
Übrige Aufwendungen	35	99
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.758	5.193

In der Risikovorsorge aus Kreditgeschäft aus Finanzdienstleistungen der Deutschen Postbank Gruppe sind verschiedene Einmaleffekte enthalten, siehe Textziffer 3.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen mit 26 Mio € auf die 2007 erstmals konsolidierte TSO. In den übrigen Aufwendungen sind verschiedene Einzelsachverhalte enthalten.

Andere Steuern als die vom Einkommen und Ertrag werden entweder unter den zugehörigen Aufwandsposten oder, soweit eine individuelle Zuordnung nicht möglich ist, unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Ursächlich für den Anstieg der sonstigen betrieblichen Steuern ist eine erhöhte Rückstellungszuführung seitens der Deutsche Post AG.

15 Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

Aus den Beteiligungen an Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann und die nach der Equity-Methode zu konsolidieren sind, resultiert ein Beitrag zum Finanzergebnis in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €).

16 Sonstiges Finanzergebnis

Mio €	2006	2007
Finanzerträge		
Zinserträge	63	69
Erträge aus sonstigen Beteiligungen und Finanzinstrumenten	13	21
Erträge aus Währungsumrechnungsdifferenzen	81	438
Sonstige Finanzerträge	41	470
	198	998
Finanzaufwendungen		
Zinsaufwendungen	-1.040	-1.055
davon aus der Aufzinsung von Pensions- und sonstigen Rückstellungen	-704	-723
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0	-1
Abschreibungen auf Finanzinstrumente	-11	-2
Aufwendungen aus Währungsumrechnungsdifferenzen	-95	-576
Sonstige Finanzaufwendungen	-86	-377
	-1.232	-2.011
Sonstiges Finanzergebnis	-1.034	-1.013

Die Aufwendungen und Erträge aus den Bankgeschäften der Deutschen Postbank Gruppe sind nicht unter dem sonstigen Finanzergebnis ausgewiesen. Während die Erträge – vor allem in Form von Zins- und Provisionserträgen sowie Erträgen aus Aktien und Wertpapieren – unter den Umsatzerlösen und Erträgen aus Bankgeschäften erfasst werden (siehe Textziffer 9), gehen die Aufwendungen – vor allem in Form von Zins- und Provisionsaufwand – in den Posten Materialaufwand und Aufwendungen aus Bankgeschäften ein (siehe Textziffer 11). Der Anstieg der Erträge und Aufwendungen aus Währungsumrechnungsdifferenzen sowie der sonstigen Finanzaufwendungen und -erträge ist im Wesentlichen bedingt durch den geänderten Sicherungsprozess im Fremdwährungsbereich.

17 Ertragsteuern

Mio €	2006	2007
Laufende Ertragsteueraufwendungen	-338	-453
Laufende Ertragsteuererstattungen	62	10
	-276	-443
Latenter Steuerertrag (Vorjahr: Steueraufwand) aus temporären Wertdifferenzen	-221	183
Latenter Steueraufwand aus dem Abbau aktiver latenter Steuern auf steuerliche Verlustvorträge	-63	-47
	-284	136
Ertragsteuern	-560	-307

Ausgehend vom Konzernjahresergebnis vor Ertragsteuern und der rechnerischen Ertragsteuer gestaltet sich die Überleitung auf den tatsächlichen Ertragsteueraufwand wie folgt:

Überleitungsrechnung

Mio €	2006	2007
Konzernjahresergebnis vor Ertragsteuern	2.842	2.192
Rechnerische Ertragsteuer	1.134	875
Auf temporäre Differenzen nicht gebildete aktive latente Steuern		
Initial Differences	-483	-735
Restrukturierungsrückstellung	-70	0
Auf steuerliche Verlustvorträge nicht gebildete aktive latente Steuern inländischer Konzerngesellschaften	139	376
Auf steuerliche Verlustvorträge nicht gebildete aktive latente Steuern ausländischer Konzerngesellschaften	440	98
Steuersatzänderung inländischer Konzerngesellschaften	0	-188
Effekt für laufende Steuern aus Vorjahren	-31	68
Steuerfreie Erträge und nichtabziehbare Ausgaben, Effekte aus § 8b KStG	-503	-83
Steuersatzdifferenzen ausländischer Unternehmen	-50	-103
Sonstiges	-16	-1
Tatsächliche Ertragsteuer	560	307

Der Unterschied zwischen dem rechnerischen Steueraufwand und dem tatsächlichen Steueraufwand gründet insbesondere auf temporären Differenzen zwischen der IFRS- und Steuerbilanz der Deutsche Post AG, die aus abweichenden Wertansätzen in der steuerlichen Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1995 resultieren (Initial Differences). Gemäß IAS 12.15 (b) und IAS 12.24 (b) hat der Konzern keine aktiven latenten Steuern auf diese temporären Differenzen, die im Wesentlichen das Sachanlagevermögen, die Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen betreffen, gebildet.

Die verbleibenden temporären Differenzen zwischen den IFRS-Bilanzansätzen und den Wertansätzen basierend auf der steuerlichen Eröffnungsbilanz belaufen sich zum 31. Dezember 2007 noch auf 3,4 Mrd € (Vorjahr: 5,2 Mrd €). Die Effekte aus auf steuerliche Verlustvorträge nicht gebildeten aktiven latenten Steuern betreffen im Wesentlichen die Deutsche Post AG und deren Organgesellschaften. Effekte aus auf steuerliche Verlustvorträge nicht gebildete aktive latente Steuern ausländischer Gesellschaften resultieren überwiegend aus der Region Americas.

Effekte aus nicht gebildeten aktiven latenten Steuern entfallen in Höhe von 122 Mio € (Vorjahr: -40 Mio €) auf eine Aufhebung einer früheren Abwertung eines latenten Steueranspruchs. In Höhe von 51 Mio € (Vorjahr: 44 Mio €) minderte sich der Ertragsteueraufwand aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste.

Die Steuersatzänderung inländischer Konzerngesellschaften betrifft die Effekte aus der Unternehmensteuerreform 2008. Da bei inländischen Konzerngesellschaften deutlich mehr latente Ertragsteuerverpflichtungen als -ansprüche ausgewiesen werden, führte die Neubewertung im Geschäftsjahr 2007 zu einer Steuerentlastung von rund 188 Mio €. Die Steuersatzänderung in einigen ausländischen Steuerjurisdiktionen führte nicht zu wesentlichen Effekten. Die Effekte aus § 8b KStG betreffen im Wesentlichen die Spezialfonds, Aktien und Beteiligungen der Deutschen Postbank Gruppe.

18 Konzernjahresergebnis

Im Geschäftsjahr 2007 erwirtschaftete der Konzern Deutsche Post World Net ein Konzernjahresergebnis in Höhe von 1.885 Mio € (Vorjahr: 2.282 Mio €). Davon entfielen auf die Aktionäre der Deutsche Post AG 1.389 Mio € (Vorjahr: 1.916 Mio €).

19 Minderheiten

Das den Minderheiten zustehende Ergebnis in Höhe von 496 Mio € erhöhte sich im Geschäftsjahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um 130 Mio €.

20 Ergebnis je Aktie

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie (Basic Earnings per Share) wird nach IAS 33 (Earnings per Share) mittels Division des Konzerngewinns durch die durchschnittliche Anzahl der Aktien ermittelt. Das unverwässerte Ergebnis je Aktie liegt für das Geschäftsjahr 2007 bei 1,15 € (Vorjahr: 1,60 €).

	2006	2007
Auf Aktionäre der Deutsche Post AG entfallendes Konzernjahresergebnis (Mio €)	1.916	1.389
Durchschnittliche gewichtete Anzahl von ausgegebenen Aktien	1.196.244.814	1.205.101.455
Unverwässertes Ergebnis je Aktie (€)	1,60	1,15

Für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie wird die durchschnittliche Anzahl der ausgegebenen Aktien um die Anzahl aller potenziell verwässernden Aktien berichtigt. Zum Stichtag bestanden Optionsrechte für Führungskräfte in Höhe von 13.184.482 Stück (Vorjahr: 21.823.394), davon waren 2.489.720 Optionsrechte (Vorjahr: 3.395.362) verwässernd.

	2006	2007
Auf Aktionäre der Deutsche Post AG entfallendes Konzernjahresergebnis (Mio €)	1.916	1.389
Durchschnittlich gewichtete Anzahl von ausgegebenen Aktien	1.196.244.814	1.205.101.455
Potenziell verwässernde Aktien	3.395.362	2.489.720
Durchschnittliche gewichtete Anzahl von Aktien für das verwässerte Ergebnis	1.199.640.176	1.207.591.175
Verwässertes Ergebnis je Aktie (€)	1,60	1,15

21 Dividende je Aktie

Für das Geschäftsjahr 2007 wird eine Dividende je Aktie von 0,90 € vorgeschlagen. Dies entspricht bei einer im Handelsregister eingetragenen Aktienzahl von 1.207.470.598 (Stand 31. Dezember 2007) einer Ausschüttung von 1.087 Mio €. Weitere Erläuterungen zur Ausschüttung finden sich unter Textziffer 38.

Erläuterungen zur Bilanz

22 Immaterielle Vermögenswerte

22.1 Übersicht

Mio €	Selbst erstellte Immaterielle Vermögenswerte	Erworbene Markennamen	Erworbene Kundenstämme	Sonstige erworbene Immaterielle Vermögenswerte	Firmen- werte	Geleistete An- zahlungen und immaterielle Vermögenswerte in Entwicklung	Gesamt
Anschaffungs- oder Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2006	1.020	540	576	1.490	11.060	273	14.959
Zugänge Konsolidierungskreis	29	345	485	70	1.031	52	2.012
Zugänge	137	0	0	387	98	150	772
Umbuchungen	130	0	0	267	0	-259	138
Abgänge	-120	0	0	-352	-159	-84	-715
Abgänge in das kurzfristige Vermögen	0	0	0	-1	0	0	-1
Währungsumrechnungsdifferenzen	-11	13	-21	-33	-287	-2	-341
Stand 31. Dezember 2006/ Stand 1. Januar 2007	1.185	898	1.040	1.828	11.743	130	16.824
Zugänge Konsolidierungskreis	0	11	78	5	296	0	390
Zugänge	136	0	0	114	121	101	472
Umbuchungen	16	0	0	13	0	-39	-10
Abgänge	-27	0	-70	-147	-1	-36	-281
Abgänge in das kurzfristige Vermögen	0	0	0	0	0	0	0
Währungsumrechnungsdifferenzen	-12	-51	-62	-40	-389	-3	-557
Stand 31. Dezember 2007	1.298	858	986	1.773	11.770	153	16.838
Abschreibungen/Auflösungen							
Stand 1. Januar 2006	533	0	0	866	440	94	1.933
Zugänge Konsolidierungskreis	1	0	0	7	0	0	8
Abschreibungen	106	0	89	257	0	0	452
Wertminderungen	27	0	0	0	0	0	27
Umbuchungen	18	0	0	-16	0	0	2
Abgänge	-97	0	0	-56	0	-75	-228
Währungsumrechnungsdifferenzen	-6	0	-1	-14	0	-1	-22
Stand 31. Dezember 2006/ Stand 1. Januar 2007	582	0	88	1.044	440	18	2.172
Zugänge Konsolidierungskreis	0	0	0	2	0	0	2
Abschreibungen	146	0	83	261	0	0	490
Wertminderungen	54	0	0	30	0	13	97
Umbuchungen	-8	0	0	8	0	0	0
Abgänge	-10	0	0	-105	0	0	-115
Währungsumrechnungsdifferenzen	-5	0	7	-35	0	-1	-34
Stand 31. Dezember 2007	759	0	178	1.205	440	30	2.612
Bilanzwert 31. Dezember 2007	539	858	808	568	11.330	123	14.226
Bilanzwert 31. Dezember 2006	603	898	952	784	11.303	112	14.652

Unter den erworbenen immateriellen Vermögenswerten werden erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, Lizenzen und ähnliche Rechte und Werte ausgewiesen. Die selbst erstellten immateriellen Vermögenswerte betreffen Entwicklungskosten für selbst erstellte Software.

Die erworbenen Kundenstämme betreffen mit 402 Mio € Exel (Vorjahr: 494 Mio €), mit 188 Mio € Williams Lea (Vorjahr: 220 Mio €) und mit 156 Mio € BHW (Vorjahr: 238 Mio €). Die Markennamen entfallen im Wesentlichen mit 504 Mio € auf Exel (Vorjahr: 552 Mio €), mit 24 Mio € auf Williams Lea (Vorjahr: 27 Mio €) und mit 319 Mio € unverändert auf BHW.

Der Anstieg der Firmenwerte (zum Erwerbszeitpunkt) entfällt im Bereich BRIEF mit 139 Mio € auf TSO, im Bereich EXPRESS mit 78 Mio € auf Astar. Der Rückgang der Firmenwerte im Bereich LOGISTIK ist im Wesentlichen auf Währungsumrechnungsdifferenzen zurückzuführen.

22.2 Firmenwert-Allokation auf Cash-Generating-Units

Cash-Generating-Units (CGU)

Mio €

Gesamt-Firmenwert: 11.330¹⁾
(Vorjahr: 11.303)

Segment-Ebene/Gruppe von CGU

BRIEF	EXPRESS 3.912 (Vorjahr: 3.823)	LOGISTIK 461 (Vorjahr: 461)	FINANZ DIENSTLEISTUNGEN
-------	--------------------------------------	-----------------------------------	-------------------------

CGU-Ebene

BRIEF National 30 (Vorjahr: 30)	DHL Global Forwarding 3.063 (Vorjahr: 3.134)	FINANZ DIENSTLEISTUNGEN 639 (Vorjahr: 634)
BRIEF International 1.137 (Vorjahr: 1.011)	DHL Exel Supply Chain 1.949 (Vorjahr: 2.071)	
	DHL Freight Europe 253 (Vorjahr: 253)	

1) Firmenwert aus Überleitung beträgt –114 Mio € (Vorjahr: –114 Mio €)

Für Zwecke des jährlich durchzuführenden Werthaltigkeitstests nach IAS 36 ermittelt der Konzern den erzielbaren Betrag einer CGU auf Basis eines Nutzungswerts. Diese Berechnungen beruhen auf Prognosen von Free Cashflows, die zunächst mit einem Kapitalkostensatz nach Steuern diskontiert werden. Im Anschluss werden Diskontierungssätze vor Steuern auf Basis eines iterativen Prozesses ermittelt.

Die Cashflow-Prognosen basieren auf vom Management verabschiedeten Detailplanungen für das EBIT und Investitionen, die einen Dreijahreszeitraum umfassen. Die Ewige Rente wird über eine langfristige Wachstumsrate in Höhe von bis zu 3 % ermittelt. Die angewendete Wachstumsrate spiegelt die Erwartungen hinsichtlich des Branchenwachstums der CGU wider, übersteigt jedoch nicht die geschätzte langfristige Wachstumsrate derjenigen Länder, die den höchsten Ergebnisbeitrag zu den jeweiligen CGU liefern. Den Cashflow-Prognosen liegen sowohl Vergangenheitswerte als auch die zukünftig erwartete generelle Marktentwicklung zugrunde. Außerdem werden für die Prognosen das Wachstum der jeweiligen nationalen Geschäftstätigkeiten und des internationalen Handels sowie die zunehmende Auslagerung der Logistikaktivitäten berücksichtigt. Die Kosteneinschätzungen für das Transportnetzwerk und Dienstleistungen haben ebenfalls einen Einfluss auf den Nutzungswert.

Der Kapitalkostensatz vor Steuern basiert auf dem Konzept der durchschnittlichen gewichteten Kapitalkosten („Weighted average Cost of Capital“). Den Diskontierungssatz für die einzelnen CGU zeigt folgende Tabelle:

Diskontierungssatz

%	2006	2007
LOGISTIK		
DHL Exel Supply Chain	9,0	10,4
Freight Europe	n.a.	11,1
DHL Global Forwarding	9,7	10,8
BRIEF		
International	10,4	10,9
National	9,9	11,5
EXPRESS	9,6	9,9

Auf Basis dieser Annahmen und durchgeführten Werthaltigkeitstests für die einzelnen CGU, denen ein Firmenwert zugeordnet wurde, wurde festgestellt, dass die erzielbaren Beträge in allen Fällen über den entsprechenden Buchwerten der CGU lagen. Insofern war keine Wertminderung erforderlich.

Der erzielbare Betrag der CGU DHL Exel Supply Chain liegt mit rund 1 % über dem Buchwert. Eine Erhöhung des Diskontierungssatzes um 5 % oder eine Absenkung der nachhaltigen EBIT-Marge um 5 % auf 3,9 %, würde jeweils zu einem Wertminderungsbedarf von rund 300 Mio € führen.

23 Sachanlagen**23.1 Übersicht**

Mio €	Grundstücke und Bauten	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Flugzeuge	Fuhrpark, Transport- ausstattung	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	Gesamt
Anschaffungs- oder Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2006	7.889	4.249	3.182	1.211	1.916	112	18.559
Zugänge Konsolidierungskreis	227	36	143	0	25	4	435
Zugänge	319	119	285	41	306	187	1.257
Umbuchungen	-109	-195	174	67	50	-60	-73
Abgänge	-672	-215	-423	-13	-284	-59	-1.666
Abgänge in das kurzfristige Vermögen	-8	0	0	0	0	0	-8
Währungsumrechnungsdifferenzen	-67	-93	-55	-24	-7	-2	-248
Stand 31. Dezember 2006/ Stand 1. Januar 2007	7.579	3.901	3.306	1.282	2.006	182	18.256
Zugänge Konsolidierungskreis	42	31	38	56	9	2	178
Zugänge	358	346	412	117	277	349	1.859
Umbuchungen	-75	60	34	-7	14	-137	-111
Abgänge	-521	-170	-291	-55	-219	-84	-1.340
Abgänge in das kurzfristige Vermögen	0	0	0	0	0	0	0
Währungsumrechnungsdifferenzen	-115	-92	-68	-26	-41	-7	-349
Stand 31. Dezember 2007	7.268	4.076	3.431	1.367	2.046	305	18.493
Abschreibungen							
Stand 1. Januar 2006	2.215	2.756	2.341	292	1.047	0	8.651
Zugänge Konsolidierungskreis	21	22	37	0	28	1	109
Abschreibungen	268	343	365	106	193	0	1.275
Wertminderungen	17	0	0	0	0	0	17
Zuschreibungen	0	0	0	0	0	0	0
Umbuchungen	175	-297	93	0	36	-9	-2
Abgänge	-320	-191	-318	-11	-233	0	-1.073
Abgänge in das kurzfristige Vermögen	-1	0	0	0	0	0	-1
Währungsumrechnungsdifferenzen	-19	-41	-40	-3	-5	0	-108
Stand 31. Dezember 2006/ Stand 1. Januar 2007	2.356	2.592	2.478	384	1.066	-8	8.868
Zugänge Konsolidierungskreis	19	22	26	15	4	0	86
Abschreibungen	255	309	362	126	201	0	1.253
Wertminderungen	253	190	47	0	19	6	515
Zuschreibungen	0	0	0	0	0	0	0
Umbuchungen	-57	33	-5	-7	-2	-1	-39
Abgänge	-206	-126	-254	-25	-167	0	-778
Abgänge in das kurzfristige Vermögen	0	0	0	0	0	0	0
Währungsumrechnungsdifferenzen	-37	-47	-50	-10	-22	0	-166
Stand 31. Dezember 2007	2.583	2.973	2.604	483	1.099	-3	9.739
Bilanzwert 31. Dezember 2007	4.685	1.103	827	884	947	308	8.754
Bilanzwert 31. Dezember 2006	5.223	1.309	828	898	940	190	9.388

Unter den geleisteten Anzahlungen werden nur Anzahlungen für Sachanlagen ausgewiesen, soweit im Rahmen eines schwebenden Geschäfts Vorleistungen seitens des Konzerns Deutsche Post World Net erbracht wurden. Als Anlagen im Bau sind Sachanlagen aktiviert, für deren Herstellung bereits Kosten aus Eigen- oder Fremdleistung angefallen sind, die bis zum Bilanzstichtag aber noch nicht fertig gestellt wurden. Die als Sicherheiten verpfändeten Sachanlagen liegen unter 1 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €).

23.2 Finanzierungsleasing

Folgende Vermögenswerte sind im Rahmen eines Finanzierungsleasing im Anlagevermögen bilanziert:

Mio €	2006	2007
Immaterielle Vermögenswerte	4	2
Grundstücke und Bauten	52	52
Technische Anlagen und Maschinen	45	35
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	61	122
Flugzeuge	633	491
Fuhrpark, Transportausstattung	13	7
Finanzierungsleasing	808	709

Die korrespondierenden Verbindlichkeiten aus dem Finanzierungsleasing werden unter den Finanzschulden, Textziffer 42, dargestellt.

24 Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Mio €	2006	2007
Anschaffungs- oder Herstellungskosten		
Stand 1. Januar	143	157
Zugänge Konsolidierungskreis	0	0
Zugänge	0	20
Umbuchungen	19	122
Abgänge	-5	-37
Abgänge in das kurzfristige Vermögen	0	0
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	-2
Stand 31. Dezember	157	260
Abschreibungen		
Stand 1. Januar	36	35
Zugänge Konsolidierungskreis	0	0
Abschreibungen/Wertberichtigungen	1	2
Marktwertänderungen	0	0
Umbuchungen	0	39
Abgänge	-2	-3
Abgänge in das kurzfristige Vermögen	0	0
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0
Stand 31. Dezember	35	73
Bilanzwert 31. Dezember	122	187

Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien betreffen im Wesentlichen mit 99 Mio € (Vorjahr: 31 Mio €) die Deutsche Post AG und mit 73 Mio € (Vorjahr: 72 Mio €) die Deutsche Postbank Gruppe. Die auf diese Immobilien entfallenden Mieteinnahmen betragen 9 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €), die Aufwendungen 9 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €). Der beizulegende Zeitwert beträgt 187 Mio €.

25 Finanzanlagen

Mio €	2006	2007
Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	63	203
Andere Finanzanlagen		
Available-for-Sale	805	743
Ausleihungen	126	114
Finanzanlagen	994	1.060

In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung sind 4 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €) Abschreibungen enthalten.

Die Ausleihungen für Wohnungsbauförderungen sind gegenüber dem am 31. Dezember 2007 geltenden Marktzins für vergleichbare Finanzanlagen mehrheitlich unterverzinslich oder unverzinslich. In der Bilanz werden sie mit einem Barwert von 19 Mio € (Vorjahr: 17 Mio €) erfasst. Der Nominalwert dieser Ausleihungen beträgt 27 Mio € (Vorjahr: 25 Mio €). Die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und sonstigen Beteiligungen waren wie im Vorjahr in ihrer Veräußerbarkeit nicht eingeschränkt.

26 Sonstige langfristige Vermögenswerte

Mio €	2006	2007
Pensionsvermögen	196	247
Derivate	35	27
Kautionen	13	33
Sonstiges	132	190
Sonstige langfristige Vermögenswerte	376	497

Die Derivate – Zins-Swaps/Fair-Value-Hedges – stehen im Zusammenhang mit den Anleihen der Deutsche Post Finance, Niederlande, und wurden mit externen Banken abgeschlossen. Weitere Informationen zum Pensionsvermögen finden sich unter Textziffer 40.

27 Latente Steuern

Mio €	2006	2007
Aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorräte	270	227
Aktive latente Steuern auf temporäre Wertdifferenzen	272	793
	542	1.020
Passive latente Steuern auf temporäre Wertdifferenzen	1.426	1.569

Auf steuerliche Verlustvorräte in Höhe von rund 11,7 Mrd € (Vorjahr: 10,3 Mrd €) und auf temporäre Wertdifferenzen von rund 1,2 Mrd € (Vorjahr: 1,9 Mrd €) wurden keine aktiven latenten Steuern gebildet, da davon auszugehen ist, dass die steuerlichen Verlustvorräte und temporäre Differenzen im Rahmen der steuerlichen Ergebnisplanung wahrscheinlich nicht genutzt werden können. Diese Verlustvorräte sind zeitlich unbefristet nutzbar. Der überwiegende Teil der Verlustvorräte entfällt auf die Deutsche Post AG. Für aufgelaufene Ergebnisse in- und ausländischer Tochtergesellschaften wurden in Höhe von 468 Mio € (Vorjahr: 380 Mio €) keine latenten Steuern gebildet, da es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Differenzen in absehbarer Zeit nicht umkehren werden.

Aktive latente Steuern auf Verlustvorträge

Mio €	2006	2007
Latente Steuern auf inländische Verlustvorträge		
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	111	80
Gewerbesteuer	95	70
Latente Steuern auf ausländische Verlustvorträge	64	77
	270	227

Fälligkeitsstruktur der aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge

Mio €	2006	2007
Bis 1 Jahr	48	10
1 Jahr bis 2 Jahre	42	9
2 bis 3 Jahre	111	86
3 bis 4 Jahre	15	84
4 bis 5 Jahre	18	4
Über 5 Jahre	36	34
	270	227

Fälligkeitsstruktur der aktiven und passiven latenten Steuern auf temporäre Wertdifferenzen

Mio €	2006		2007	
	aktivisch	passivisch	aktivisch	passivisch
Bis 1 Jahr	61	141	220	12
1 Jahr bis 2 Jahre	35	18	67	18
2 bis 3 Jahre	26	4	38	7
3 bis 4 Jahre	12	90	20	417
4 bis 5 Jahre	19	903	285	542
Über 5 Jahre	119	270	163	573
	272	1.426	793	1.569

Die aktiven und passiven latenten Steuern auf temporäre Wertdifferenzen resultieren mit folgenden Beträgen aus unterschiedlichen Wertansätzen der einzelnen Bilanzposten:

Latente Steuern auf temporäre Wertdifferenzen

Mio €	2006		2007	
	aktivisch	passivisch	aktivisch	passivisch
Immaterielle Vermögenswerte	58	727	72	701
Sachanlagen	24	71	17	75
Finanzanlagen	0	1	26	0
Sonstiges langfristiges Vermögen	3	117	14	37
Kurzfristiges Vermögen				
Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen	139	1.965	394	2.205
Übriges kurzfristiges Vermögen	203	49	143	10
Rückstellungen	367	27	434	131
Finanzschulden	25	0	4	0
Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen	1.154	83	1.653	97
Übrige Verbindlichkeiten	20	107	31	313
	1.993	3.147	2.788	3.569
Saldierung aktive und passive latente Steuern				
davon auf Verlustvorträge	0	0	0	-5
davon auf temporäre Wertdifferenzen	-1.721	-1.721	-1.995	-1.995
Bilanzansatz	272	1.426	793	1.569

28 Vorräte

Festwerte für Postwertzeichen und Ersatzteile in Frachtzentren bestanden in Höhe von 12 Mio € (Vorjahr: 14 Mio €). Wesentliche Wertberichtigungen auf die Vorratsbestände waren nicht erforderlich.

Mio €	2006	2007
Fertige Erzeugnisse und Waren	120	59
Ersatzteile Flugzeuge	2	6
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	117	164
Unfertige Erzeugnisse und unfertige Leistungen	28	18
Geleistete Anzahlungen	1	1
Vorräte	268	248

29 Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverbindlichkeiten

Sämtliche Ertragsteuerforderungen sind kurzfristig und haben Fälligkeiten von unter einem Jahr.

Mio €	2006	2007
Ertragsteueransprüche	281	312
Ertragsteuerverbindlichkeiten	101	139

30 Forderungen und sonstige Vermögenswerte

Mio €	2006	2007
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.395	6.377
Rechnungsabgrenzungsposten	990	1.038
Abgegrenzte Umsätze	403	558
Steuerforderungen	389	461
Forderungen aus Anlagenverkäufen	5	196
Erträge aus Kostenübernahmen	47	83
Debitorische Kreditoren	51	63
Forderungen gegenüber Konzernunternehmen	80	53
Kurzfristige Derivate	57	52
Forderungen aus Versicherungsgeschäften	13	32
Forderungen an Mitarbeiter	52	30
Grundstücksgleiche Rechte	15	22
Forderungen aus Schadenersatz (Regressansprüche)	10	19
Forderungen aus Nachnahmen	28	18
Mietforderungen	16	17
Forderungen aus Wohnbaupools	14	14
Forderungen gegenüber der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation	4	0
Forderungen gegenüber privaten Postagenturen	2	7
Andere Vermögenswerte	735	766
Forderungen und sonstige Vermögenswerte¹⁾	9.306	9.806

1) Angepasste Vorjahreszahl, siehe Textziffer 4

Die Steuerforderungen betreffen mit 317 Mio € (Vorjahr: 262 Mio €) Umsatzsteuer, mit 60 Mio € (Vorjahr: 36 Mio €) Zölle und Abgaben sowie mit 84 Mio € (Vorjahr: 91 Mio €) sonstige Steuerforderungen. In den anderen Vermögenswerten ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten. Weitere Informationen zu den Derivaten sind in Textziffer 48.2 ff enthalten.

31 Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen

Mio €	2006	2007
Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	16.350	24.581
davon Fair Value Hedge: 1.516 (Vorjahr: 2.136)		
Forderungen an Kunden		
davon grundpfandrechtlich gesichert 50.372 (Vorjahr: 45.565)		
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	80.425	84.133
davon Fair-Value-Hedge: 1.356 (Vorjahr: 1.500)		
Forderungen an Kunden (Held to Maturity)	518	456
Forderungen an Kunden (Fair-Value-Option)	6.181	7.110
	87.124	91.699
Risikovorsorge (aktivisch ausgewiesen)		
Forderungen an Kreditinstitute	0	0
Forderungen an Kunden	-1.155	-1.154
	-1.155	-1.154
Handelsaktiva		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9.755	4.139
Zur Veräußerung bestimmte Baudarlehen "Held for Trading"	208	209
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	28	161
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	2.942	5.155
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches	276	131
Positive Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	71	141
	13.280	9.936
Hedging-Derivate (positive Marktwerte)		
Auf Aktivposten	300	265
Auf Passivposten	185	156
	485	421
Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Finanzanlagen (Loans and Receivables)	19.031	26.600
davon Fair-Value-Hedge: 5.447 (Vorjahr: 5.369)		
Held to Maturity	4.956	730
Available for Sale	33.379	38.755
davon Fair-Value-Hedge: 14.633 (Vorjahr: 15.770)		
	57.366	66.085
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Available for Sale	5.830	2.418
	63.196	68.503
Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen		
	179.280	193.986

Die Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen betreffen ausschließlich die Deutsche Postbank Gruppe. Bei den Forderungen an Kunden handelt es sich mit 3.546 Mio € um Kommunalkredite (Vorjahr: 5.444 Mio €) sowie mit 64.781 Mio € (Vorjahr: 59.148 Mio €) um private Baufinanzierungen. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Für das latente Kreditrisiko wurden Portfoliowertberichtigungen gebildet. Uneinbringliche Forderungen wurden in Höhe von 31 Mio € (Vorjahr: 27 Mio €) direkt erfolgswirksam abgeschrieben. Die erfolgswirksam erfassten Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 11 Mio € (Vorjahr: 14 Mio €).

Die Handelsaktiva umfassen den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Devisen sowie derivativen Finanzinstrumenten, die nicht die Voraussetzungen des Hedge-Accounting nach IAS 39 erfüllen. Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind in Höhe von 4.109 Mio € (Vorjahr: 9.720 Mio €), die Aktien und nicht festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 161 Mio € (Vorjahr: 28 Mio €) börsennotiert.

In Höhe von 65.649 Mio € (Vorjahr: 59.951 Mio €) sind die Finanzanlagen börsennotiert. Bewertungsänderungen von Wertpapieren (Available for Sale), die nicht abgesichert sind, wurden in Höhe von -515 Mio € (Vorjahr: -125 €) in der Neubewertungsrücklage erfasst. Durch den Abgang von Finanzanlagen und die Bildung von Wertberichtigungen (Impairment) wurden in der Berichtsperiode 24 Mio € (Vorjahr: 177 Mio €) aus der Neubewertungsrücklage erfolgswirksam entnommen und im Periodenergebnis erfasst.

Zum Abschluss von Offenmarktgeschäften hat die Postbank zugunsten der Europäischen Zentralbank Verpfändungserklärungen für Wertpapiere mit einem Beleihungswert von 23 Mrd € (Vorjahr: 15 Mrd €) abgegeben. Zum Bilanzstichtag bestanden Offenmarktgeschäfte in Höhe von 15 Mrd € (Vorjahr: 10 Mrd €). Die als Sicherheiten hinterlegten Wertpapiere werden weiterhin als Finanzanlagen ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden Wertberichtigungen (Impairment) in Höhe von 130 Mio € (Vorjahr: 128 Mio €) gebildet, um der wirtschaftlichen Entwicklung der Finanzinstrumente Rechnung zu tragen, siehe Textziffer 3. Hiervon entfallen 112 Mio € auf Structured-Credit-Products und 18 Mio € auf Abschreibungen auf Publikumsfonds.

31.1 Restlaufzeitengliederung

Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
2007									
Forderungen an Kreditinstitute	1.601	14.071	2.038	1.624	772	679	1.846	1.950	24.581
Forderungen an Kunden	2.931	10.413	8.586	7.177	5.852	6.627	7.085	43.028	91.699
Handelsaktiva	1	1.002	1.568	1.691	456	346	301	4.571	9.936
Hedging-Derivate	1	44	5	18	15	7	23	308	421
Finanzanlagen	0	2.100	4.926	7.469	6.545	5.133	7.094	35.236	68.503
	4.534	27.630	17.123	17.979	13.640	12.792	16.349	85.093	195.140
2006									
Forderungen an Kreditinstitute	1.906	5.470	1.733	934	1.254	858	846	3.349	16.350
Forderungen an Kunden	2.193	5.719	8.340	8.429	8.976	7.129	10.050	36.288	87.124
Handelsaktiva	0	643	827	6.817	1.365	568	708	2.352	13.280
Hedging-Derivate	0	63	15	11	22	31	21	322	485
Finanzanlagen	46	1.845	5.714	4.484	5.127	4.594	5.540	35.846	63.196
	4.145	13.740	16.629	20.675	16.744	13.180	17.165	78.157	180.435

31.2 Risikovorsorge

Mio €	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007
Stand 1. Januar	732	1.090	44	65	776	1.155
Umgliederung wegen IFRS 7	0	-30	0	0	0	-30
Änderung Konsolidierungskreis	267	0	2	0	269	0
Zuführung	384	415	19	19	403	434
Inanspruchnahme	-161	-236	0	0	-161	-236
Auflösung	-100	-130	0	-1	-100	-131
Unwinding	-29	-34	0	0	-29	-34
Währungsumrechnungsdifferenzen	-3	-4	0	0	-3	-4
Stand 31. Dezember	1.090	1.071	65	83	1.155	1.154

31.3 Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit positivem Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge-Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

Mio €	Fair-Value-Hedge 2006	Fair-Value-Hedge 2007
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	8	11
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	11	13
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	281	241
	300	265
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35	17
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	41	14
Verbriefte Verbindlichkeiten	101	98
Nachrangkapital	8	27
	185	156
Hedging-Derivate	485	421

32 Finanzinstrumente

Die kurzfristigen Finanzinstrumente haben sich gegenüber dem Vorjahr um 30 Mio € auf 72 Mio € im Wesentlichen durch die Vergabe von Ausleihungen erhöht.

33 Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente

Mio €	2006	2007
Kassenbestand	453	508
Unterwegs befindliche Gelder	475	920
Bankguthaben	1.123	3.061
Zahlungsmitteläquivalente	122	46
Sonstige flüssige Mittel	218	148
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.391	4.683

34 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten

Die unter diesen Positionen ausgewiesenen Beträge betreffen im Wesentlichen den beabsichtigten Verkauf des Kreditkarten- und Absatzfinanzierungsgeschäfts der BHW Bank AG durch die Deutsche Postbank AG an die Landesbank Berlin.

Mio €	Vermögenswerte		Verbindlichkeiten	
	2006	2007	2006	2007
Deutsche Postbank Gruppe – Kreditkarten- und Absatzfinanzierungsgeschäft der BHW Bank AG	0	565	0	44
DHL Express Frankreich SAS – Grundstück/Gebäude	0	26	0	0
Deutsche Post AG - Immobilien	0	18	0	0
Sonstiges	0	6	0	0
Vfw AG, Deutschland	39	0	17	0
SCM Supply Chain Management Inc., Kanada – Grundstück	16	0	0	0
DHL Express Denmark A/S, Dänemark – Gebäude	1	0	0	0
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	56	615	17	44

Der Verkauf des Kreditkarten- und Absatzfinanzierungsgeschäfts der BHW Bank AG betrifft die Positionen aus Wertpapieren und Finanzdienstleistungen – davon Forderungen an Kunden 595 Mio € und Risikoversorge –30 Mio € – sowie die Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden).

35 Gezeichnetes Kapital

35.1 Anteilsverhältnisse

Die im Dezember 2003 begebene KfW-Umtauschanleihe auf Aktien der Deutsche Post AG wurde am 8. Januar 2007 zu 99,58 % gewandelt. Die Anleihe war in einem Volumen von 1,15 Mrd € und mit einer Laufzeit bis 8. Januar 2007 emittiert worden. Mit dem Umtausch wurden rund 55,8 Mio Aktien aus Beständen der KfW Bankengruppe (KfW), zuvor Kreditanstalt für Wiederaufbau, endgültig am Markt platziert. Der Wandlungspreis der Aktie betrug 20,54 €. Mit dieser Transaktion verringerte sich der Bestand der von der KfW gehaltenen Aktien der Deutsche Post AG auf rund 368,3 Mio Aktien. Dies entspricht einem prozentualen Anteil am Grundkapital der Deutsche Post AG in Höhe von 30,5 %. Damit einhergehend ist der Anteil der im Streubesitz befindlichen Aktien auf 69,5 % gestiegen.

Stück	2006	2007
KfW	410.522.634	368.277.358
Streubesitz	791.797.226	839.193.240
Anteilsverhältnisse zum 31. Dezember	1.202.319.860	1.207.470.598

35.2 Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital erhöhte sich im Geschäftsjahr 2007 von zuvor 1.202,3 Mio € um 5,1 Mio € auf 1.207,4 Mio €. Es besteht nun aus 1.207.470.598 auf den Namen lautende Stückaktien (Stammaktien) mit einem auf die einzelne Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von 1 €. Die Erhöhung des gezeichneten Kapitals beruht auf der Bedienung der Aktienoptionen der Aktienoptionspläne 2000 und 2003.

in €	2006	2007
Stand 1. Januar	1.192.633.739,00	1.202.319.860,00
Ausübung AOP Tranche 2002, 2003, 2004 – bedingtes Kapital	9.686.121,00	5.150.738,00
Stand 31. Dezember	1.202.319.860,00	1.207.470.598,00

Kapital zum 31. Dezember 2007	Betrag (€)	Zweck
Genehmigtes Kapital 2005	174.796.228,00	Erhöhung Grundkapital gegen Sacheinlage (bis 17. Mai 2010)
Bedingtes Kapital II	13.184.482,00	Führungskräfte-Aktienoptionsprogramm 2003 (bis 31. Juli 2005)
Bedingtes Kapital III	56.000.000,00	Ausübung von Options-/Wandlungsrechten (bis 5. Mai 2012)

Gemäß Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 8. Mai 2007 ist das Grundkapital der Gesellschaft um weitere bis zu 56 Mio € durch die Ausgabe von bis zu 56.000.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital III). Dieser Beschluss löst das bedingte Kapital vom 6. Mai 2004 ab. Das Bedingte Kapital III ist am 22. Mai 2007 (Korrektur am 29. Mai 2007) in das Handelsregister eingetragen worden. Es dient der Bedienung von Options- bzw. Wandlungsrechten und -pflichten aus Options- bzw. Wandelanleihen und Gewinnschuldverschreibungen oder Kombinationen dieser Instrumente, die von der Gesellschaft bis zum 5. Mai 2012 ausgegeben bzw. garantiert werden können. Der Gesamtnennbetrag der Instrumente beträgt 1 Mrd €.

35.3 Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien

Die Gesellschaft ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 8. Mai 2007 ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2008 eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Die Ermächtigung sieht vor, dass der Vorstand sie zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck ausüben kann, insbesondere zur Verfolgung der im Beschluss der Hauptversammlung genannten Ziele. Am 31. Dezember 2007 hielt die Deutsche Post AG keine eigenen Aktien.

35.4 Angaben zum unternehmerischen Kapital (Postbank at Equity)

Im Geschäftsjahr 2007 lag die Eigenkapitalquote bei 31,4 % (Vorjahr: 31,6 %). Die Kontrolle des unternehmerischen Kapitals erfolgt über die Net-Gearing-Ratio, die definiert ist als Nettofinanzverschuldung dividiert durch das Gesamtkapital, wobei dies der Summe aus Eigenkapital und Nettofinanzverschuldung entspricht. Für 2007 betrug die Ratio 20,3 % (Vorjahr: 21,4 %). Alle Kennzahlen basieren auf der Sichtweise Postbank at Equity.

Mio €	2006	2007
Gesamte Finanzschulden	5.443	4.978
Abzüglich Finanzinstrumente	-42	-74
Abzüglich flüssiger Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	-1.761	-1.339
Abzüglich Long-Term-Deposits	-372	-456
Abzüglich Finanzschulden gegenüber Minderheitsaktionären von Williams Lea	-185	-251
Nettofinanzverschuldung	3.083	2.858
Zuzüglich gesamtes Eigenkapital	11.348	11.204
Gesamtkapital	14.431	14.062
Net-Gearing-Ratio (%)	21,4	20,3

35.5 Aktienorientierte Vergütungssysteme für Führungskräfte (Aktienoptionsplan 2000 und 2003)

Mit dem Aktienoptionsplan (AOP) 2000 wurden den Berechtigten in zwei jährlichen Tranchen Aktienoptionen eingeräumt. Erstmals wurden am 15. März 2001 (Tranche 2001) bestimmten Beschäftigten (Konzernführungsebene 1 bis 3 sowie einigen Spezialisten) Aktienoptionen gewährt. Die zweite Tranche wurde am 1. Juli 2002 (Tranche 2002) begeben. Aufgrund des in der Hauptversammlung vom 5. Juni 2003 beschlossenen AOP 2003 werden aus dem AOP 2000 keine Optionen mehr ausgegeben. Am 1. August 2003 wurden erstmals Optionen aus dem neuen AOP ausgegeben (Tranche 2003). Die zweite Tranche (Tranche 2004) wurde am 1. Juli 2004 an die Führungskräfte ausgegeben. Die Ausgabe der dritten – und letzten – Tranche aus diesem Plan (Tranche 2005) erfolgte am 1. Juli 2005.

Im Vergleich zum AOP 2000 sieht der AOP 2003, neben der Erhöhung der insgesamt auszugebenden Aktienoptionen, eine Erweiterung des Kreises der Bezugsberechtigten und eine veränderte prozentuale Aufteilung der auszugebenden Aktienoptionen unter den verschiedenen Gruppen von Bezugsberechtigten vor. Für die Mitglieder des Vorstands und Führungskräfte der Konzernführungsebene 2 ist für die Optionsgewährung weiterhin ein Eigeninvestment in Aktien der Deutsche Post AG erforderlich. Kräfte der Konzernführungsebenen 3 und 4 erhalten Optionen, ohne eine Eigeninvestition tätigen zu müssen.

Aktienorientiertes Vergütungssystem

Stück	Aktienoptionen	Stock-Appreciation-Rights (SAR) ¹⁾
Tranche 2001		
Vorstand	466.908	0
Weitere Führungskräfte	5.070.576	345.432
Tranche 2002		
Vorstand	1.223.418	0
Weitere Führungskräfte	9.082.620	446.934
Tranche 2003		
Vorstand	1.096.236	0
Weitere Führungskräfte	11.953.356	731.736
Tranche 2004		
Vorstand	841.350	0
Weitere Führungskräfte	8.486.946	1.116.374
Tranche 2005		
Vorstand	829.362	0
Weitere Führungskräfte	9.233.310	1.216.320

1) Aufgrund von rechtlichen Restriktionen wurden in einzelnen Ländern anstelle von Aktienoptionen SAR gewährt. Die Rückstellung beträgt 5 Mio € (Vorjahr: 6 Mio €).

Die Aktienoptionen aus beiden Optionsplänen können frühestens nach Ablauf einer Wartezeit von drei Jahren nach dem jeweiligen Ausgabebetrag innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren ausgeübt werden. Optionen können nur dann ausgeübt werden, wenn am Ende der Wartezeit ein absolutes bzw. ein relatives Erfolgsziel erreicht wird. Nach Ablauf des Ausübungszeitraumes verfallen nicht ausgeübte Optionen.

Um zu ermitteln, ob und wie die Erfolgsziele erreicht sind, werden der Durchschnittskurs bzw. der Durchschnittsindex während zwei Zeiträumen (Referenzzeitraum = Ausübungspreis; Performancezeitraum = Endpreis) miteinander verglichen. Bei dem Referenzzeitraum handelt es sich um die 20 aufeinanderfolgenden Handelstage vor dem Ausgabebetrag. Der Performancezeitraum betrifft die letzten 60 Handelstage vor Ablauf der Wartezeit. Der Durchschnittskurs wird aus dem Durchschnitt der Schlusskurse der Deutsche Post Aktie im Xetra-Handel der Deutsche Börse AG ermittelt.

Das absolute Erfolgsziel ist abhängig von der Kursentwicklung der Deutsche Post Aktie und gilt als erreicht, wenn die Kurssteigerung der Deutsche Post Aktie (Endpreis dividiert durch Ausübungspreis) mindestens 10, 15, 20 bzw. 25 % beträgt. Das relative Erfolgsziel ist an die Kursentwicklung der Aktie im Verhältnis zu der des Dow Jones EURO STOXX Total Return Index gekoppelt. Das relative Erfolgsziel ist erreicht, wenn die Performance der Aktie während des oben genannten Performancezeitraums der des Index entspricht bzw. sie um mindestens 10 % übersteigt.

Von je sechs Optionen können maximal vier über das absolute Erfolgsziel verdient werden und maximal zwei über das relative Erfolgsziel. Wird zum Ablauf der Wartezeit kein Erfolgsziel erreicht, verfallen die darauf entfallenden Optionen der entsprechenden Tranche ersatzlos.

Jede Aktienoption berechtigt – je nach Entscheidung des Vorstands – zum Erwerb einer Aktie oder zum Barausgleich in Höhe der Differenz zwischen Ausübungspreis und dem Durchschnittskurs der Deutsche Post Aktie während der letzten fünf Tage vor dem Ausübungstag.

Informationen zu den einzelnen Tranchen sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Aktienoptionen

	AOP 2000		AOP 2003		
	Tranche 2001	Tranche 2002	Tranche 2003	Tranche 2004	Tranche 2005
Ausgabebetrag	15. März 2001	1. Juli 2002	1. August 2003	1. Juli 2004	1. Juli 2005
Gewährte Aktienoptionen	5.537.484	10.306.038	13.049.592	9.328.296	10.062.672
Gewährte SAR	345.432	446.934	731.736	1.116.374	1.216.320
Ausübungspreis	23,05 €	14,10 €	12,40 €	17,00 €	19,33 €
Ablauf der Wartezeit	14. März 2004	30. Juni 2005	31. Juli 2006	30. Juni 2007	30. Juni 2008
Dividendenrendite Deutsche Post AG	–	–	2,55 %	3,05 %	3,22 %
Dividendenrendite Dow Jones EURO STOXX Index	–	–	1,4 %	1,7 %	2,06 %
Volatilität der Renditen der Deutsche Post AG-Aktie	–	–	39,3 %	28,9 %	17,07 %
Volatilität der Renditen des Dow Jones EURO STOXX Index	–	–	32,1 %	14,8 %	10,10 %
Stück					
Ausstehende Optionen zum 1. Januar 2007	0	537.474	3.959.426	7.921.776	9.404.718
Ausstehende SAR zum 1. Januar 2007	0	120.060	217.798	595.190	760.026
Ausgeübte Optionen	–	492.664	2.731.894	1.926.180	–
Ausgeübte SAR	–	120.060	100.674	117.964	–
Verfallene Optionen	–	44.810	29.994	2.824.656	588.714
davon verfallen bis Ablauf der Wartezeit	–	–	–	266.226	588.714
davon verfallen durch Nichterreichen der Erfolgsziele	–	–	–	2.558.430	–
davon verfallen nach Ablauf der Wartezeit	–	44.810	29.994	–	–
Verfallene SAR	–	0	0	209.246	64.950
davon verfallen bis Ablauf der Wartezeit	–	–	–	16.284	64.950
davon verfallen durch Nichterreichen der Erfolgsziele	–	–	–	192.962	–
davon verfallen nach Ablauf der Wartezeit	–	–	–	–	–
Ausstehende Optionen zum 31. Dezember 2007	–	–	–	–	8.816.004
Ausstehende SAR zum 31. Dezember 2007	–	–	–	–	695.076
Ausübbar Optionen zum 31. Dezember 2007	0	0	1.197.538	3.170.940	–
Ausübbar SAR zum 31. Dezember 2007	0	0	117.124	267.980	–

Die nicht ausgeübten Optionen der Tranche 2001 sind nach Ablauf der Ausübungsperiode am 15. März 2006, die der Tranche 2002 am 1. Juli 2007 ersatz- und entschädigungslos verfallen.

Die durchschnittliche Restlaufzeit der am 31. Dezember 2007 noch ausstehenden Aktienoptionen beträgt 2,08 Jahre. Der durchschnittlich gewichtete Ausübungspreis der im Geschäftsjahr ausgeübten Aktienoptionen der Tranchen 2002, 2003 und 2004 beträgt 14,28 € (Vorjahr: 12,86 €). Diese Optionen wurden mit einem durchschnittlich gewichteten Aktienkurs von 23,33 € (Vorjahr: 20,87 €) abgerechnet.

Seit dem Geschäftsjahr 2002 wird die Bewertung des AOP anhand finanzmathematischer Methoden auf der Grundlage von Optionspreismodellen (Fair-Value-Bewertung) vorgenommen. Der auf das Geschäftsjahr 2007 entfallende Aufwand von 16 Mio € (Vorjahr: 31 Mio €), davon 14 Mio € (Vorjahr: 29 Mio €) für Optionen und 2 Mio € für SAR (Vorjahr: 2 Mio €), wurde als Personalaufwand ausgewiesen.

35.6 SAR-Plan 2006 und LTIP Vorstand

Der SAR-Plan 2006 löst den oben beschriebenen AOP 2003 ab, aus dem im Jahr 2005 letztmals Optionen ausgegeben werden durften. Zum 3. Juli 2006 erhielten ausgewählte Führungskräfte SAR aus dem neu aufgelegten Plan. Damit erhalten die Führungskräfte die Möglichkeit, nach Erfüllung von anspruchsvollen Erfolgszielen, innerhalb eines festgelegten Zeitraumes eine Barzahlung in Höhe der Differenz zwischen dem jeweiligen Schlusskurs der Deutsche Post Aktie des Vortages und dem festgelegten Ausgabepreis zu erhalten.

Auch für die Mitglieder des Vorstands wurde ein Nachfolgeplan aufgelegt: Im Rahmen des neuen Long-Term-Incentive-Plans (LTIP 2006) wurden ihnen erstmals zum 1. Juli 2006 SAR gewährt. Der neue Plan ist materiell weitgehend identisch mit dem bisherigen AOP. Der wesentliche Unterschied besteht darin, dass er bar ausgezahlt wird und somit nicht mehr zu einer Verwässerung zu Lasten der Anteilseigner führt. Um SAR zu erhalten, müssen die Vorstandsmitglieder wie bisher ein Eigeninvestment in Deutsche Post Aktien leisten. Wie bei dem bisherigen Aktienoptionsprogramm ist eine Auszahlung auch nach dem LTIP 2006 frühestens nach einer dreijährigen Wartezeit möglich, wenn die vereinbarten, anspruchsvollen Erfolgsziele erreicht wurden. Nähere Angaben finden sich im Corporate-Governance-Bericht, dessen Vergütungsbericht gleichzeitig Bestandteil des Anhangs ist.

Für die SAR aus dem SAR-Plan 2006 und dem LTIP 2006 wurde mit einem stochastischen Simulationsmodell ein Zeitwert ermittelt. Daraus ergab sich für das Geschäftsjahr 2007 ein Aufwand in Höhe von 20,8 Mio € (Vorjahr: 14 Mio €), der gegen die Rückstellungen gebucht wurde. Davon entfallen 2,5 Mio € (Vorjahr: 1,0 Mio €) auf SAR, die dem Vorstand gewährt wurden.

36 Andere Rücklagen

Mio €	2006	2007
Kapitalrücklage	2.037	2.119
Neubewertungsrücklage gemäß IAS 39	36	-251
Hedge-Rücklage gemäß IAS 39	-94	-96
Währungsumrechnungsrücklage	-451	-897
Andere Rücklagen	1.528	875

36.1 Kapitalrücklage

Mio €	2006	2007
Kapitalrücklage zum 1. Januar	1.893	2.037
Zuführung		
davon Ausübung Aktienoptionspläne	115	68
davon Ausgabe Aktienoptionspläne	29	14
Kapitalrücklage zum 31. Dezember	2.037	2.119

Die Bewertung der AOP 2000 und 2003 ergab im Geschäftsjahr 2007 einen Personalaufwand für die Aktienoptionen in Höhe von 14 Mio € (Vorjahr: 29 Mio €), der gegen die Kapitalrücklage gebucht wurde. Weitere Angaben zu den AOP finden sich unter Textziffer 35.

36.2 Neubewertungsrücklage gemäß IAS 39

Die Neubewertungsrücklage enthält die erfolgsneutral berücksichtigten Auf- und Abwertungen aus Zeitwertänderungen von Finanzinstrumenten der Kategorie „Available for Sale“. Die erfolgswirksame Auflösung der Rücklage erfolgt entweder mit der Veräußerung oder bei dauerhaftem Absinken des Marktwertes unter die Anschaffungskosten.

Mio €	2006	2007
Stand 1. Januar	220	36
Zugang (+)/Abgang (-)	-114	-439
Einstellung in die „Minderheitsanteile“	-52	0
Erfolgsneutral gebildete latente Steuern	65	88
Veränderung Konsolidierungskreis	0	3
Ergebniswirksame Umbuchung	-83	61
Neubewertungsrücklage zum 31. Dezember	36	-251

Im Geschäftsjahr 2007 sind einerseits Finanzinstrumente „Available for Sale“ in Höhe von 61 Mio € ergebniswirksam (Vorjahr: -83 Mio €) abgegangen, zum anderen verringerte sich die Rücklage um 439 Mio € (Vorjahr: 114 Mio €) aufgrund der Bewertung von Finanzinstrumenten der Kategorie „Available for Sale“. Nähere Angaben finden sich unter Textziffer 31. Die Neubewertungsrücklage entfällt nahezu vollständig auf die Marktwertänderungen von Finanzinstrumenten der Deutschen Postbank Gruppe.

36.3 Hedge-Rücklage

Die Hedge-Rücklage wird um den effektiven Teil des Sicherungsgeschäftes eines Cashflow-Hedges angepasst. Bei Abwicklung des Grundgeschäftes wird die Hedge-Rücklage erfolgswirksam aufgelöst.

Mio €	2006	2007
Stand 1. Januar	-51	-94
Zugang	-40	-42
Abgänge	-3	40
Hedge-Rücklage zum 31. Dezember	-94	-96

Die Veränderung der Hedge-Rücklage ergibt sich im Wesentlichen aus der Zunahme unrealisierter Verluste aus der Absicherung künftiger operativer Fremdwährungstransaktionen. Im Geschäftsjahr wurden unrealisierte Verluste in Höhe von 38 Mio € aus der Hedge-Reserve ergebniswirksam im operativen Ergebnis erfasst, 2 Mio € wurden aus der Hedge-Reserve im Finanzergebnis realisiert.

36.4 Währungsumrechnungsrücklage

Die Veränderung resultiert aus den für maßgebliche Fremdwährungen rückläufigen Währungskursen.

Mio €	2006	2007
Stand 1. Januar	-41	-451
Erfolgsneutrale Veränderungen	-410	-446
Währungsumrechnungsrücklage zum 31. Dezember	-451	-897

37 Gewinnrücklage

Die Gewinnrücklage enthält die in der Vergangenheit erzielten Konzernergebnisse, soweit sie nicht ausgeschüttet wurden. Zur Entwicklung der Rücklagen im Geschäftsjahr siehe auch die Eigenkapitalveränderungsrechnung.

Mio €	2006	2007
Stand 1. Januar	7.410	8.490
Dividendenzahlung	-836	-903
Konzernjahresergebnis	1.916	1.389
Gewinnrücklage zum 31. Dezember	8.490	8.976

38 Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnendes Eigenkapital

Das den Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnende Eigenkapital im Geschäftsjahr 2007 beträgt 11.058 Mio € (Vorjahr: 11.220 Mio €).

Ausschüttungen

Für Ausschüttungen an die Aktionäre der Deutsche Post AG ist der Bilanzgewinn der Deutsche Post AG in Höhe von 1.338 Mio € (Vorjahr: 1.262 Mio €) nach deutschem Handelsrecht maßgeblich. Der nach Abzug der geplanten Dividendensumme von 1.087 Mio € verbleibende Betrag von 251 Mio € soll in die Gewinnrücklage der Deutsche Post AG eingestellt werden. Für das Geschäftsjahr 2006 wurden 903 Mio € ausgeschüttet sowie 359 Mio € in die Gewinnrücklagen eingestellt. Die Dividende unterliegt bei den in Deutschland ansässigen Aktionären nicht der Besteuerung. Von der Ausschüttung wird keine Kapitalertragsteuer einbehalten.

39 Minderheitsanteile

Die Minderheitsanteile beinhalten Ausgleichsposten für Anteile fremder Gesellschafter am konsolidierungspflichtigen Kapital aus der Kapitalkonsolidierung sowie die ihnen zustehenden Gewinne und Verluste. Die Anteile entfallen im Wesentlichen auf folgende Unternehmen:

Mio €	2006	2007
Deutsche Postbank Gruppe	2.604	2.656
DHL Sinotrans	63	60
Andere Unternehmen	65	85
Anteile anderer Gesellschafter	2.732	2.801

40 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die nachstehenden Angaben über die Pensionsverpflichtungen gliedern sich nach den Bereichen Deutschland (ohne Postbank), Großbritannien (ohne Postbank), Sonstige (ohne Postbank) sowie Deutsche Postbank Gruppe.

40.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach Bereichen

Mio €	Deutsch-land	Groß-britannien	Sonstige	Deutsche Postbank Gruppe	Gesamt
31. Dezember 2007					
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.383	267	196	1.143	5.989
Pensionsvermögen	0	-127	-120	0	-247
Nettopensionsrückstellungen	4.383	140	76	1.143	5.742
31. Dezember 2006					
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.524	296	199	1.115	6.134
Pensionsvermögen	0	-122	-74	0	-196
Nettopensionsrückstellungen	4.524	174	125	1.115	5.938

40.2 Versicherungsmathematische Parameter

Die Mehrzahl der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen des Konzerns bezieht sich auf Versorgungssysteme in Deutschland und Großbritannien. Darüber hinaus werden signifikante Versorgungssysteme in Ländern des restlichen Euroraums, der Schweiz und den USA angeboten. Die versicherungsmathematische Bewertung wesentlicher Pensionspläne erfolgte auf Basis der folgenden Parameter:

%	Deutsch-land	Groß-britannien	Restlicher Euroraum	Schweiz	USA
2007					
Rechnungszinsfuß	5,50	5,75	5,50	3,25	6,00
Erwartete Lohn- und Gehaltsentwicklung	2,50	3,00–4,75	2,00–4,00	3,00	3,75
Erwartete Inflationsrate	2,00	3,25	2,00	1,50	2,50
2006					
Rechnungszinsfuß	4,50	5,00	4,50	3,00	5,75
Erwartete Lohn- und Gehaltsentwicklung	2,50–3,00	3,75–4,50	2,00–4,00	3,00	4,00
Erwartete Inflationsrate	2,00	3,00	2,00	1,50	2,75

Die Berechnung der Lebenserwartung bei den deutschen Konzernunternehmen basiert auf den Richttafeln 2005 G, herausgegeben von Klaus Heubeck. Für die englischen Pensionspläne wurden die Sterblichkeitsraten angesetzt, die für die letzte so genannte „Funding-Valuation“ verwendet wurden. Diese beruhen auf planspezifischen Analysen der Sterblichkeit und beinhalten einen Zuschlag für eine erwartete Zunahme der Lebenserwartung in der Zukunft. In den anderen Ländern wurden landesspezifische Sterbetafeln verwendet.

40.3 Ermittlung des Periodenaufwands

Zur Ermittlung des Periodenaufwands wurde folgender durchschnittlich erwarteter Vermögensertrag verwendet:

%	Deutsch-land	Groß-britannien	Restlicher Euroraum	Schweiz	USA
31. Dezember 2007					
Durchschnittlich erwarteter Vermögensertrag	3,25–4,25	4,50–7,25	5,00–7,00	4,25	7,50
31. Dezember 2006					
Durchschnittlich erwarteter Vermögensertrag	3,00–4,25	6,50–7,00	4,25–6,50	4,25	8,00–8,50

Der erwartete Vermögensertrag wurde auf Basis aktueller langfristiger Vermögenserträge aus Anleihen (Staat und Industrie) bestimmt. Dabei wurden geeignete Risikozuschläge auf Basis historischer Kapitalmarkrenditen und gegenwärtiger Kapitalmarkterwartungen unter Beachtung der Struktur des Planvermögens einbezogen.

40.4 Abstimmung von Barwert der Verpflichtung, Zeitwert des Planvermögens und der Pensionsrückstellung

Mio €	Deutschland	Großbritannien	Sonstige	Deutsche Post- bank Gruppe	Gesamt
2007					
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember der vollständig oder teilweise kapitalgedeckten Leistungen	3.686	3.743	1.250	698	9.377
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember der nicht kapitalgedeckten Leistungen	3.237	9	177	729	4.152
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	6.923	3.752	1.427	1.427	13.529
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	-1.914	-4.048	-1.418	-392	-7.772
Nicht realisierte Gewinne (+)/Verluste (-)	-622	435	26	108	-53
Nicht realisierter, nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-4	0	0	0	-4
Vermögensanpassung aufgrund Vermögensobergrenze	0	1	41	0	42
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	4.383	140	76	1.143	5.742
Pensionsvermögen am 31. Dezember	0	-127	-120	0	-247
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen am 31. Dezember	4.383	267	196	1.143	5.989
2006					
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember der vollständig oder teilweise kapitalgedeckten Leistungen	4.150	4.198	1.340	773	10.461
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember der nicht kapitalgedeckten Leistungen	3.749	0	171	824	4.744
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	7.899	4.198	1.511	1.597	15.205
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	-1.852	-4.177	-1.374	-381	-7.784
Nicht realisierte Gewinne (+)/Verluste (-)	-1.518	152	-48	-101	-1.515
Nicht realisierter, nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-5	0	0	0	-5
Vermögensanpassung aufgrund Vermögensobergrenze	0	1	36	0	37
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	4.524	174	125	1.115	5.938
Pensionsvermögen am 31. Dezember	0	-122	-74	0	-196
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen am 31. Dezember	4.524	296	199	1.115	6.134

Die bedeutendsten Veränderungen in den Pensionsverpflichtungen im Laufe des Jahres 2007 beruhen auf der Akquisition von TSO (Netto-

pensionsrückstellungen 11 Mio €, Verpflichtungsumfang 37 Mio €, Zeitwert des Planvermögens 26 Mio €).

40.5 Entwicklung des Barwerts der Gesamtverpflichtung

Mio €	Deutschland	Großbritannien	Sonstige	Deutsche Post- bank Gruppe	Gesamt
2007					
Barwert der Gesamtverpflichtung am 1. Januar	7.899	4.198	1.511	1.597	15.205
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	105	102	58	34	299
Arbeitnehmerbeiträge	0	22	13	0	35
Zinsaufwand	339	206	59	72	676
Rentenzahlungen	-490	-194	-69	-71	-824
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-40	1	4	-14	-49
Plankürzungen	-26	0	-43	0	-69
Planabgeltungen	0	0	-19	0	-19
Transfers/Vermögensüberträge	5	0	23	4	32
Akquisitionen	2	37	6	16	61
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	-871	-257	-76	-210	-1.414
Währungseffekte	0	-363	-40	-1	-404
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	6.923	3.752	1.427	1.427	13.529
2006					
Barwert der Gesamtverpflichtung am 1. Januar	8.051	4.096	1.520	834	14.501
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	110	110	84	38	342
Arbeitnehmerbeiträge	0	24	15	0	39
Zinsaufwand	326	197	58	68	649
Rentenzahlungen	-499	-189	-63	-69	-820
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	22	-31	-5	1	-13
Plankürzungen	-20	-10	-16	0	-46
Planabgeltungen	0	0	-6	0	-6
Transfers/Vermögensüberträge	-52	0	-5	79	22
Akquisitionen	0	19	0	726	745
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	-39	-112	-31	-80	-262
Währungseffekte	0	94	-40	0	54
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	7.899	4.198	1.511	1.597	15.205

40.6 Entwicklung des Planvermögens

Mio €	Deutschland	Großbritannien	Sonstige	Deutsche Post- bank Gruppe	Gesamt
2007					
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	1.852	4.177	1.374	381	7.784
Arbeitgeberbeiträge	200	67	45	16	328
Arbeitnehmerbeiträge	0	22	13	0	35
Erwartete Erträge aus Planvermögen	71	272	79	17	439
Gewinne (+)/Verluste (-) aus Planvermögen	-10	62	-11	-7	34
Rentenzahlungen	-199	-193	-53	-26	-471
Transfers	0	0	17	1	18
Akquisitionen	0	26	0	11	37
Planabgeltungen	0	0	-12	0	-12
Währungseffekte	0	-385	-34	-1	-420
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	1.914	4.048	1.418	392	7.772
2006					
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	1.791	3.869	1.330	59	7.049
Arbeitgeberbeiträge	217	40	60	16	333
Arbeitnehmerbeiträge	0	24	15	0	39
Erwartete Erträge aus Planvermögen	53	245	77	16	391
Gewinne (+)/Verluste (-) aus Planvermögen	-1	80	-21	-1	57
Rentenzahlungen	-208	-189	-47	-25	-469
Transfers	0	0	0	-2	-2
Akquisitionen	0	17	0	316	333
Planabgeltungen	0	0	-5	0	-5
Währungseffekte	0	91	-35	2	58
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	1.852	4.177	1.374	381	7.784

Das Planvermögen besteht aus festverzinslichen Wertpapieren (32 %; Vorjahr: 29 %), Aktien und Investmentfonds (36 %; Vorjahr: 42 %), Immobilien (16 %; Vorjahr: 16 %), liquiden Mitteln (9 %; Vorjahr: 8 %), Versicherungsverträgen (5 %; Vorjahr: 4 %) und anderen Vermögenswerten (2 %; Vorjahr: 1 %).

Von den Immobilien werden 81 % (Vorjahr: 83 %) mit einem Zeitwert von 1.040 Mio € (Vorjahr: 1.029 Mio €) durch die Deutsche Post AG selbst genutzt.

40.7 Finanzierungsstand

Mio €	2005	2006	2007
Barwert der Verpflichtungen am 31. Dezember	14.501	15.205	13.529
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	-7.049	-7.784	-7.772
Finanzierungsstand	7.452	7.421	5.757

40.8 Gewinne und Verluste

Mio €	2005	2006	2007
Tatsächlicher Ertrag aus Planvermögen	187	448	473
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	129	391	439
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/ Verluste (-) aus Planvermögen	58	57	34

Mio €	2005	2006	2007
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/ Verluste (-) aus Verpflichtungen	12	-226	116
Annahmenänderungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	-1.080	488	1.298
Gesamte versicherungsmathe- matische Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	-1.068	262	1.414

40.9 Entwicklung der Nettopensionsrückstellungen

Mio €	Deutschland	Großbritannien	Sonstige	Deutsche Post- bank Gruppe	Gesamt
2007					
Nettopensionsrückstellungen am 1. Januar	4.524	174	125	1.115	5.938
Pensionsaufwand	343	39	-1	81	462
Rentenzahlungen	-291	-1	-16	-45	-353
Fondsbeiträge	-200	-67	-45	-16	-328
Akquisitionen	2	11	6	5	24
Transfers	5	0	6	3	14
Währungseffekte	0	-16	1	0	-15
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	4.383	140	76	1.143	5.742
2006					
Nettopensionsrückstellungen am 1. Januar	4.654	183	145	585	5.567
Pensionsaufwand	430	24	59	101	614
Rentenzahlungen	-291	0	-16	-44	-351
Fondsbeiträge	-217	-40	-60	-16	-333
Akquisitionen	0	2	0	410	412
Transfers	-52	0	-5	81	24
Währungseffekte	0	5	2	-2	5
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	4.524	174	125	1.115	5.938

In Bezug auf die Nettopensionsrückstellungen werden im Jahr 2008 Zahlungen in Höhe von 663 Mio € erwartet (hiervon entfallen 353 Mio € auf

direkte erwartete Rentenzahlungen des Unternehmens und 310 Mio € auf erwartete Beiträge an Pensionsfonds).

40.10 Pensionsaufwand

Mio €	Deutschland	Großbritannien	Sonstige	Deutsche Post- bank Gruppe	Gesamt
2007					
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	105	102	58	34	299
Zinsaufwand	339	206	59	72	676
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-71	-272	-79	-17	-439
Realisierter nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-39	1	4	-14	-48
Amortisation noch nicht realisierter Gewinne (-)/Verluste (+)	42	2	-2	5	47
Auswirkungen von Plankürzungen	-33	0	-39	0	-72
Auswirkungen von Planabgeltungen	0	0	-8	1	-7
Auswirkungen der Vermögensobergrenze	0	0	6	0	6
Pensionsaufwand	343	39	-1	81	462
2006					
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	110	110	84	38	342
Zinsaufwand	326	197	58	68	649
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-53	-245	-77	-16	-391
Realisierter nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	23	-31	-5	1	-12
Amortisation noch nicht realisierter Gewinne (-)/Verluste (+)	44	2	6	10	62
Auswirkungen von Plankürzungen	-20	-10	-16	0	-46
Auswirkungen von Planabgeltungen	0	0	0	0	0
Auswirkungen der Vermögensobergrenze	0	1	9	0	10
Pensionsaufwand	430	24	59	101	614

Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste werden gemäß IAS 19.92 nur insoweit erfasst, wie sie 10 % des Maximums von Verpflichtungsumfang und Planvermögen übersteigen. Der übersteigende Betrag wird über die erwartete Restdienstzeit der Aktiven verteilt und ergebniswirksam erfasst.

41 Andere Rückstellungen

Mio €	2006	2007
Langfristige andere Rückstellungen	4.780	3.015
Kurzfristige andere Rückstellungen	1.656	1.703
Andere Rückstellungen	6.436¹⁾	4.718

1) Angepasste Vorjahreszahl, siehe Textziffer 4

41.1 Entwicklung anderer Rückstellungen

Mio €					Gesamt
	Sonstige Personalleistungen	Versicherungs- technische Rückstellungen	Postwertzeichen	Übrige Rückstellungen	
Stand 1. Januar 2007	1.694	2.059	500	2.183	6.436
Änderung Konsolidierungskreis	53	-1.800	0	12	-1.735
Verbrauch	-657	-241	-500	-904	-2.302
Währungsumrechnungsdifferenz	-15	-29	0	-33	-77
Auflösung	-122	0	0	-104	-226
Aufzinsung	41	1	0	5	47
Umgliederung	8	0	0	-3	5
Zuführung	652	499	500	919	2.570
Stand 31. Dezember 2007	1.654	489	500	2.075	4.718

Die Zuführung zu den Rückstellungen für sonstige Personalleistungen in Höhe von 652 Mio € entfällt in Höhe von 136 Mio € auf die Deutsche Post AG sowie mit 10 Mio € auf die Deutsche Postbank Gruppe. In dieser Rückstellung sind im Wesentlichen Aufwendungen für die Personalreduzierung (Abfindungen, Überbrückungsgelder, Altersteilzeit etc.) passiviert.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen enthalten überwiegend Beitragsüberträge und Deckungsrückstellungen für das Versicherungsgeschäft der BHW Lebensversicherung AG, der PB Lebensversicherung AG und der PB Versicherung AG. Mit dem Verkauf der Versicherungsgesellschaften durch die Deutsche Postbank Gruppe verringerten sich die Rückstellungen auf 489 Mio €.

Die Rückstellung für Postwertzeichen beinhaltet offene Leistungsverpflichtungen gegenüber den Kunden für Brief- und Paketzustellungen aus verkauften, aber vom Kunden noch vorgehaltenen Postwertzeichen und basiert auf Untersuchungen von Marktforschungsunternehmen. Sie werden zum Nominalwert der ausgegebenen Wertzeichen bewertet.

41.2 Übrige Rückstellungen

Mio €	2006	2007
Bauspargeschäft	727	710
Steuerrückstellungen	223	256
Restrukturierungsrückstellung STAR	277	175
Risiken aus der Geschäftstätigkeit	162	141
Postbeamtenkrankenkasse	97	97
Prozesskosten	68	84
Beihilfeleistungen für Beamte	33	29
Personalarückstellungen	27	25
Sonstige Rückstellungen	569	558
Übrige Rückstellungen	2.183	2.075

Die Rückstellungen im Bauspargeschäft der BHW Bausparkasse AG werden für Rückerstattungen von Abschlussgebühren und für rückwirkend zu vergütende Zinsboni gebildet.

Die Steuerrückstellungen enthalten mit 133 Mio € (Vorjahr: 61 Mio €) Umsatzsteuer, mit 27 Mio € (Vorjahr: 52 Mio €) Zölle und Abgaben sowie mit 96 Mio € (Vorjahr: 110 Mio €) sonstige Steuerrückstellungen.

Die STAR-Restrukturierungsmaßnahmen, die im Wesentlichen auf Leistungsverpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Altersteilzeitprogramme, Überbrückungsgelder) sowie Aufwendungen für die Schließung von Terminals beruhen, wurden im Rahmen des konzernweiten Programms für Wertsteigerung und Integration zurückgestellt.

Die Risiken aus der Geschäftstätigkeit umfassen Verpflichtungen wie Drohverlust- und Gewährleistungsverpflichtungen.

In den sonstigen Rückstellungen ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten, die den Betrag von jeweils 30 Mio € nicht überschreiten.

41.3 Fälligkeitsstruktur

Mio €	Bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Gesamt
2007							
Sonstige Personalleistungen	377	349	191	187	135	415	1.654
Versicherungstechnische Rückstellungen	144	81	19	17	16	212	489
Postwertzeichen	500	0	0	0	0	0	500
Übrige Rückstellungen	682	554	221	149	115	354	2.075
	1.703	984	431	353	266	981	4.718
2006							
Sonstige Personalleistungen	303	394	201	187	181	428	1.694
Versicherungstechnische Rückstellungen	152	106	69	10	2	1.720	2.059
Postwertzeichen	500	0	0	0	0	0	500
Übrige Rückstellungen	701	576	234	210	210	252	2.183
	1.656	1.076	504	407	393	2.400	6.436

42 Finanzschulden

Unter den Finanzschulden werden alle verzinslichen Verpflichtungen des Konzerns Deutsche Post World Net ausgewiesen, soweit sie nicht zu den Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen zählen.

Mio €	2006	2007
Langfristige Finanzschulden		
Anleihen	1.794	1.950
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	455	616
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	711	551
Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	30	42
Sonstige Finanzschulden ¹⁾	5.553	5.466
	8.543	8.625
Kurzfristige Finanzschulden		
Anleihen	634	2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	351	362
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	24	74
Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	28	23
Sonstige Finanzschulden	908	1.095
	1.945	1.556
Finanzschulden¹⁾	10.488	10.181

1) Angepasste Vorjahreszahl, siehe Textziffer 4

Der Rückgang der kurzfristigen Finanzschulden ist darin begründet, dass am 4. Oktober 2007 die im Jahr 2002 von der Deutsche Post Finance B.V. emittierte fünfjährige, festverzinsliche Anleihe mit einem Nominalvolumen von 636 Mio € aus dem operativen Cashflow zurückgezahlt wurde.

42.1 Anleihen

Weitere Angaben zu den Anleihen in Höhe von insgesamt 1.952 Mio € (Vorjahr: 2.428 Mio €) enthält die folgende Tabelle. Die Anleihen der Deutsche Post Finance B.V. sind in voller Höhe durch die Deutsche Post AG garantiert.

	Nominalzins	Nominalvolumen	Emittent	2006		2007	
				Buchwert Mio €	Zeitwert Mio €	Buchwert Mio €	Zeitwert Mio €
Anleihe 2002/2007	4,25 %	636 Mio €	Deutsche Post Finance B.V.	634	637	0	0
Anleihe 2002/2012	5,125 %	679 Mio €	Deutsche Post Finance B.V.	692	706	677	686
Anleihe 2003/2014	4,875 %	926 Mio €	Deutsche Post Finance B.V.	960	948	952	916
Anleihe 2003	1,15 %	230 Mio US-\$	DHL Holdings Inc., USA, über Kenton County Airport Board	142	142	129	129
Anleihe 2007	variabel	270 Mio US-\$	Wilmington Air Parc LLC, USA, über Dayton-Montgomery County Port	0	0	194	194
				2.428	2.433	1.952	1.925

Im April 2007 wurde über die Dayton-Montgomery County Port Authority eine Kommunalanleihe (Municipal Bond) in Höhe von 270 Mio US-Dollar zur Finanzierung des Drehkreuzes Wilmington Airpark LLC in Ohio, USA, zinsverbilligt begeben. Die Anleihe ist steuerbefreit und hat eine Laufzeit von 30 Jahren.

42.2 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die folgende Tabelle enthält die Laufzeiten und Konditionen einzelner wesentlicher Kontrakte, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (978 Mio €; Vorjahr: 806 Mio €) ausgewiesen werden:

Laufzeiten und Konditionen

	Zinssatz	Laufzeit	2006	2007
			Buchwert Mio €	Buchwert Mio €
Deutsche Post International B.V., Niederlande	4,923	12/2011	125	112
Deutsche Post International B.V., Niederlande	3-Monats-Floater	06/2011	72	57
Deutsche Post International B.V., Niederlande	5,81	02/2011	51	34
Deutsche Post AG, Deutschland	4,565	12/2010	0	200
			248	403

Die oben genannten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind in voller Höhe durch die Deutsche Post AG garantiert.

42.3 Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

Die Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing in Höhe von 625 Mio € (Vorjahr: 735 Mio €) betreffen im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

Mio €	Leasingpartner	Zinssatz	Laufzeitende	Objekt	2006	2007
DHL Operations B.V., Niederlande	Barclays Mercantile Business Financing Limited, London	3,745 %	2027/2028	16 Flugzeuge	419	382
Deutsche Post AG, Deutschland	T-Systems Enterprise Services GmbH, Deutschland	–	2011	IT-Ausstattung	46	33
DHL Networks Operations Corp., USA	Abx Air Inc., USA	7,55 %	2010	59 Flugzeuge	26	18

Die Leasinggegenstände sind mit Buchwerten in Höhe von 709 Mio € (Vorjahr: 808 Mio €) in den Sachanlagen ausgewiesen. Die Abweichung zwischen den Buchwerten und Verbindlichkeiten resultiert aus der längeren wirtschaftlichen Nutzungsdauer der Vermögenswerte gegenüber dem kürzeren Rückzahlungszeitraum der Leasingraten. Der Nominalwert der Mindestleasingzahlungen beträgt 1.084 Mio €.

Mio €	Barwert	Nominalwert
Bis 1 Jahr	74	56
1 Jahr bis 2 Jahre	49	55
2 bis 3 Jahre	32	72
3 bis 4 Jahre	30	42
4 bis 5 Jahre	26	35
Über 5 Jahre	414	824
Fälligkeitsstruktur der Mindestleasingzahlungen 2007	625	1.084

42.4 Sonstige Finanzschulden

Mio €		2006	2007
Nachrangkapital	Deutsche Postbank Gruppe	5.048	5.603
Darlehen vom Deutsche- Post-Betriebsrenten- Service e. V.	Deutsche Post AG	0	347
Schuldscheindarlehen (Loan-Notes) gegenüber Exel-Altaktionären	Deutsche Post AG	164	126
Darlehen vom Bundes- Pensions-Service für Post und Telekommunikation	Deutsche Post AG	800	42
Übrige Finanzschulden	sonstige Konzerngesellschaften	449	443
Sonstige Finanzschulden¹⁾		6.461	6.561

1) Angepasste Vorjahreszahl, siehe Textziffer 4

Bei dem Nachrangkapital der Deutschen Postbank Gruppe handelt es sich um nachrangige Verbindlichkeiten, hybride Kapitalinstrumente, Genussrechtskapital und Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter. Sie entsprechen aufgrund der derzeitigen Restlaufzeitstruktur nur in Höhe von 3.521 Mio € (Vorjahr: 3.354 Mio €) den haftenden Eigenmitteln gemäß der Baseler Eigenkapitalvereinbarung. Das Nachrangkapital ist mit insgesamt 2.006 Mio € (Vorjahr: 1.668 Mio €) gegen Änderungen des Fair Value abgesichert. Das Nachrangkapital ist mit 4,1 Mrd € (Vorjahr: 4,2 Mrd €) festverzinslich sowie mit 1,6 Mrd € (Vorjahr: 0,8 Mrd €) variabel verzinslich.

43 Andere Verbindlichkeiten

Mio €	2006	2007
Langfristige andere Verbindlichkeiten ¹⁾	237	361
Kurzfristige andere Verbindlichkeiten	4.938	5.101
Andere Verbindlichkeiten¹⁾	5.175	5.462

1) Angepasste Vorjahreszahl, siehe Textziffer 4

43.1 Gliederung der anderen Verbindlichkeiten

Mio €	2006	2007
Steuerverbindlichkeiten	774	841
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern und Organmitgliedern	530	486
Rechnungsabgrenzungsposten	481	453
Urlaubsansprüche	406	420
Leistungszulagen	350	391
Löhne, Gehälter, Abfindungen	288	312
Verbindlichkeiten aus dem Verkauf von Wohnungsbaudarlehen, davon langfristig: 106 (Vorjahr: 104)	251	234
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	171	223
Derivate, davon langfristig: 97 (Vorjahr: 67)	165	157
Überzeitarbeitsansprüche	89	98
Verbindlichkeiten aus Nachnahme	67	78
Kreditorische Debitoren	65	71
Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	69	69
Sonstige Freizeitanprüche	61	65
Abgegrenzte Zinsen	74	59
Verbindlichkeiten aus Provisionen und Prämien	43	43
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen	34	41
Abfindungsangebot an BHW Minderheitsaktionäre	0	39
Abgegrenzte Mietzahlungen	31	25
Verbindlichkeiten aus Schadenersatz	14	18
Abgegrenzte Versicherungsbeiträge für Schadenersatz und Ähnliches	17	17
Vorfälligkeitsentschädigungen	15	15
Verbindlichkeiten Ausgangsschecks	19	8
Verbindlichkeiten aus beitragsorientierten Pensionsplänen	6	5
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23	5
Verbindlichkeiten gegenüber Bundes-Pensions- Service für Post und Telekommunikation e. V.	9	4
Sonstige Verbindlichkeiten	1.123	1.285
Andere Verbindlichkeiten¹⁾	5.175	5.462

1) Angepasste Vorjahreszahl, siehe Textziffer 4

Die Steuerverbindlichkeiten betreffen mit 341 Mio € (Vorjahr: 316 Mio €) Umsatzsteuer, mit 181 Mio € (Vorjahr: 209 Mio €) Zölle und Abgaben sowie mit 319 Mio € (Vorjahr: 249 Mio €) sonstige Steuerverbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten aus dem Verkauf von Wohnungsbaudarlehen betreffen Verpflichtungen der Deutsche Post AG zur Zahlung von Zinssubventionen an Darlehensnehmer zum Ausgleich von Konditionsnachteilen im Zusammenhang mit den in Vorjahren erfolgten Forderungsabtretungen sowie Verpflichtungen aus weiterzuleitenden Tilgungen und Zinsen für verkaufte Wohnungsbaudarlehen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten. Weitere Angaben zu den Derivaten befinden sich unter Textziffer 48.2.

43.2 Fälligkeitsstruktur

Mio €	2006	2007
Bis 1 Jahr	4.938	5.101
1 Jahr bis 2 Jahre	49	128
2 bis 3 Jahre	24	20
3 bis 4 Jahre	20	30
4 bis 5 Jahre	28	36
Über 5 Jahre	116	147
Fälligkeitsstruktur		
Andere Verbindlichkeiten¹⁾	5.175	5.462

1) Angepasste Vorjahreszahl, siehe Textziffer 4

Für die originären Finanzinstrumente ergeben sich aufgrund kurzer Laufzeiten oder einer marktnahen Bewertung keine signifikanten Unterschiede zwischen den bilanziellen Buch- und Zeitwerten. Es besteht kein signifikantes Zinsrisiko, da sie größtenteils marktnah variabel verzinslich sind.

44 Ertragsteuerrückstellungen

Die Ertragsteuerrückstellungen – die im Wesentlichen mit 51 Mio € auf die Deutsche Post AG (Vorjahr: 51 Mio €) und mit 121 Mio € (Vorjahr: 82 Mio €) auf die Deutsche Postbank Gruppe entfallen – entwickelten sich wie folgt:

Mio €	2006	2007
Stand 1. Januar	394	237
Änderung Konsolidierungskreis	42	-8
Verbrauch	-250	-318
Umgliederung	-25	2
Auflösung	-24	-13
Währungsumrechnungsdifferenzen	-6	-6
Zuführung	106	440
Stand 31. Dezember	237	334

45 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 5.384 Mio € (Vorjahr: 5.069 Mio €) entfallen mit 930 Mio € (Vorjahr: 937 Mio €) auf die Deutsche Post AG. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben im Wesentlichen eine Fälligkeit von unter einem Jahr. Der ausgewiesene Buchwert entspricht dem Marktwert.

46 Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen

Mio €	2006	2007
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
davon täglich fällig: 3.292 (Vorjahr: 2.719)		
davon Fair-Value-Hedge: 783 (Vorjahr: 2.802)	47.319	61.146
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
davon Fair-Value-Hedge: 4.542 (Vorjahr: 4.761)		
Spareinlagen	36.034	34.996
Bauspareinlagen	16.981	16.915
Andere Verbindlichkeiten		
davon täglich fällig: 26.589 (Vorjahr: 23.525)	47.867	58.705
	100.882	110.616
Verbrieftete Verbindlichkeiten		
davon Fair-Value-Hedge: 5.797 (Vorjahr: 8.012)		
Hypothekendarlehen	53	11
Öffentliche Pfandbriefe	81	59
Sonstige Schuldverschreibungen	15.752	9.488
	15.886	9.558
Handelspassiva		
Negative Marktwerte der Handelsderivate	2.864	4.955
Negative Marktwerte		
Hedging-Derivate des Bankbuchs	351	330
Negative Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	401	308
Lieferverpflichtungen aus Wertpapier-Leerverkäufen	2	1
	3.618	5.594
Hedging-Derivate (negative Marktwerte)	958	873
Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen	168.663	187.787
46.1 Hedging-Derivate		
Die Sicherungsgeschäfte (Fair-Value-Hedge) mit negativen Marktwerten, welche die Voraussetzungen für das Hedge-Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:		
Mio €	2006	2007
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	66	34
Angekaufte Forderungen (Available for Sale)	0	0
	66	34
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	50	31
Angekaufte Forderungen (Available for Sale)	0	0
	50	31
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	344	267
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0
	344	267
	460	332
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	63	6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	78	51
Verbrieftete Verbindlichkeiten	237	311
Nachrangige Verbindlichkeiten	120	173
	498	541
Hedging-Derivate	958	873

46.2 Fälligkeitsstruktur

Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Gesamt
2007									
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.293	41.068	5.332	2.515	830	898	1.299	5.911	61.146
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	26.509	45.538	6.312	1.755	1.811	3.451	5.439	19.801	110.616
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	992	1.173	3.913	1.206	258	248	1.768	9.558
Handelsspassiva	0	508	211	233	201	193	336	3.912	5.594
Hedging-Derivate	0	138	39	131	67	29	69	400	873
	29.802	88.244	13.067	8.547	4.115	4.829	7.391	31.792	187.787
2006									
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.719	30.719	4.645	1.614	2.224	508	488	4.402	47.319
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	21.436	47.945	2.539	793	982	453	2.406	24.328	100.882
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	5.227	2.600	1.818	3.552	1.210	116	1.363	15.886
Handelsspassiva	0	749	116	151	272	193	170	1.967	3.618
Hedging-Derivate	0	123	27	65	148	129	50	416	958
	24.155	84.763	9.927	4.441	7.178	2.493	3.230	32.476	168.663

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung**47 Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung**

Die Kapitalflussrechnung des Konzerns wird gemäß IAS 7 (Cashflow-Statement) erstellt. Sie legt die Zahlungsströme offen, um Herkunft und Verwendung der flüssigen Mittel aufzuzeigen. Sie unterscheidet dabei zwischen Mittelveränderungen aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Die flüssigen Mittel beinhalten Kassenbestand, Schecks sowie Guthaben bei Kreditinstituten mit einer Restlaufzeit von nicht mehr als drei Monaten und entsprechen den flüssigen Mitteln laut Bilanz. Effekte der Währungsumrechnung sowie Änderungen des Konsolidierungskreises werden bei der Berechnung bereinigt.

Um die Transparenz der Kapitalflussrechnung zu erhöhen, wurden die Mittelveränderungen aus laufender Geschäftstätigkeit vor Änderungen im Working Capital um die Veränderungen der sonstigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ergänzt. Hier werden die Veränderungen von längerfristigen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten ausgewiesen, die nicht Bestandteil des Working Capitals sind. Die entsprechenden Vorjahreswerte wurden angepasst.

47.1 Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit wird ermittelt, indem das Ergebnis vor Steuern um das Finanzergebnis sowie nicht zahlungswirksame Größen bereinigt wird, ergänzt um die Steuerzahlungen, die Veränderungen der Rückstellungen sowie die Veränderungen der sonstigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Ergebnis vor Änderung des kurzfristigen Nettovermögens). Nach Berücksichtigung der Veränderungen der kurzfristigen Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten (ohne Finanzschulden) ergibt sich ein Mittelzufluss/-abfluss aus operativer Geschäftstätigkeit. Der Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit lässt sich in den Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit vor Änderung des kurzfristigen Nettovermögens (Working Capital) sowie in den Mittelzufluss aus der Änderung des Nettovermögens trennen.

Der Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit vor Änderung des kurzfristigen Vermögens liegt mit 4.424 Mio € nahezu auf Vorjahres-

niveau (Vorjahr: 4.409 Mio €). Das geringere EBIT ist unter anderem durch die nicht zahlungswirksame Wertberichtigung für die Region Americas geschmälert worden, die in der Position Abschreibungen auf langfristige Vermögenswerte wieder korrigiert wurde. Im Vergleich zum Vorjahr ist im EBIT ein geringeres Ergebnis aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten enthalten. Die Mittelveränderungen daraus werden in die Mittelveränderungen aus Investitionstätigkeit umgegliedert. Gestiegene Auszahlungen für sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten haben sich liquiditätsmindernd ausgewirkt. Die Steuerzahlungen liegen mit 340 Mio € etwa auf Vorjahresniveau (Vorjahr: 343 Mio €). Hiervon entfallen 62 Mio € auf die Deutsche Postbank Gruppe sowie 278 Mio € auf die übrigen Konzernunternehmen.

Während im Vorjahr ein Mittelabfluss aus dem Working Capital zu verzeichnen war, flossen im Berichtszeitraum aus der Veränderung des Working Capitals Mittel in Höhe von 727 Mio € zu. Verantwortlich hierfür sind vor allem die Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen, die im Vorjahr einen Mittelabfluss von -368 Mio € verzeichneten, während im Berichtszeitraum ein Mittelzufluss in Höhe von 707 Mio € aus dieser Position erzielt wurde.

Insgesamt ist der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr dementsprechend um 1.229 Mio € auf 5.151 Mio € gestiegen.

Mio €	2006	2007
Aufwendungen aus Neubewertung Vermögenswerte	96	54
Erträge aus Neubewertung Verbindlichkeiten	-10	-26
Personalaufwand Aktienoptionsprogramm	30	14
Zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge der Deutschen Postbank Gruppe	337	338
Sonstiges	0	5
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	453	385

47.2 Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ergibt sich im Wesentlichen aus dem Mittelzufluss aus Abgängen langfristiger Vermögenswerte und dem Mittelabfluss für Investitionen in langfristige Vermögenswerte. Im Berichtsjahr betrug der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit 753 Mio € und liegt um 1.944 Mio € unter dem Wert des Vorjahres (Vorjahr: 2.697 Mio €).

Der Abgang langfristiger Vermögenswerte setzte liquide Mittel von 1.381 Mio € frei (Vorjahr: 1.274 Mio €). Aus Desinvestitionen von Unternehmensteilen flossen 622 Mio € zu, vornehmlich aus dem Verkauf der Versicherungsbeteiligungen der Deutschen Postbank Gruppe (550 Mio €), sowie aus dem Verkauf der Vfw AG (75 Mio €). Aus dem Verkauf sonstiger langfristiger Vermögenswerte konnten 759 Mio € Einzahlungen erzielt werden.

Die Auszahlungen für den Erwerb langfristigen Vermögens beliefen sich auf 2.656 Mio € gegenüber 4.066 Mio € im Vorjahr. Davon entfielen 347 Mio € auf Akquisitionen von Unternehmen, darunter unter anderem für den Erwerb von TSO (156 Mio €), Astar (68 Mio €), Polar Air Cargo (73 Mio €) und für eine Anteilerhöhung an der Lemuir India (34 Mio €). Insgesamt wurden mit den Akquisitionen liquide Mittel in Höhe von 23 Mio € (Vorjahr: 127 Mio €) erworben.

Bei den Akquisitionen von Unternehmen wurden folgende Vermögenswerte und Schulden übernommen, siehe auch Textziffer 2:

Mio €	2006	2007
Langfristige Vermögenswerte	905	98
Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen	40.385	26
Kurzfristige Vermögenswerte (ohne flüssige Mittel)	958	212
Rückstellungen	-3.018	-70
Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen	-36.863	0
Sonstige Verbindlichkeiten	-1.220	-214

Der Mittelabfluss für die Anschaffung anderer langfristiger Vermögenswerte betrug im Berichtsjahr 2.309 Mio €, 337 Mio € mehr als im Vorjahr. Der Anstieg betrifft sowohl die Capital Expenditure, 2.210 Mio € gegenüber 1.931 Mio € im Vorjahr, als auch die Auszahlungen für sonstige langfristige Finanzanlagen, 99 Mio € gegenüber 41 Mio € im Vorjahr. Darüber hinaus haben erhaltene Zinsen den Cashflow aus Investitionstätigkeit um 520 Mio € erhöht (Vorjahr: 100 Mio €). Der Anstieg ist wesentlich durch den zu Jahresbeginn geänderten Bruttoausweis von Finanzderivaten zu erklären. Die Daten zur Ermittlung der Vorjahreswerte lagen nicht vor.

Die Zusammenfassung des Mittelzuflusses aus operativer Tätigkeit und des Mittelabflusses aus Investitionstätigkeit bildet den Free Cashflow. Der Free Cashflow wird als Indikator dafür angesehen, wie viele Zahlungsmittel dem Unternehmen für Dividendenzahlungen oder für die Rückführung der Verschuldung zur Verfügung stehen. Der Free Cashflow des Berichtsjahres beläuft sich auf 4.398 Mio € und verbesserte sich gegenüber dem Vorjahreswert um 3.173 Mio €.

47.3 Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ergibt sich aus der Aufnahme und Tilgung von Finanzschulden sowie aus den Ausschüttungen, zusätzlich werden die gezahlten Zinsen in Höhe von 659 Mio € (Vorjahr: 393 Mio €) als Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit ausgewiesen, die im Wesentlichen durch den seit Jahresbeginn geänderten Bruttoausweis von Finanzderivaten gestiegen sind.

Der Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit ist von 865 Mio € im Vorjahr auf 2.087 Mio € im Berichtszeitraum gestiegen. Dieser Anstieg ist neben dem oben genannten Bruttoausweis der Zinszahlungen vorwiegend durch eine Reduzierung der Finanzverbindlichkeiten geprägt. Im Vorjahr führten die Veränderungen der Finanzverbindlichkeiten zu einem Mittelzufluss von 345 Mio €, während die Veränderung im Berichtsjahr einen Mittelabfluss von 439 Mio € darstellt und die Tilgung von kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten widerspiegelt. Der Konzern hat unter anderem im Oktober eine festverzinsliche Anleihe mit dem Nominalvolumen von 636 Mio € zurückgezahlt und im April eine Kommunalanleihe (Municipal Bond) in Höhe von 270 Mio US-Dollar begeben. Zusätzlich haben erhöhte Dividendenzahlungen an die Aktionäre der Deutsche Post AG (903 Mio €) sowie an Minderheitsgesellschafter (159 Mio €) zu einem Mittelabfluss im Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit geführt.

47.4 Flüssige Mittel

Die dargestellten Mittelzu- und -abflüsse der einzelnen Tätigkeitsbereiche haben zu einem Bestand an flüssigen Mitteln und Zahlungsmitteläquivalenten von 4.683 Mio € geführt, siehe Textziffer 33. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bestand um 2.292 Mio € erhöht. Währungsumrechnungsdifferenzen haben den Zahlungsmittelbestand um 46 Mio € geschmälert, Veränderungen des Konsolidierungskreises haben dagegen einen Anstieg um 27 Mio € bewirkt.

Sonstige Erläuterungen

48 Finanzinstrumente

Finanzinstrumente sind vertragliche Vereinbarungen, die Ansprüche auf Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten. Gemäß IAS 32 und 39 gehören hierzu originäre wie derivative Finanzinstrumente. Zu den originären Finanzinstrumenten zählen insbesondere das Guthaben bei Kreditinstituten, sämtliche Forderungen, Verbindlichkeiten, Wertpapiere, Kredite, Darlehen und Zinsabgrenzungen. Die derivativen Finanzinstrumente umfassen beispielsweise Optionen, Swaps und Futures.

Innerhalb von Deutsche Post World Net entfällt der weitaus überwiegende Teil der Finanzinstrumente auf die Deutsche Postbank Gruppe. Die Risiken und derivativen Finanzinstrumente der Deutschen Postbank Gruppe werden daher im Folgenden gesondert dargestellt.

48.1 Risiken und Finanzinstrumente der Deutschen Postbank Gruppe

Die Risikopraxis zur Ergebniserzielung stellt für die Deutsche Postbank Gruppe die Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Eine Kernkompetenz der Deutschen Postbank Gruppe ist, bankübliche Risiken in einem eng definierten Rahmen einzugehen und gleichzeitig die sich ergebenden Renditechancen zu nutzen. Dabei findet jeweils eine sorgfältige Identifikation, laufende Messung und Überwachung sowie ein regelmäßiges Reporting der relevanten Risiken statt. In diesem Sinne hat die Deutsche Postbank Gruppe eine Risikomanagement-Organisation geschaffen, die die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet.

Die Risikostrategie ist gemäß den Vorgaben der MaRisk (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Neben einer übergreifenden, konzernweit geltenden Risikostrategie hat der Vorstand der Deutsche Postbank AG spezifische Risikostrategien für die Risikoarten Marktpreis-, Kredit-, Liquiditätsrisiko und operationelle Risiken verabschiedet.

Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den einzelnen Geschäftsfeldern, deren Aktivitäten durch die Geschäftsstrategie vorgegeben sind. Die Deutsche Postbank Gruppe ist aktiv in den Bereichen Retail Banking, Firmenkunden, Transaction Banking und Financial Markets.

Die operative Verantwortung für die Risikosteuerung ist in der Deutschen Postbank Gruppe auf mehrere Einheiten verteilt; dazu gehören in erster Linie das Ressort Financial Markets, das Kreditmanagement Inland/Ausland, die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts, dezentral die Tochtergesellschaften BHW Bausparkasse AG, BHW Bank AG, Deutsche Postbank International S. A. und PB Capital Corp. sowie die Niederlassung in London.

Der dem Finanzressort zugeordnete Bereich Risikocontrolling ist die unabhängige, konzernweite Risikoüberwachungseinheit. Im Risikocontrolling liegt die Entscheidungskompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -limitierung. Zusammen mit den Risikocontrollingeinheiten der Töchter BHW Bausparkasse AG, BHW Bank AG, Deutsche Postbank International S. A., PB Capital Corp. und der Niederlassung in London übernimmt dieser Bereich das operative Risikocontrolling und hat die Verantwortung für das Reporting auf Gruppenebene.

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems in der Deutschen Postbank Gruppe. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand. Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für die Risikostrategie, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. In Zusammenarbeit mit den Risikokomitees hat der Gesamtvorstand die grundlegenden Strategien für die Aktivitäten an den Finanzmärkten und die sonstigen Geschäftsfelder des Konzerns festgelegt.

Definition der Risikoarten

In der Deutschen Postbank Gruppe wird nach folgenden Risikoarten unterschieden:

- **Marktpreisrisiken:** Mögliche Wertverluste bei Finanztransaktionen, die durch Veränderungen von Zinsen, Spreads, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen eintreten können.
- **Kreditrisiken:** Mögliche Wertverluste, die durch Bonitätsveränderungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (zum Beispiel durch Insolvenz) verursacht werden können. Es werden vier Arten von Kreditrisiken unterschieden:
- **Bonitäts- und Ausfallrisiken:** Risiken möglicher Wertverluste, die durch eine Verschlechterung der Bonität oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners entstehen.
- **Abwicklungsrisiken:** Risiken möglicher Wertverluste bei der Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen.
- **Kontrahentenrisiken:** Risiken möglicher Wertverluste durch den möglichen Ausfall eines Vertragspartners und somit für unrealisierte Gewinne aus schwebenden Geschäften (Wiedereindeckungsrisiko).

- **Länderrisiken:** Risiken möglicher Wertverluste aufgrund von politischen oder sozialen Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatlicher Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Abwertung oder Entwertung der Landeswährung (Transferisrisiko).
- **Liquiditätsrisiken:** Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Risiko, gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können. Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Risiko, dass aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve (Spread-Risiko) aus einem Ungleichgewicht der liquiditätsbezogenen Laufzeitenstruktur innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums auf einem bestimmten Konfidenzniveau ein Verlust entstehen kann.
- **Operationelle Risiken:** Die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Die Definition umfasst auch rechtliche Risiken.
- **Beteiligungsrisiken:** Beteiligungsrisiken umfassen die potenziellen Verluste aus Marktwertschwankungen des Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden.
- **Immobilienrisiken:** Die Immobilienrisiken beziehen sich auf den Immobilienbesitz der Deutschen Postbank Gruppe und umfassen Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken.
- **Kollektivrisiken:** Spezifische Geschäftsrisiken aus dem Bauspargeschäft der BHW Bausparkasse AG. Sie umfassen die negativen Auswirkungen aufgrund von (nicht zinsinduzierten) Abweichungen der tatsächlichen Verhaltensweisen der Bausparer von den prognostizierten Verhaltensannahmen.
- **Geschäftsrisiken:** Die Gefahr eines Ergebnisrückgangs aufgrund unerwarteter Änderungen von Geschäftsvolumen und/oder Margen und korrespondierenden Kosten. Der Begriff umfasst auch die Modellrisiken, die sich aus der Abbildung der Kundenprodukte mit unbekannter Kapital- und Zinsbindung (vor allem Spar- und Giroprodukte) ergeben, sowie das strategische Risiko und das Reputationsrisiko.

Darstellung der Risikolage

Vor dem Hintergrund der im Zuge der Finanzmarktkrise weiterhin volatilen Kapitalmärkte, einer flachen Zinsstrukturkurve und der weiter intensiven Wettbewerbssituation am Einlagen- und Kreditmarkt mit dem daraus resultierenden Druck auf die Zinsmargen sowie der allgemeinen gesamtwirtschaftlichen Insolvenzentwicklung kommt einer effizienten Risikosteuerung weiterhin eine zentrale Bedeutung zu. Die Deutsche Postbank Gruppe hat im Geschäftsjahr 2007 die Strukturen, Instrumente und Prozesse für das Risikomanagement und -controlling in den relevanten Risikoarten weiter verfeinert und verfügt über ein modernes Instrumentarium zur Steuerung der Gesamtbank. Auch das im Jahr 2006 erworbene BHW ist mittlerweile vollständig in die Risikocontrollingprozesse eingebunden. Damit ist die Deutsche Postbank Gruppe in der Lage, den Herausforderungen des Marktes gerecht zu werden und eine risiko-/ertragsoptimierte Steuerung und Limitierung über alle Risikoarten und Geschäftsbereiche hinweg durchzuführen. Die Methoden und Verfahren entsprechen den aktuellen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Die aus dem Structured-Credit-Portfolio der Deutschen Postbank Gruppe ausgehenden Risiken werden systematisch und intensiv analysiert und im Rahmen einer eigenständigen Projektstruktur zeitnah überwacht. Sofern sich aus den durchgeführten Impairment Tests voraussichtlich dauerhafte Wertminderungen ergeben, sind entsprechende Wertminderungen gebildet worden.

Im Bereich der sonstigen, nicht mit strukturierten Kreditprodukten in Verbindung stehenden Kreditrisiken konnte auch im Jahr 2007 das relativ risikoarme Profil des Kreditgeschäftes mit vergleichsweise geringen Risikokosten sichergestellt werden. Unter anderem konnte den steigenden Kreditrisiken im Retail-Segment in Deutschland durch eine restriktive Scoring gestützte Vergabepolitik sowie effizientere und schnellere Prozesse in der Intensivbetreuung notleidender Engagements begegnet werden. Die Zuführungen zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft resultieren im Wesentlichen aus dem planmäßigen Ausbau des Privatkundengeschäftes des Geschäftsjahres 2007. Im Gegenzug konnte jedoch auch aufgrund der positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in zurückliegenden Perioden gebildete Risikovorsorge aufgelöst werden, so dass die Nettozuführung deutlich begrenzt werden konnte. Ihre risikosensitive Geschäftspolitik wird die Deutsche Postbank Gruppe auch in Zukunft weiter fortsetzen.

Die Deutsche Postbank Gruppe konnte und kann bei der Allokation des Risikokapitals den Geschäftsbereichen ausreichenden Spielraum für das strategiekonforme Geschäftswachstum einräumen. Für den Fall einer spürbaren Verschärfung der vom US-Immobilienmarkt ausgehenden Turbulenzen und einem eventuellen Übergreifen auf die Realwirtschaft können weitere finanzielle Belastungen nicht ausgeschlossen werden.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken, aus den oben dargestellten Risikoarten, waren und sind nicht erkennbar.

Derivative Finanzinstrumente

Die Deutsche Postbank Gruppe setzt derivative Finanzgeschäfte zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt. Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisen-Swaps, Zins-/Währungsswaps und Devisenoptionengeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zins-Swaps, Forward-Rate-Agreements sowie Zins-Futures und Zinsoptionengeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktienderivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktien-/Indexfutures abgeschlossen. Kreditderivate (Credit-Default-Swaps) wurden in geringem Umfang abgeschlossen. Kreditderivate (Credit-Default-Swaps) resultieren im Wesentlichen aus abgespaltenen Derivaten synthetischer CDOs. Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten. Die Zeitwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Netting-Vereinbarungen ermittelt. Nach dem wirtschaftlichen Zweck setzt sich der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten wie folgt zusammen:

Derivative Finanzinstrumente

Mio €	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007
Derivate des Handelsbestandes	438.244	518.853	3.289	5.427	3.616	5.593
Hedging-Derivate	43.568	34.052	485	421	958	873
Gesamt	481.812	552.905	3.774	5.848	4.574	6.466

Im Folgenden sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins- und fremdwährungsbezogenen Termin- und Optionengeschäfte der Deutschen Postbank Gruppe dargestellt.

Termin- und Optionsgeschäfte der Deutschen Postbank Gruppe

Mio €	2006 Fair Value			2007 Fair Value		
	Nominalbetrag	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte	Nominalbetrag	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
Derivate des Handelsbestandes						
Fremdwährungsderivate						
OTC-Produkte						
Devisentermingeschäfte (Forwards)	4.115	36	22	2.273	35	50
Devisen-Swaps	17.767	152	129	22.518	202	270
Gesamtbestand Fremdwährungsderivate	21.882	188	151	24.791	237	320
Zinsderivate						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps	398.821	3.068	3.436	469.220	5.142	5.046
Cross-Currency-Swaps	55	2	–	146	4	5
FRAs	2.632	9	1	5.723	–	2
OTC-Zinsoptionen	645	–	1	673	1	1
Sonstige zinsgebundene Verträge	479	1	1	871	3	2
Börsengehandelte Produkte						
Zins-Futures	4.131	–	–	9.893	–	–
Zins-Options	7.996	1	–	490	1	–
Gesamtbestand Zinsderivate	414.759	3.081	3.439	487.016	5.151	5.056
Aktien-/Indexbezogene Derivate						
OTC-Produkte						
Aktioptionen (long/short)	165	13	19	453	10	66
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Indexfutures	8	–	2	117	–	–
Aktien-/Indexoptionen	83	1	1	259	2	1
Gesamtbestand aktien-/indexbezogene Derivate	256	14	22	829	12	67
Kreditderivate						
Credit-Default-Swaps	1.347	6	4	6.217	27	150
Gesamtbestand Kreditderivate	1.347	6	4	6.217	27	150
Gesamtbestand Derivate des Handelsbestandes	438.244	3.289	3.616	518.853	5.427	5.593
davon Derivate des Bankbuchs	22.214	276	351	15.416	131	330
davon Derivate im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	8.097	71	401	12.767	141	308
Hedging-Derivate						
Fair-Value-Hedges						
Zins-Swaps	41.423	482	733	32.560	410	621
Cross-Currency-Swaps	1.796	3	222	1.338	10	252
Credit-Default-Swaps	349	–	3	154	1	–
Gesamtbestand Hedging-Derivate	43.568	485	958	34.052	421	873
Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente	481.812	3.774	4.574	552.905	5.848	6.466

Die Restlaufzeiten der bilanziell ausgewiesenen derivativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zeigen sich wie folgt:

Restlaufzeiten

Mio €	Hedging-Derivate				Handelsderivate und Derivate des Bankbuchs			
	2006		2007		2006		2007	
	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
Bis 3 Monate	63	123	45	138	471	749	316	508
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	15	27	5	39	105	116	144	211
Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	11	65	18	131	120	151	147	233
Mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	22	148	15	67	182	272	205	201
Mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	31	129	7	29	226	193	197	193
Mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	21	50	23	69	144	170	270	336
Mehr als 5 Jahre	322	416	308	400	2.041	1.965	4.148	3.911
	485	958	421	873	3.289	3.616	5.427	5.593

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgliedert.

Kontrahentengliederung

Mio €	2006		2007	
	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
Banken in der OECD	3.699	4.457	5.720	6.132
Öffentliche Stellen in der OECD	17	26	–	–
Sonstige Kontrahenten in der OECD	58	91	117	250
Nicht OECD	–	–	11	84
	3.774	4.574	5.848	6.466

Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge-Fair-Value bilanziert werden

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge-Fair-Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

Buchwerte/Zeitwerte

Mio €	2006		2007	
	Buchwert	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert
Aktiva				
Barreserve	1.015	1.015	3.352	3.352
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	16.350	16.357	24.581	24.510
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	80.483	82.496	85.159	85.414
Forderungen an Kunden (Held to Maturity)	518	518	456	456
Risikovorvorsorge	–1.155	–1.155	–1.184	–1.184
Finanzanlagen (Loans and Receivables)	19.031	18.838	26.600	25.922
Finanzanlagen (Held to Maturity)	4.956	5.025	730	731
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47.319	47.366	61.146	60.935
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	101.316	101.439	110.740	110.335
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	20.934	21.019	15.161	14.753

Grundsätzlich wird für alle Finanzinstrumente ein Fair-Value ermittelt. Ausnahmen bilden lediglich täglich fällige Geschäfte sowie Spareinlagen mit einer vertraglichen Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr. Existiert für ein Finanzinstrument ein liquider Markt (z. B. Wertpapierbörse), wird der Fair-Value durch den Markt- bzw. Börsenpreis des Bilanzstichtages ermittelt. Liegt kein liquider Markt vor, wird der Fair-Value durch anerkannte Bewertungsverfahren bestimmt. Die eingesetzten Bewertungsmodelle berücksichtigen die wesentlichen wertbestimmenden Faktoren der Finanzinstrumente und verwenden Bewertungsparameter, die aus den Marktkonditionen zum Bilanzstichtag resultieren. Die im Rahmen der Barwertmethode verwendeten Zahlungsströme basieren auf den Vertragsdaten der Finanzinstrumente.

48.2 Risiken und Finanzinstrumente des übrigen Konzerns Deutsche Post World Net

48.2.1 Risikomanagementsystem

Aus der operativen Geschäftstätigkeit von Deutsche Post World Net entstehen Finanzrisiken, die aus der Änderung von Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Zinssätzen resultieren können. Um diese Finanzrisiken zu begrenzen, setzt der Konzern neben originären Finanzinstrumenten auch Derivate ein. Der Einsatz von Derivaten ist auf die Steuerung originärer Risiken begrenzt, die Verwendung zu spekulativen Zwecken ist im Rahmen der internen Richtlinien von Deutsche Post World Net nicht gestattet.

Aufgrund zukünftiger Änderungen von Wechselkursen, Zinssätzen oder Rohstoffpreisen kann es zu erheblichen Marktwertschwankungen der eingesetzten Derivate kommen. Diese Marktwertschwankungen sind nicht isoliert von den zu sichernden Grundgeschäften zu betrachten. Derivat und Grundgeschäft bilden hinsichtlich ihrer gegenläufigen Wertentwicklung eine Einheit.

Interne Richtlinien regeln die für den Einsatz von Derivaten erforderlichen Handlungsrahmen, Verantwortlichkeiten und Kontrollen. Die Erfassung, Bewertung und Abwicklung der Sicherungsgeschäfte erfolgt mit Hilfe einer geeigneten Risikomanagement-Software, mit der auch die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen regelmäßig überprüft wird. Als Geschäftspartner für Sicherungsgeschäfte nutzt Deutsche Post World Net nur Banken erstklassiger Bonität. Jeder Bank wird dafür ein Kontrahentenlimit zugeordnet, dessen Ausnutzung regelmäßig überwacht wird.

Über die bestehenden Finanzrisiken und die zur Risikobegrenzung eingesetzten Sicherungsinstrumente wird der Konzernvorstand in regelmäßigen Abständen intern informiert. Die externe Bilanzierung der genutzten Finanzinstrumente erfolgt gemäß IAS 39.

Liquiditätsmanagement

Auf Basis eines weitgehend zentralisierten Liquiditätsmanagements gewährleistet Deutsche Post World Net jederzeit eine ausreichende Versorgung der Konzerngesellschaften mit flüssigen Mitteln. Neben fest zugesagten bilateralen Kreditlinien von Banken in Höhe von 4,2 Mrd € (Vorjahr: 4,2 Mrd €) verfügt der Konzern als weitere Liquiditätsreserve seit Dezember 2007 über ein Commercial Paper Programm in Höhe von 1 Mrd €. Dadurch stehen Deutsche Post World Net auch weiterhin ausreichende finanzielle Mittel zur Finanzierung notwendiger Investitionen zur Verfügung.

Die Fälligkeitsstruktur der originären finanziellen Verbindlichkeiten im Anwendungsbereich des IFRS 7 basierend auf Cashflows stellt sich wie folgt dar:

Fälligkeitsanalyse – Restlaufzeiten

Mio €	Bis 1 Jahr	Über 1 Jahr bis 2 Jahre	Über 2 Jahre bis 3 Jahre	Über 3 Jahre bis 4 Jahre	Über 4 Jahre bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2007						
Finanzschulden	-189	-371	-448	-319	-851	-2.275
Andere Verbindlichkeiten	0	-106	-10	-14	-9	-85
Langfristige Verbindlichkeiten	-189	-477	-458	-333	-860	-2.360
Finanzschulden	-928	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-5.210	0	0	0	0	0
Andere Verbindlichkeiten	-355	0	0	0	0	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	-6.493	0	0	0	0	0
Zum 31. Dezember 2006						
Finanzschulden	-313	-264	-239	-214	-171	-2.990
Andere Verbindlichkeiten	-2	-9	-8	-8	-7	-71
Langfristige Verbindlichkeiten	-315	-273	-247	-222	-178	-3.061
Finanzschulden	-1.988	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-4.930	0	0	0	0	0
Andere Verbindlichkeiten	-338	0	0	0	0	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	-7.256	0	0	0	0	0

Cashflows, die nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 7 fallen, wurden nicht in der Tabelle aufgeführt.

Aus derivativen Finanzinstrumenten resultieren sowohl Ansprüche als auch Verpflichtungen. Die vertragliche Gestaltung legt fest, ob diese Ansprüche und Verpflichtungen miteinander verrechnet werden und damit zu einem Nettoausgleich führen oder ob beide Vertragsparteien ihre Verpflichtungen vollständig zu erfüllen haben (Bruttoausgleich). Die Fälligkeitsstruktur der Zahlungen aus derivativen Finanzinstrumenten stellt sich wie folgt dar:

Fälligkeitsanalyse – Restlaufzeiten

Mio €	Bis 1 Jahr	Über 1 Jahr bis 2 Jahre	Über 2 Jahre bis 3 Jahre	Über 3 Jahre bis 4 Jahre	Über 4 Jahre bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2007						
Forderungen aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash-Outflow	-1.685	-16	-15	-15	-16	-160
Cash-Inflow	1.730	16	16	16	16	191
mit Nettoausgleich						
Cash-Inflow	7	2	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash-Outflow	-1.810	-116	-185	-113	-91	-212
Cash-Inflow	1.739	97	166	94	77	180
mit Nettoausgleich						
Cash-Outflow	-6	-7	0	0	0	0
Zum 31. Dezember 2006						
Forderungen aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash-Outflow	-2.280	-204	-48	-47	-47	-223
Cash-Inflow	2.337	203	51	50	50	241
mit Nettoausgleich						
Cash-Inflow	3	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash-Outflow	-2.874	-125	-74	-72	-69	-64
Cash-Inflow	2.801	111	60	59	57	55
mit Nettoausgleich						
Cash-Outflow	-33	0	0	0	0	0

Währungsrisiko und Währungsmanagement

Aus den weltweiten Geschäftsaktivitäten entstehen Währungsrisiken aus geplanten und gebuchten Fremdwährungstransaktionen für den gesamten Konzern. Für die zentrale Erfassung und Steuerung dieser Risiken ist das Konzern Treasury verantwortlich. Die Konzerngesellschaften berichten ihre Fremdwährungsrisiken an das Treasury, das aus diesen Meldungen eine Netto-Position je Währung ermittelt und gegebenenfalls extern absichert. Dafür werden Devisentermingeschäfte, -Swaps und Devisenoptionen genutzt. Der Nominalwert der ausstehenden Devisentermingeschäfte und -swaps betrug zum Bilanzstichtag 3.745 Mio € (Vorjahr: 5.499 Mio €). Der korrespondierende Marktwert belief sich auf -31 Mio € (Vorjahr: -37 Mio €). Diese Transaktionen wurden zur Absicherung geplanter und gebuchter operativer Risiken und zur Absicherung interner und externer Finanzierungen und Anlagen eingesetzt. Auf die mögliche Anwendung von Fair-Value-Hedge-Accounting nach IAS 39 bei Devisentermingeschäften und -Swaps wurde aus Vereinfachungsgründen verzichtet.

Weiterhin bestanden zur Absicherung von operativen Währungsrisiken und Risiken aus Investitionstätigkeit Devisenoptionen mit einem Nominalwert von 460 Mio € (Vorjahr: 162 Mio €) und einem Marktwert von -11 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €). Zur Absicherung langfristiger Fremdwährungsfinanzierungen bestanden außerdem Cross-Currency-Swaps mit einem Nominalwert von 299 Mio € (Vorjahr: 328 Mio €) und einem Marktwert von -12 Mio € (Vorjahr: -19 Mio €).

Fremdwährungsrisiken, die aus der Umrechnung von Vermögenswerten und Schulden ausländischer Unternehmenseinheiten in die Konzernwährung resultieren (Translationsrisiken), waren zum 31. Dezember 2007 nicht gesichert. Das zum 31. Dezember 2006 bilanzierte Hedge-of-Net-Investment wurde in 2007 beendet. Die Bestimmung der Marktwerte für Devisentermingeschäfte erfolgte auf Basis von aktuellen Marktkursen unter Berücksichtigung von Terminauf- und -abschlägen. Die Devisenoptionen wurden mittels des Optionspreismodells von Black-Scholes bewertet. Von den zum 31. Dezember 2007 nach IAS 39 im Eigenkapital erfassten unrealisierten Verlusten aus währungsbezogenen Derivaten werden voraussichtlich -17 Mio € (Vorjahr: -8 Mio €) im Verlauf des Jahres 2008 ergebniswirksam.

IFRS 7 fordert eine Sensitivitätsanalyse, welche Auswirkungen von hypothetischen Änderungen der Wechselkurse am Bilanzstichtag auf die Gewinn- und Verlust-Rechnung und das Eigenkapital untersucht. Dabei werden die hypothetischen Wechselkursänderungen auf den Bestand der Finanzinstrumente, welche nicht in ihrer funktionalen Währung denominiert und monetärer Art sind, bezogen. Es wird unterstellt, dass der Bestand am Bilanzstichtag repräsentativ für das Gesamtjahr ist.

Die Auswirkungen hypothetischer Wechselkursänderungen auf das Translationsrisiko fallen nicht in den Anwendungsbereich von IFRS 7. Folgende Annahmen werden der Sensitivitätsanalyse zugrunde gelegt:

Originäre monetäre Finanzinstrumente von Konzerngesellschaften sind entweder unmittelbar in funktionaler Währung denominiert oder das Währungsrisiko wurde zu den von der Deutsche Post AG garantierten Währungskursen an die Deutsche Post AG transferiert. Währungskursbedingte Änderungen haben daher keinen Einfluss auf die Gewinn- und Verlust-Rechnung und das Eigenkapital der Konzerngesellschaften.

Vereinzelt können Konzerngesellschaften aus rechtlichen Gründen nicht am Inhouse-Banking teilnehmen. Diese Gesellschaften sichern ihr Währungsrisiko aus originären monetären Finanzinstrumenten mit der Deutsche Post AG durch den Einsatz von Derivaten. Die internen Derivate werden im Konzern konsolidiert. Das auf Konzernebene verbleibende Risiko wird bei Kalkulation der Nettoexposition berücksichtigt.

Hypothetische Wechselkursänderungen haben einen erfolgswirksamen Einfluss auf die Marktwerte der externen Derivate der Deutsche Post AG und auf die Fremdwährungsergebnisse aus der Stichtagsbewertung der auf fremde Währung lautenden Inhousebank-Salden, Salden von externen Bankkonten und internen und externen Darlehen der Deutsche Post AG.

Weiterhin haben hypothetische Wechselkursänderungen Auswirkungen auf das Eigenkapital und auf die Marktwerte der Derivate, die zur Sicherung von bilanzunwirksamen festen Verpflichtungen und mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden künftigen Fremdwährungstransaktionen - Cashflow-Hedges - abgeschlossen worden sind.

Eine Aufwertung des EUR gegenüber sämtlichen Währungen zum 31. Dezember 2007 um 10 % hätte eine Veränderung des Ergebnisses um -8 Mio € (Vorjahr: -13 Mio €) zur Folge gehabt. Im Wesentlichen resultieren diese hypothetischen Ergebnisauswirkungen aus den Währungssensitivitäten EUR gegenüber USD mit -18 Mio € (Vorjahr: -8 Mio €), gegenüber GBP mit 2 Mio € (Vorjahr: -5 Mio €), gegenüber BHD mit 5 Mio € (Vorjahr: 0,1 Mio €) und gegenüber CNY 4 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €). Eine Abwertung des EUR würde zu exakt gegenläufigen Sensitivitäten führen.

Die im Eigenkapital bilanzierte Hedge-Rücklage hätte sich bei einer Aufwertung des EUR um 10 % um -25 Mio € (Vorjahr: 40 Mio €) verändert. Die hypothetische Eigenkapitalveränderung resultiert im Wesentlichen aus Währungssensitivitäten des EUR gegenüber USD mit -76 Mio € (Vorjahr: -29 Mio €) und gegenüber GBP mit 14 Mio € (Vorjahr: 49 Mio €). Eine Abwertung hätte im Wesentlichen einen gegenläufigen Effekt auf das Eigenkapital gehabt.

Rohstoffpreisrisiko

Aus dem Einkauf von Treibstoffen und Heizöl entstehende Rohstoffpreis-Risiken werden über Zuschläge und Vertragsklauseln überwiegend an unsere Kunden weitergegeben. Zusätzliche Sicherungen mit Derivaten (Nominalwert im Vorjahr: 374 Mio € / Marktwert: -31 Mio €) bestanden zum Stichtag nicht.

Eine hypothetische Erhöhung des Treibstoffpreises um 10 % hätte eine Veränderung der im Eigenkapital bilanzierten Hedge-Rücklage in Höhe von 0 Mio € (Vorjahr: 19 Mio €) und eine Marktpreisverringerung um 10 % hätte eine Veränderung in Höhe von 0 Mio € (Vorjahr: -21 Mio €) zur Folge gehabt.

Zinsrisiko und Zinsmanagement

Die wichtigste primäre Verschuldungswährung des Konzerns ist der Euro. Mittels derivativer Finanzinstrumente werden Euro-Mittel in fremde Währungen transformiert, um den jeweiligen Liquiditätsbedarf der operativen Gesellschaften zu decken. Berücksichtigt man diese Geschäfte, lag der Anteil des Euros an der Nettofinanzverschuldung des Konzerns bei 60 % (Vorjahr: 40 %), der Anteil des US-Dollar betrug 28 % (Vorjahr: 27 %). Der Anstieg des Euro-Anteils ist insbesondere auf eine Bereinigung von Darlehensportfolios in Fremdwährungen zurückzuführen.

Die Marktwerte der Zinssicherungsgeschäfte wurden auf Basis abgezinster, zukünftig erwarteter Cashflows ermittelt, dafür wird das im Konzern Treasury eingesetzte Risk-Management-System verwendet.

Zum Stichtag 31. Dezember 2007 hatte Deutsche Post World Net Zins-Swaps über ein Nominalvolumen von 1.209 Mio € (Vorjahr: 1.764 Mio €) abgeschlossen. Der Marktwert dieser Zins-Swap-Position betrug -24 Mio € (Vorjahr: 11 Mio €). Zinsoptionsgeschäfte bestanden zum Stichtag nicht (Nominalwert Vorjahr: 150 Mio €).

In der ersten Jahreshälfte 2007 wurde bei der Deutsche Post World Net der Anteil von Instrumenten mit langfristiger Zinsbindung leicht erhöht. Um der unsicheren Situation an den Finanzmärkten in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 angemessen Rechnung zu tragen, wurde das Verhältnis von Instrumenten mit kurz- und langfristiger Zinsbindung recht ausgeglichen positioniert. Aufgrund der zu Jahresbeginn sehr volatilen Kapitalmärkte ist eine Prognose für das Jahr 2008 schwierig, Deutsche Post World Net geht für den Euroraum von leicht sinkenden Zinsen aus, insbesondere im kürzeren Laufzeitensegment. Der Einfluss einer Zinsveränderung auf die Finanzlage des Konzerns ist weiterhin unmaßgeblich.

Zur Darstellung der Zinsänderungsrisiken gemäß IFRS 7 wird die Sensitivitätsanalyse herangezogen. Mit dieser Methode können die Effekte aus hypothetischen Marktziinsänderungen auf die Zinserträge und Zinsaufwendungen und auf das Eigenkapital zum Stichtag ermittelt werden. Folgende Annahmen liegen der Sensitivitätsanalyse zugrunde:

Originäre variabel verzinsliche Finanzinstrumente unterliegen einem Zinsänderungsrisiko und sind deshalb in die Sensitivitätsanalyse einzubeziehen. Originäre variabel verzinsliche Finanzinstrumente, die mittels Cashflow-Hedging in festverzinsliche Finanzinstrumente transformiert wurden, werden nicht einbezogen. Marktziinsänderungen wirken sich bei derivativen Finanzinstrumenten, die zur Sicherung von zinsbedingten Zahlungsschwankungen abgeschlossen wurden (Cashflow-Hedging), durch Marktwertänderungen auf das Eigenkapital aus und sind deshalb im Rahmen der Sensitivitätsanalyse zu berücksichtigen.

Alle festverzinslichen und zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente unterliegen keinem Zinsänderungsrisiko.

Designierte Fair-Value-Hedges zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken werden in die Analyse nicht einbezogen, da sich die zinsbedingten

Wertänderungen des Grundgeschäfts und des Sicherungsgeschäfts nahezu vollständig für die Periode in der Gewinn- und Verlust-Rechnung ausgleichen. Lediglich der variable Teil des Sicherungsinstruments hat Auswirkungen auf das Finanzergebnis und ist in die Sensitivitätsanalyse einzubeziehen.

Zinsderivate, die nicht Bestandteil einer Sicherungsbeziehung waren und die aufgrund von Marktziinsänderungen Auswirkungen auf das Finanzergebnis hätten, waren zum 31. Dezember 2007 nicht anzusetzen. Zum 31. Dezember 2006 bestanden derartige Zinsderivate, die in der Analyse (2006) zu berücksichtigen sind.

Wenn das Marktziinsniveau zum 31. Dezember 2007 um 100 Basispunkte höher gewesen wäre, hätte sich das Ergebnis um 13 Mio € (Vorjahr: 15 Mio €) verringert. Eine Absenkung des Marktziinsniveaus um 100 Basispunkte hätte den gegenläufigen Effekt zur Folge gehabt. Eine Veränderung des Marktziinsniveaus um 100 Basispunkte hätte Auswirkungen auf die im Eigenkapital bilanzierten Marktwerte der Zinsderivate. Eine Zinserhöhung hätte zu unrealisierten Gewinnen im Eigenkapital von 16 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) geführt, und eine Absenkung hätte den gegenläufigen Effekt gehabt.

Kreditrisiko

Ein Kreditrisiko besteht für den Konzern dahingehend, dass Vertragspartner ihren Verpflichtungen aus operativer Geschäftstätigkeit und aus Finanztransaktionen nicht nachkommen. Zur Minimierung des Kreditrisikos aus Finanztransaktionen werden nur Geschäfte mit Vertragspartnern erstklassiger Bonität abgeschlossen. Im operativen Geschäft werden die Ausfallrisiken fortlaufend überwacht. Der Gesamtbetrag der Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte stellt das maximale Ausfallrisiko dar.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 6.377 Mio € (Vorjahr: 6.395 Mio €) sind innerhalb eines Jahres fällig. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Überfälligkeiten bei Forderungen:

Mio €	Buchwert vor Wertminderung	Zum Abschlussstag weder wertgemindert noch fällig	Zum Abschlussstichtag überfällig und nicht wertgemindert							
			Weniger als 30 Tage	31–60 Tage	61–90 Tage	91–120 Tage	121–150 Tage	151–180 Tage	> 180 Tage	
Zum 31. Dezember 2007										
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.595	4.373	1.168	361	152	80	43	28	65	
Zum 31. Dezember 2006										
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.651	4.167	1.227	371	184	101	64	46	88	

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich wie folgt entwickelt:

Mio €	2006	2007
Bruttoforderung		
Anfangsstand 1. Januar	6.371	6.651
Veränderungen	280	–56
Endstand 31. Dezember	6.651	6.595
Wertberichtigungen		
Anfangsstand 1. Januar	–221	–256
Veränderungen	–35	38
Endstand 31. Dezember	–256	–218
Bilanzwert 31. Dezember	6.395	6.377

Alle übrigen finanziellen Vermögenswerte sind weder überfällig noch wertgemindert. Es wird von einer jederzeitigen Einbringlichkeit dieser Vermögenswerte ausgegangen.

48.2.2 Derivative Finanzinstrumente

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die im Konzern Deutsche Post World Net (ohne Deutsche Postbank Gruppe) eingesetzten derivativen Finanzinstrumente und ihre Marktwerte. Derivate mit amortisierenden Nominalvolumen werden mit voller Höhe bei Endfälligkeit gezeigt:

Derivate Finanzinstrumente

Mio €	2006		2007			Marktwerte 2007 nach Fälligkeit														
	Nominalwert	Marktwert	Nominalwert	Marktwert		Marktwert Gesamt	Vermögen						Schulden							
				Vermögen	Schulden		Bis 1 Jahr	Bis 2 Jahre	Bis 3 Jahre	Bis 4 Jahre	Bis 5 Jahre	> 5 Jahre	Bis 1 Jahr	Bis 2 Jahre	Bis 3 Jahre	Bis 4 Jahre	Bis 5 Jahre	> 5 Jahre		
Zinsbezogene Produkte																				
Zins-Swaps	1.764	11	1.209	2	-26	-24	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	-2	-24	
davon Cashflow-Hedges	186	6	367	2	-15	-13	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	-15	
davon Fair-Value-Hedges	1.478	9	842	0	-11	-11	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-2	-9	
davon zu Handelszwecken	100	-4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
FRAs	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zinsoptionen	150	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
davon Cashflow-Hedges	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
davon zu Handelszwecken	150	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	1.914	11	1.209	2	-26	-24	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	-2	-24
Währungsbezogene Geschäfte																				
Devisentermingeschäfte	1.603	-63	1.768	23	-63	-40	23	0	0	0	0	0	-35	-8	-8	-7	-4	-1		
davon Cashflow-Hedges	557	-38	1.063	18	-59	-41	18	0	0	0	0	0	-31	-8	-8	-7	-4	-1		
davon Net-Invest.-Hedges	315	-16	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
davon zu Handelszwecken	731	-9	705	5	-4	1	5	0	0	0	0	0	-4	0	0	0	0	0		
Devisenoptionen	162	3	460	1	-12	-11	0	1	0	0	0	0	-5	-7	0	0	0	0		
davon Cashflow-Hedges	162	3	460	1	-12	-11	0	1	0	0	0	0	-5	-7	0	0	0	0		
Devisen-Swaps	3.896	26	1.977	28	-19	9	28	0	0	0	0	0	-19	0	0	0	0	0		
davon Cashflow-Hedges	62	-1	311	8	-7	1	8	0	0	0	0	0	-7	0	0	0	0	0		
davon zu Handelszwecken	3.834	27	1.666	20	-12	8	20	0	0	0	0	0	-12	0	0	0	0	0		
Cross-Currency-Swaps	328	-19	299	24	-36	-12	0	0	0	0	0	24	0	0	0	-7	-29	0		
davon Cashflow-Hedges	214	7	203	24	-7	17	0	0	0	0	0	24	0	0	0	-7	0	0		
davon Fair-Value-Hedges	114	-26	95	0	-29	-29	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-29	0		
davon zu Handelszwecken	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
	5.989	-53	4.505	76	-130	-54	51	1	0	0	0	24	-59	-15	-8	-14	-33	-1		
Rohstoffpreisbezogene Geschäfte																				
Fuel-Hedging-Programm	374	-31	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
davon Cashflow-Hedges	374	-31	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
davon zu Handelszwecken	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		

Fair-Value-Hedges

Zur Absicherung des Fair-Value-Risikos von festverzinslichen Euro-Verbindlichkeiten wurden Zins-Swaps als Fair-Value-Hedges eingesetzt. Die beizulegenden Zeitwerte dieser Zins-Swaps betragen –11 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €). Der deutliche Rückgang der Zeitwerte im Jahr 2007 beruht auf der Zinsentwicklung. Zum 31. Dezember 2007 bestand außerdem eine Buchwertanpassung auf das Grundgeschäft aus einem in der Vergangenheit aufgelösten Zins-Swap von 35 Mio € (Vorjahr: 40 Mio €). Die Buchwertanpassung wird über die Restlaufzeit der Verbindlichkeit anhand der Effektivzinsmethode erfolgswirksam aufgelöst und reduziert den künftigen Zinsaufwand.

Weiterhin wurden zum Schutz von Fremdwährungsverbindlichkeiten gegen negative Marktveränderungen Zins-Währungs-Swaps eingesetzt, durch die die Verbindlichkeit in eine variabel verzinsliche Euro-Verbindlichkeit transformiert worden ist. Dabei wurde im Ergebnis das Fair-Value-Risiko aus der Zins- und Währungskomponente gesichert. Diese Zins-Währungs-Swaps weisen zum 31. Dezember 2007 Marktwerte von –29 Mio € (Vorjahr: –26 Mio €) aus.

Eine Übersicht der aus den gesicherten Grundgeschäften und den entsprechenden Sicherungsgeschäften entstandenen Gewinne und Verluste gibt die folgende Tabelle:

Ineffektivitäten Fair-Value-Hedges

Mio €	2006	2007
Gewinne (-)/Verluste (+) aus den gesicherten Grundgeschäften	-57	-20
Gewinne (-)/Verluste (+) aus den Sicherungsgeschäften	57	19
Saldo (Ineffektivitäten)	0	-1

Cashflow-Hedges

Cashflow-Risiken aus zukünftigen operativen Fremdwährungsumsätzen und -aufwendungen werden im Konzern mit Devisentermingeschäften und -Swaps abgesichert. Dabei liegen die Zeitwerte der Devisentermingeschäfte und -Swaps bei –2 Mio € (Vorjahr: –4 Mio €). Devisenoptionsgeschäfte für operative Risiken bestanden zum Stichtag nicht (Marktwert Vorjahr: 3 Mio €). Die gesicherten Grundgeschäfte werden 2008 erfolgswirksam.

Für die Absicherung von Währungsrisiken aus zukünftigen Leasingzahlungen und Annuitäten in fremder Währung wurden Devisentermingeschäfte abgeschlossen, deren Zeitwert zum Bilanzstichtag –37 Mio € (Vorjahr: –35 Mio €) betrug. Die Zahlungen aus den gesicherten Grundgeschäften erfolgen ratierlich, letztmals 2013.

Aus fest kontrahierten Flugzeugkäufen resultieren für den Konzern Cashflow-Risiken im Zusammenhang mit zukünftig zu leistenden Zahlungen in US-Dollar. Diese Risiken wurden im Jahr 2007 mit Termin- und Optionsgeschäften abgesichert. Der Marktwert dieser Cashflow-Hedges zum 31. Dezember 2007 betrug –11 Mio € für die Devisenoptionen und –1 Mio € für die Devisentermingeschäfte. Die Flugzeuge gehen in den Jahren 2009 und 2010 zu. Das Sicherungsergebnis wird mit den Anschaffungskosten verrechnet und mit Amortisation des Vermögenswerts erfolgswirksam erfasst.

Risiken aus festverzinslichen Fremdwährungsanlagen wurden mit synthetischen Zins-Währungs-Swaps gesichert und in festverzinsliche Euroanlagen transformiert. Diese synthetischen Zins-Währungs-Swaps mit einem Zeitwert zum Stichtag von 26 Mio € (Vorjahr: 13 Mio €) sichern das Währungsrisiko. Bei den Anlagen handelt es sich um interne Konzerndarlehen, die 2014 fällig werden.

Aus variabel verzinslichen Verbindlichkeit bestehen für den Konzern Cashflow-Risiken. Zur Vermeidung dieser Risiken wurden Zins-Swaps abgeschlossen, die das Zinsänderungsrisiko aus den Grundgeschäften neutralisieren. Zum 31. Dezember 2007 hatten die betreffenden Cashflow-Hedges einen Marktwert in Höhe von –15 Mio € (Vorjahr: –1 Mio €). Die gesicherten Fremdwährungsverbindlichkeiten werden 2020 bzw. 2037 fällig. Weiterhin wurde eine festverzinsliche Fremdwährungsverbindlichkeit mittels eines Zins-Währungs-Swaps in eine festverzinsliche Euro-Verbindlichkeit transformiert. Der Marktwert des Derivates betrug zum Bilanzstichtag –7 Mio € (Vorjahr: –6 Mio €).

Die Sicherung von Flugzeugkerosin wurde 2007 beendet. Zum 31. Dezember 2006 waren noch negative Marktwerte in Höhe von –31 Mio € in den Büchern.

Net-Investment-Hedges

Aus Fremdwährungsinvestitionen in ausländische Tochtergesellschaften können Risiken für das Eigenkapital des Konzerns entstehen. Zum Bilanzstichtag wurden diese Risiken nicht mehr gesichert (Marktwert im Vorjahr: –16 Mio €).

48.3 Zusätzliche Angaben zu den im Konzern Deutsche Post World Net eingesetzten Finanzinstrumenten

Im Konzern Deutsche Post World Net werden Finanzinstrumente analog zu den jeweiligen Bilanzpositionen klassifiziert. Die folgende Übersicht zeigt eine Überleitung der Bilanzpositionen auf die Kategorien des IAS 39 und die jeweiligen Marktwerte:

Überleitung der Bilanzwerte zum 31. Dezember 2007

Mio €

	Buchwert		Wertansatz nach Bewertungskategorie				
	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Ausleihungen und Forderungen	Bis zur Endfälligkeit zu haltende Vermögenswerte		
	Trading	Fair-Value-Option			Fortgeführte Anschaffungskosten	Fortgeführte Anschaffungskosten	Fortgeführte Anschaffungskosten
	Fair Value	Fair Value	Fair Value				
AKTIVA							
Finanzanlagen	1.060		431	301	115	10	
Sonstige langfristige Vermögenswerte	497	66					
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	9.806	25			6.679		
Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen	193.986	9.936	7.109	41.174	134.160	1.186	
Finanzinstrumente	72		19		52	1	
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	4.683				4.683		
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	615				565		
Summe Aktiva	210.719	9.961	7.175	41.624	301	146.254	1.197
PASSIVA							
Langfristige Finanzschulden ¹⁾	-8.625						
Langfristige Andere Verbindlichkeiten	-361						
Kurzfristige Finanzschulden	-1.556						
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-5.384						
Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen	-187.787						
Kurzfristige Andere Verbindlichkeiten	-5.101						
Summe Passiva	-208.814						

1) Die in den Finanzschulden enthaltenen Anleihen wurden teilweise als Grundgeschäft zum Fair-Value-Hedge designiert und unterliegen damit einem Basis-Adjustment. Die Bilanzierung erfolgt deshalb weder vollständig zum Fair Value noch zu fortgeführten Anschaffungskosten.

gemäß IAS 39		Wertansatz gemäß IAS 17			Außerhalb IFRS 7	Beizulegender Zeitwert der Finanzinstrumente innerhalb IFRS 7
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	Als Sicherungsinstrumente designierte Derivate	Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing		
Trading	Fair-Value-Option					
Fair Value	Fair Value	Fortgeführte Anschaffungskosten	Fair Value	Fortgeführte Anschaffungskosten		
					203	857
			28		403	94
			26		3.076	6.730
			421			193.493
						72
						4.683
					50	565
			475		3.732	
		-7.823		-551	-251	-8.403
		-224	-97		-40	-337
		-1.482		-74	0	-1.556
		-5.384				-5.384
-5.594		-181.320	-873			-186.763
-16		-510	-44		-4.531	-570
-5.610		-196.743	-1.014	-625	-4.822	

Überleitung der Bilanzwerte zum 31. Dezember 2006

Mio €

	Buchwert	Wertansatz nach Bewertungskategorie					
		Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Ausleihungen und Forderungen	Bis zur Endfäll- igkeit zu haltende Vermögenswerte	
		Trading	Fair-Value-Option				
		Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fortgeführte Anschaffungs- kosten	Fortgeführte Anschaffungs- kosten	Fortgeführte Anschaffungs- kosten
AKTIVA							
Finanzanlagen	994			459	336	126	10
Sonstige langfristige Vermögenswerte	376		41			50	
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	9.306	50				6.854	
Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen	179.280	13.280	6.180	39.210		114.650	5.475
Finanzinstrumente	42			10		32	
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.391					2.391	
Summe Aktiva	192.389	13.330	6.221	39.679	336	124.103	5.485
PASSIVA							
Langfristige Finanzschulden ¹⁾	-8.543						
Langfristige Andere Verbindlichkeiten	-237						
Kurzfristige Finanzschulden	-1.945						
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-5.069						
Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen	-168.663						
Kurzfristige Andere Verbindlichkeiten	-4.938						
Summe Passiva	-189.395						

1) Die in den Finanzschulden enthaltenen Anleihen wurden teilweise als Grundgeschäft zum Fair-Value-Hedge designiert und unterliegen damit einem Basis-Adjustment. Die Bilanzierung erfolgt deshalb weder vollständig zum Fair Value noch zu fortgeführten Anschaffungskosten.

gemäß IAS 39		Wertansatz gemäß IAS 17			Beizulegender Zeitwert der Finanzinstrumente	
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	Als Sicherungsinstrumente designierte Derivate	Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	Außerhalb IFRS 7	innerhalb IFRS 7
Trading	Fair-Value-Option					
Fair Value	Fair Value	Fortgeführte Anschaffungskosten	Fair Value	Fortgeführte Anschaffungskosten		
					63	931
			36		249	127
			7		2.395	6.911
			485			181.176
						42
						2.391
			528		2.707	
		-7.482		-711	-350	-8.171
		-106	-68		-63	-174
		-1.921		-24		-1.945
		-5.069				-5.069
-3.619		-164.086	-958			-168.918
-36		-464	-61		-4.377	-561
-3.655		-179.128	-1.087	-735	-4.790	

Existiert für ein Finanzinstrument ein liquider Markt (zum Beispiel Wertpapierbörse), wird der Fair-Value durch den Markt- bzw. Börsenpreis am Bilanzstichtag bestimmt. Liegt kein liquider Markt vor, wird der Fair Value durch anerkannte Bewertungsmodelle (zum Beispiel Barwertmethode, Optionspreismodelle) bestimmt. Die eingesetzten Methoden berücksichtigen die wesentlichen wertbestimmenden Faktoren der Finanzinstrumente und verwenden Bewertungsparameter, die aus den Marktkonditionen zum Bilanzstichtag abgeleitet werden. Die im Rahmen der Barwertmethode verwendeten Zahlungsströme basieren auf den Vertragsdaten der Finanzinstrumente. Die beizulegenden Zeitwerte von sonstigen langfristigen Forderungen sowie von bis zur Endfälligkeit gehaltenen Finanzinvestitionen mit Restlaufzeiten über einem Jahr entsprechen den Barwerten der mit den Vermögenswerten verbundenen Zahlungen unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Zinsparameter, welche markt- und partnerbezogene Veränderungen der Konditionen und Erwartungen reflektieren.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Forderungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Abschlussstichtag näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten haben regelmäßig kurze Restlaufzeiten; die bilanzierten Werte stellen näherungsweise die beizulegenden Zeitwerte dar.

In den als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifizierten Finanzanlagen sind in Höhe von 301 Mio € (Vorjahr: 336 Mio €) Anteile an Personen- und Kapitalgesellschaften enthalten, für die kein verlässlicher Marktwert ermittelt werden kann. Die Anteile dieser Gesellschaften sind nicht an einem aktiven Markt notiert, daher werden sie zu Anschaffungskosten ausgewiesen. Es ist nicht geplant, wesentliche Anteile in naher Zukunft zu veräußern. Im Geschäftsjahr wurden jedoch zu Anschaffungskosten bewertete Anteile in Höhe von 68 Mio € (Vorjahr: 83 Mio €) mit einem Veräußerungsverlust von 3 Mio € (Vorjahr: 14 Mio €) verkauft.

Reklassifizierungen zwischen den einzelnen Kategorien von Finanzinstrumenten sind im Konzern nur von der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ zur Kategorie „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Vermögenswerte“ zulässig. In den Geschäftsjahren 2007 und 2006 wurden keine Vermögenswerte reklassifiziert.

Die Nettoergebnisse aus Finanzinstrumenten, gegliedert nach den einzelnen Bewertungskategorien des IAS 39, sowie die Gesamtzinserträge und -zinsaufwendungen der nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente stellen sich wie folgt dar:

Nettoergebnisse der Bewertungskategorien

Mio €	2006	2007
Ausleihungen und Forderungen	93	175
Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte	0	0
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		
Trading	-217	-375
Fair-Value-Option	-19	-20
Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	-102	-110

Die Nettoergebnisse berücksichtigen im Wesentlichen Effekte aus der Fair-Value-Bewertung, den Wertberichtigungen und der Veräußerung (Veräußerungsgewinne/-verluste). Bei den erfolgswirksam zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumenten wurden keine Dividenden und Zinsen berücksichtigt. Angaben zum Nettoergebnis der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte erfolgen unter Textziffer 36.

Erträge und Aufwendungen aus Zinsen und Provisionsvereinbarungen der nicht erfolgswirksam zum Marktwert bewerteten Finanzinstrumente werden in den Erläuterungen zur Gewinn- und Verlust-Rechnung dargestellt.

49 Eventualverbindlichkeiten

Die Eventualverbindlichkeiten des Konzerns belaufen sich auf insgesamt 2.058 Mio € (Vorjahr: 2.840 Mio €). Davon betreffen 1.552 Mio € Bürgschaftsverpflichtungen sowie 204 Mio € Verpflichtungen aus Prozessrisiken. Zusätzlich bestehen neben den Eventualverbindlichkeiten unwiderrufliche Kreditzusagen seitens der Deutschen Postbank Gruppe in Höhe von 23.480 Mio € (Vorjahr: 21.369 Mio €).

50 Rechtsverfahren

Als Marktführer unterliegen viele Dienstleistungen der Deutsche Post AG der sektorspezifischen Regulierung nach dem Postgesetz. Die Regulierungsbehörde genehmigt bzw. überprüft insbesondere Entgelte, gestaltet Bedingungen des Zugangs zu Teilleistungen und übt die allgemeine Missbrauchskontrolle aus. Aus den daraus resultierenden Verfahren können sich Umsatz- und Ergebniseinbußen ergeben.

Rechtliche Risiken resultieren unter anderem aus verwaltungsgerichtlich anhängigen Klagen gegen die Entscheidung der Regulierungsbehörde vom Juli 2002 über die Rahmenbedingungen des Price-Cap-Verfahrens, aus jeweils zwei Klagen gegen Preisgenehmigungsentscheidungen im Rahmen des Price-Cap-Verfahrens für die Jahre 2003, 2004 und 2005 sowie gegen weitere Entgeltgenehmigungsentscheidungen der Regulierungsbehörde.

Aufgrund einer Beschwerde des Deutschen Verbands für Post und Telekommunikation wegen des Vorwurfs überhöhter Briefentgelte ist ein Wettbewerbsverfahren vor der Europäischen Kommission anhängig. Im Rahmen dieses Verfahrens hat die Deutsche Post AG detailliert ihre Auffassung dargelegt, dass die Porti in ihrer Höhe angemessen sind.

Die Deutsche Post AG ist dazu verpflichtet, Kunden und Wettbewerbern Zugang zu Teilleistungen aufgrund regulatorisch festgesetzter Bedingungen zu gewähren. Gegen die entsprechenden Entscheidungen der Regulierungsbehörde, des Bundeskartellamts und der EU-Kommission sind Verfahren vor den Verwaltungs- und Zivilgerichten sowie den Europäischen Gerichten anhängig. Das Postgesetz steht nach Ansicht der Deutsche Post AG einschließlich der am 31. Dezember 2007 ausgelaufenen Exklusivlizenz im Einklang mit den gemeinschafts- und wettbewerbsrechtlichen Vorgaben, namentlich mit der EU-Postdiensterrichtlinie und den Wettbewerbsregeln des EG-Vertrags. Dennoch können sich je nach Ausgang der Verfahren weitere Umsatz- und Ergebniseinbußen ergeben.

Ein von der Monopolkommission erhobener Vorwurf ist Gegenstand von Auskunftersuchen, die die EU-Kommission auf Beschwerde eines Dritten an die Bundesregierung richtete. Der Vorwurf lautet, dass die Deutsche Post AG der Deutsche Postbank AG ermögliche, Postfilialen zu nicht marktgerechter Vergütung zu nutzen, und dadurch gegen das Bei-

hilfverbot des EG-Vertrags verstoße. Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG sind der Auffassung, dass dieser Vorwurf nicht zutreffend ist und dass das von der Deutsche Postbank AG entrichtete Entgelt den wettbewerbs- und beihilferechtlichen Vorgaben des EU-Rechts entspricht. Die EU-Kommission bat die Bundesrepublik Deutschland auch um eine Stellungnahme zu dem 1999 erfolgten Verkauf aller Anteile der Deutsche Postbank AG an die Deutsche Post AG. Allerdings hatte die EU-Kommission den Erwerb der Postbank bereits im Rahmen des mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossenen Beihilfeverfahrens untersucht. Damals war sie ausdrücklich zu dem Ergebnis gelangt, dass der Erwerb der Postbank „ohne jede staatliche Beihilfe“ erfolgte.

Die Bundesregierung hat gegenüber der EU-Kommission dargelegt, dass die Vorwürfe ihrer Auffassung nach unbegründet seien. Dennoch lässt sich für beide im Zusammenhang mit den Auskunftersuchen stehenden Vorwürfe nicht gänzlich ausschließen, dass die EU-Kommission einen Beihilfetatbestand bejahen wird.

Am 12. September 2007 hat die EU-Kommission ein förmliches Beihilfeprüfverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Darin wird untersucht, ob die Bundesrepublik Deutschland die Kosten der von der Deutsche Post AG bzw. ihrer Rechtsvorgängerin Deutsche Bundespost POSTDIENST in den Jahren 1989 bis 2007 erbrachten Universaldienstleistungen durch staatliche Mittel überkompensiert habe und ob dem Unternehmen dadurch eine europarechtswidrige Beihilfe gewährt worden sei. Gemäß der Eröffnungsentscheidung will die Kommission alle in diesem Zeitraum erfolgten staatlichen Vermögenstransfers prüfen, ebenso die vom Staat übernommenen Bürgschaften, die gesetzlich eingeräumten Exklusivrechte, die Preisregulierung der Briefdienste und die staatliche Finanzierung von Beamtenpensionen. Untersucht werden soll zudem die Kostenzuordnung zwischen reguliertem Briefdienst, Universaldienst und Wettbewerbsdiensten innerhalb der Deutsche Post AG und ihrer Vorgängerin. Dies betrifft auch die Kooperationsvereinbarungen zwischen Deutsche Post AG und Postbank sowie zwischen Deutsche Post AG und dem durch die DHL Vertriebs GmbH vermarkteten Geschäftskunden-Paketdienst.

Die Deutsche Post AG ist ebenso wie die Deutsche Postbank AG der Ansicht, dass die neue Untersuchung ohne jede Grundlage ist. Alle im Zuge der Privatisierung der Deutschen Bundespost erfolgten Vermögensübertragungen, die staatlichen Bürgschaften sowie die Finanzierung der Pensionsverpflichtungen waren schon Gegenstand des mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossenen Beihilfeprüfverfahrens. In dieser Entscheidung wurden diese Maßnahmen nicht als rechtswidrige staatliche Beihilfen gewertet. Die Deutsche Post AG und die Deutsche Postbank AG sind weiter der Ansicht, dass die Exklusivrechte, die gesetzlich gewährt werden, und die Briefpreise, die der Regulierung unterliegen, schon tatbestandlich nicht als staatliche Beihilfen eingeordnet werden können. Die Deutsche Post AG ist ferner der Auffassung, dass die internen Kostenverrechnungen mit ihren Tochtergesellschaften im Einklang mit den EU-Beihilferegeln sowie der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs stehen. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Kommission in dem Verfahren das Vorliegen einer rechtswidrigen Beihilfe bejaht.

Am 22. November 2006 hat die EU-Kommission ein förmliches Prüfverfahren hinsichtlich möglicher staatlicher Beihilfen im Zusammenhang mit der Errichtung des europäischen Luftdrehkreuzes von DHL am Flughafen Leipzig/Halle eröffnet. Die Kommission bezweifelt insbesondere, dass die Finanzierung der neuen südlichen Landebahn durch das Land Sachsen und die von diesem gegebenen finanziellen Garantien sowie bestimmte Zusagen des Flughafenbetreibers mit den Anforderungen des Europäischen Beihilferechts vereinbar sind. Die Deutsche

Post AG und DHL sind der Auffassung, dass die mit dem Land Sachsen und dem Flughafen getroffenen Vereinbarungen mit dem Beihilferecht im Einklang stehen. Trotzdem kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Kommission bestimmte Elemente dieser Vereinbarungen für rechtswidrig erklären wird. Dies kann zu Mehrkosten für DHL beim Betrieb des Luftdrehkreuzes führen.

Im Zusammenhang mit einer offiziellen Untersuchung der Festlegung von Zuschlägen und Entgelten in der internationalen Speditionsbranche gingen bei DHL Global Forwarding, wie auch bei allen anderen großen Unternehmen im Speditionsbranche, im Oktober 2007 ein Auskunftersuchen der Wettbewerbsdirektion der Europäischen Kommission, eine Vorladung der Kartellabteilung des US-Justizministeriums sowie Auskunftersuchen von Wettbewerbsbehörden anderer Jurisdiktionen ein.

Im Januar 2008 wurde im Namen von Käufern von Speditionsleistungen eine Kartellsammelklage gegen die Deutsche Post AG und DHL am Bezirksgericht (New District Court) von New York angestrengt. Dieser Zivilprozess scheint sich darauf zu gründen, dass Kartelluntersuchungen im Gange sind, jedoch nicht auf ein bekanntes Ergebnis oder einen bezifferten Verlust.

Der Konzern Deutsche Post World Net kann das Ergebnis der Untersuchungen oder die Chancen der Sammelklage nicht vorhersagen oder kommentieren, ist jedoch der Auffassung, dass das damit verbundene finanzielle Risiko begrenzt ist. Deshalb wurden keine Rückstellungen gebildet.

51 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Neben den Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 7.041 Mio € (Vorjahr: 6.414 Mio €) aus unkündbaren operativen Leasingverhältnissen gemäß IAS 17.

Die künftigen unkündbaren Leasingverpflichtungen des Konzerns entfallen auf folgende Anlageklassen:

Mio €	2006	2007
Grundstücke und Bauten	5.637	6.310
Technische Anlagen und Maschinen	214	470
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	324	96
Flugzeuge	222	165
Sonstiges	17	0
Leasingverpflichtungen	6.414	7.041

Mio €	2006	2007
Im 1. Jahr nach Bilanzstichtag	1.160	1.285
Im 2. Jahr nach Bilanzstichtag	958	1.069
Im 3. Jahr nach Bilanzstichtag	779	871
Im 4. Jahr nach Bilanzstichtag	611	700
Im 5. Jahr nach Bilanzstichtag	468	561
Ab dem 6. Jahr nach Bilanzstichtag	2.438	2.555
Fälligkeitsstruktur der Mindestleasingzahlungen	6.414	7.041

Der Barwert der abgezinsten Mindestleasingzahlungen beläuft sich auf 5.326 Mio € (Vorjahr: 4.975 Mio €). Dabei wurde ein Abzinsungsfaktor von 5,75 % (Vorjahr: 5,00 %) zugrunde gelegt. Insgesamt sind Miet- und Leasingzahlungen in Höhe 2.390 Mio € (Vorjahr: 2.140 Mio €) entstanden, davon entfallen 1.709 Mio € (Vorjahr: 1.297 Mio €) auf unkünd-

bare Miet- und Leasingverträge. Die künftigen Leasingverpflichtungen aus unkündbaren Verträgen entfallen im Wesentlichen auf folgende Gesellschaften:

Mio €	2006	2007
Deutsche Post AG/		
Deutsche Post Immobilien GmbH	2.306	2.468
Express- und Logistik-Gesellschaften	3.392	4.182
Andere Konzernunternehmen (inklusive Deutsche Postbank Gruppe)	716	391
Künftige Leasingverpflichtungen	6.414	7.041

Das Bestellobligo für Investitionen in langfristige Vermögenswerte betrug 332 Mio €.

52 Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

52.1 Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und der Bundesrepublik Deutschland

Sämtliche nahestehenden Unternehmen, die von Deutsche Post World Net beherrscht werden oder auf die vom Konzern ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann, sind in der Anteilsliste mit Angaben zum Beteiligungsanteil, zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis – geordnet nach Geschäftsbereichen – verzeichnet. Die Aufstellung des Anteilsbesitzes ist beim Handelsregister des Amtsgerichts Bonn hinterlegt.

Die Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG unterhalten vielfältige Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und anderen von der Bundesrepublik Deutschland kontrollierten Unternehmen.

Der Bund ist Kunde der Deutsche Post AG und nimmt als solcher Dienste des Unternehmens in Anspruch. Die Geschäftsbeziehungen der Deutsche Post AG bestehen jeweils unmittelbar zu den einzelnen Behörden und sonstigen staatlichen Stellen als voneinander unabhängigen Einzelkunden; die diesen gegenüber erbrachten Leistungen sind jeweils nicht erheblich für die Gesamteinnahmen der Deutsche Post AG.

Beziehungen zur Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BanSTPT)

Die Bundesrepublik Deutschland verwaltet ihren Aktienbesitz an der Deutsche Post AG und nimmt ihre Aktionärsrechte durch die rechtsfähige Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (Bundesanstalt) wahr, die der Aufsicht des Bundesministeriums für Finanzen untersteht. Der Bundesanstalt sind nach dem Gesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (Bundesanstalt Post-Gesetz) bestimmte gesetzliche Aufgaben und Rechte übertragen, die die gemeinsamen Angelegenheiten der Deutsche Post AG, der Deutsche Postbank AG und der Deutsche Telekom AG betreffen. Die Bundesanstalt führt darüber hinaus die Postbeamtenkrankenkasse, das Erholungswerk, die Versorgungsanstalt der Deutsche Bundespost (VAP) und das Betreuungswerk für Deutsche Post AG, Deutsche Postbank AG, die Deutsche Telekom AG und die Bundesanstalt weiter. Die Koordinations- und Verwaltungsaufgaben werden auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen wahrgenommen. Im Jahr 2007 wurden der Deutsche Post AG für Leistungen der Bundesanstalt Abschlagszahlungen in Höhe von 65 Mio € (Vorjahr: 68 Mio €) und der Deutsche Postbank AG von 4 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €) in Rechnung gestellt.

Beziehungen zum Bundesministerium der Finanzen

Zwischen dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) und der Deutsche Post AG wurde im Geschäftsjahr 2001 eine Vereinbarung getroffen, die die Modalitäten der Abführung der Einnahmen der Deutsche Post AG aus der Erhebung der Ausgleichszahlung nach den Gesetzen über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen der Postwohnungsfürsorge regelt. Im Geschäftsjahr 2007 hat die Deutsche Post AG den Gesamtbetrag von rund 1,3 Mio € für das Geschäftsjahr 2006 sowie rund 1 Mio € an monatlichen Abschlagszahlungen für das Geschäftsjahr 2007 an den Bund abgeführt. Die Endabrechnung für das Geschäftsjahr 2007 erfolgt vereinbarungsgemäß bis zum 1. Juli 2008.

Mit Vertrag vom 30. Januar 2004 hat die Deutsche Post AG mit dem BMF eine Vereinbarung bezüglich der Überleitung von Beamten zu Bundesbehörden getroffen. Danach werden Beamte mit dem Ziel der Versetzung für sechs Monate abgeordnet und bei Bewährung anschließend versetzt. Die Deutsche Post AG beteiligt sich nach vollzogener Versetzung durch Zahlung eines Pauschalbetrages an der Kostenbelastung des Bundes. Für das Jahr 2007 ergaben sich hieraus 33 Versetzungen (Vorjahr: 37) und zwei Abordnungen mit dem Ziel der Versetzung (Vorjahr: 22).

Beziehungen zur Deutsche Telekom AG und deren verbundenen Unternehmen

Im Geschäftsjahr 2007 hat Deutsche Post World Net für die Deutsche Telekom AG Waren und Dienstleistungen in Höhe von 0,4 Mrd € (Vorjahr: 0,6 Mrd €) erbracht. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Beförderungsleistungen für Briefe und Paketsendungen. Im gleichen Zeitraum hat der Konzern Deutsche Post World Net für 0,4 Mrd € (Vorjahr: 0,3 Mrd €) Waren und Dienstleistungen (darunter IT-Produkte und Dienstleistungen) von der Deutschen Telekom erworben. Darüber hinaus besteht eine Rahmenkreditvereinbarung zwischen der Deutsche Telekom AG und der Deutsche Postbank AG in Höhe von 0,6 Mrd € (Vorjahr: 0,6 Mrd €). Weiterhin bestehen personelle Verflechtungen zwischen der Deutsche Post AG und der Deutsche Telekom AG. So ist der Vorstandsvorsitzende der Deutsche Post AG, Dr. Klaus Zumwinkel, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Deutsche Telekom AG.

Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V.

Angaben zum Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V. finden sich unter Textziffer 6.

Deutsche Post Pensions-Fonds GmbH & Co. KG

Die Immobilien im rechtlichen oder wirtschaftlichen Eigentum des Deutsche Post Betriebsrenten Service e.V. (DPRS) bzw. der Deutschen Post Pensionsfonds GmbH & Co. KG mit einem Zeitwert von 1.040 Mio € werden ausschließlich an die Deutsche Post Immobilien GmbH vermietet. Der Mietaufwand der Deutsche Post Immobilien GmbH beträgt 56,4 Mio € für das Jahr 2007 (Vorjahr: 34,7 Mio €). Die Mieten wurden termingerecht bezahlt. Insofern ist im Jahr 2007 kein Aufwand aus einer Forderungsberichtigung oder einer zweifelhaften Forderung entstanden noch ist damit für die Folgejahre zu rechnen. Im Jahr 2007 gab es keine Verkaufsbeziehungen zwischen den externen Trägern und einem Konzernunternehmen der Deutsche Post AG.

Beziehungen zu nicht einbezogenen Unternehmen und assoziierten Unternehmen

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen steht Deutsche Post World Net unmittelbar oder mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit einer Vielzahl von nicht einbezogenen Unternehmen und assoziierten Gesellschaften, die als nahestehende Unternehmen des Konzerns gelten, in Beziehung. Im Rah-

men der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Liefer- und Leistungsbeziehungen, die mit den nicht in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen stattfanden, zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen durchgeführt wie sie auch mit konzernfremden Dritten üblich sind. Im Geschäftsjahr 2007 wurden mit wesentlichen nahestehenden Unternehmen Geschäfte getätigt, die zu folgenden Abschlussposten bei Deutsche Post World Net geführt haben:

Mio €	2006	2007
Forderungen	73	43
Ausleihungen	18	17
Forderungen aus dem Inhouse-Banking	14	6
Finanzschulden	-32	-45
Verbindlichkeiten	-61	-57
Verbindlichkeiten aus dem Inhouse-Banking	-13	-15

52.2 Beziehungen zu nahestehenden Personen

Gemäß IAS 24 berichtet Deutsche Post World Net auch über Geschäftsvorfälle zwischen Deutsche Post World Net und ihr nahestehenden Personen bzw. deren Familienangehörigen. Als nahestehende Personen wurden Vorstand, Aufsichtsrat, Zentral- sowie Geschäftsbereichsleiter (Führungskräfte der Ebene 2) und deren Familienangehörige definiert.

Berichtspflichtige Geschäftsvorfälle zwischen Vorstand sowie deren Familienangehörigen und der Deutsche Post World Net lagen im Geschäftsjahr 2007 nicht vor. In einigen Fällen waren Aufsichtsratsmitglieder in Rechtsgeschäfte mit der Deutsche Post AG involviert. Dies betraf im Wesentlichen Dienstleistungserbringungen und Darlehensgewährung durch die Deutsche Postbank AG. Der Umfang dieser Geschäfte lag bei rund 2 Mio €. Führungskräfte der Ebene 2 hatten in zwei Fällen Verträge mit der Deutschen Post. Die Art der Geschäfte bestand überwiegend in der Erbringung von Beratungs-/Serviceleistungen für Deutsche Post World Net, der Umfang dieser Geschäfte lag insgesamt bei 0,5 Mio €. Den Führungskräften der Ebene 2 wurden insgesamt Darlehen in Höhe von 2,6 Mio € durch die Deutsche Postbank AG gewährt. Die Laufzeit variiert zwischen 5 und 15 Jahren. Sofern kein variabler Zinssatz vereinbart war, liegt dieser zwischen 3,20 % und 4,79 %. Zum 31. Dezember 2007 betrug die Höhe der Darlehen noch 2,3 Mio €. Alle Geschäfte wurden zu marktüblichen Konditionen und im Rahmen der beschlossenen Vorratsbeschlüsse zu Organkrediten durch die Deutsche Postbank AG gemäß § 15 Kreditwesengesetz getätigt.

Die gemäß IAS 24 angabepflichtige Vergütung des Managements in Schlüsselpositionen des Konzerns umfasst die Vergütung des aktiven Vorstands und Aufsichtsrats. Die aktiven Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats wurden wie folgt vergütet:

T €	2006	2007
Kurzfristige fällige Leistungen (ohne aktienbasierte Vergütung)	19.555	16.599
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	4.227	4.066
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0	8.363
Aktienbasierte Vergütungen	3.620	3.571
Gesamt	27.402	32.599

Als Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses wird der aus den Pensionsrückstellungen für die aktiven Vorstandsmitglieder resultierende Dienstzeitaufwand (Service-Cost) ausgewiesen.

Die Angabe der aktienbasierten Vergütung bezieht sich auf den im Geschäftsjahr 2007 erfassten Aufwand aus aktienbasierter Vergütung.

Der auf das Geschäftsjahr 2007 entfallende Aufwand aus aktienbasierter Vergütung wird in der folgenden Tabelle dargestellt:

€	Aktioptionen	SAR	Gesamt
Dr. Klaus Zumwinkel, Vorsitzender	241.616	646.850	888.466
John Allan	0	34.833	34.833
Dr. Frank Appel	161.076	431.233	592.309
Prof. Dr. Edgar Ernst (Mitglied des Vorstands bis 30. September 2007)	139.366	288.592	427.958
Jürgen Gerdes (Mitglied des Vorstands seit 1. Juli 2007)	11.366	104.672	116.038
Dr. Wolfgang Klein (Mitglied des Vorstands seit 1. Juli 2007)	0	0	0
John P. Mullen	106.270	431.233	537.503
Dr. Hans-Dieter Petram (Mitglied des Vorstands bis 30. Juni 2007)	117.656	145.950	263.606
Walter Scheurle	161.076	431.233	592.309
Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann (Mitglied des Vorstands bis 30. Juni 2007)	117.656	0	117.656
Aktienbasierte Vergütung	1.056.082	2.514.596	3.570.678

Weitere Angaben zur Vergütung und zum Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats finden sich im Corporate-Governance-Bericht, dessen Vergütungsbericht gleichzeitig Bestandteil des Anhangs ist.

Meldepflichtige Transaktionen

Die der Deutsche Post AG gem. § 15a Wertpapierhandelsgesetz gemeldeten Transaktionen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern mit Wertpapieren der Gesellschaft sind auf der Website der Gesellschaft unter www.dpwn.de einsehbar.

53 Wesentliche Tochterunternehmen und Beteiligungen

	Land	Kapitalanteile und Stimmrechtsanteile %		Umsatzerlöse ¹⁾ Mio €	
		31. Dez. 2006	31. Dez. 2007	2006	2007
Wesentliche Tochterunternehmen					
BRIEF					
DHL Vertriebs GmbH & Co. OHG	Deutschland	100,00	100,00	1.576	1.597
Global Mail Inc.	USA	100,00	100,00	647	556
Williams Lea Limited	Großbritannien	66,15	66,15	336	484
Williams Lea Inc.	USA	66,15	66,15	182	249
DHL Global Mail (UK) Ltd.	Großbritannien	–	100,00	–	172 ²⁾
Koba SA	Frankreich	100,00	100,00	41	113
The Stationery Office Limited	Großbritannien	–	66,15	–	106 ³⁾
Williams Lea Inhouse Solutions GmbH	Deutschland	100,00	100,00	71	81
Interlanden B.V.	Niederlande	100,00	100,00	71	73
Deutsche Post Customer Service Center GmbH	Deutschland	100,00	100,00	69	69
Deutsche Post Selekt Mail Nederland C.V.	Niederlande	51,49	51,49	64	65
EXPRESS/LOGISTIK					
Exel Europe Ltd.	Großbritannien	100,00	100,00	2.303	3.283
DHL Express (USA) Inc.	USA	100,00	100,00	3.359	3.127
Air Express International USA Inc.	USA	100,00	100,00	1.574	1.848
Exel Inc.	USA	100,00	100,00	1.420	1.508
DHL Freight GmbH	Deutschland	100,00	100,00	1.307	1.434
DHL Express (France) SAS	Frankreich	100,00	100,00	988	999
DHL Global Forwarding GmbH	Deutschland	100,00	100,00	625	964
DHL Express (Sweden) AB	Schweden	100,00	100,00	901	957
DHL Express (Italy) S.r.L.	Italien	100,00	100,00	851	891
Danzas Z.F. Freight Agency Co. Ltd.	China	100,00	100,00	444	719
DHL Express (UK) Ltd.	Großbritannien	100,00	100,00	526	714
Exel UK Ltd.	Großbritannien	100,00	100,00	795	708
DHL Global Forwarding (UK) Ltd.	Großbritannien	100,00	100,00	426	687
DHL Express (Netherlands) B.V.	Niederlande	100,00	100,00	390	682
DHL Global Forwarding (HK) Ltd.	China	100,00	100,00	451	628
DHL Solutions GmbH	Deutschland	100,00	100,00	612	623
DHL International (UK) Ltd.	Großbritannien	100,00	100,00	582	607
DHL Express Germany GmbH	Deutschland	100,00	100,00	557	581
DHL Express Iberia S.L. (Gruppe)	Spanien	100,00	100,00	549	533
Exel Transportation Services Inc.	USA	100,00	100,00	570	490
DHL Global Forwarding (Italy) S.p.A.	Italien	100,00	100,00	469	479
DHL Danzas Air & Ocean (France) SAS	Frankreich	100,00	100,00	423	477
DHL Sinotrans International Air Courier Ltd.	China	51,68	51,68	416	458
DHL Exel Supply Chain (Spain) S.L.	Spanien	100,00	100,00	359	420
DHL Global Forwarding (Sweden) AB	Schweden	100,00	100,00	211	411
DHL Logistics (Schweiz) AG	Schweiz	100,00	100,00	233	400
FINANZ DIENSTLEISTUNGEN					
Deutsche Postbank AG (Gruppe)	Deutschland	50,00 + 1 Aktie	50,00 + 1 Aktie	9.525	10.344
SERVICES⁴⁾					
Wesentliche Gemeinschaftsunternehmen⁵⁾					
Exel-Sinotrans Freight Forwarding Co. Ltd.	China	50,00	50,00	316	211
Express Couriers Ltd.	Neuseeland	50,00	50,00	72	84
AeroLogic GmbH	Deutschland	–	50,00	–	– ⁶⁾
Wesentliche assoziierte Unternehmen					
Polar Air Cargo Worldwide Inc.	USA	–	49,00/25,00		⁷⁾
Air Hong Kong Ltd.	China	40,00	40,00		

1) IAS-Werte gemäß Einzelabschluss

2) Geschäftsübergang mehrerer Gesellschaften auf DHL Global Mail (UK) Ltd. nach Verschmelzung

3) Erwerb am 10. Januar 2007

4) Fast ausschließlich Inneumsätze

5) Quotierte Werte

6) Gründung am 26. September 2007. Aufnahme Flugbetrieb für April 2009 geplant.

7) Erwerb am 25. Juni 2007

54 Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB

Die Deutsche Post AG nimmt für das Geschäftsjahr 2007 die Erleichterungen des § 264 Abs. 3 bezüglich des ersten Unterabschnitts (Jahresabschluss der Kapitalgesellschaft und Lagebericht) und des vierten Unterabschnitts (Offenlegung) für folgende Gesellschaften in Anspruch:

- Deutsche Post Beteiligungen Holding GmbH
- Danzas Deutschland Holding GmbH
- InterServ Gesellschaft für Personal- und Beraterdienstleistungen mbH
- Deutsche Post Ventures GmbH
- DHL Global Management GmbH
- DHL Express Germany GmbH
- Deutsche Post Immobilien GmbH
- Deutsche Post Shop Essen GmbH
- Deutsche Post Shop Hannover GmbH
- Deutsche Post Shop München GmbH
- DHL International GmbH
- Deutsche Post Fleet GmbH
- Deutsche Post Customer Service Center GmbH
- DHL Verwaltungs GmbH
- Deutsche Post Direkt GmbH
- Deutsche Post Technischer Service GmbH
- DHL Airways GmbH
- European Air Transport Leipzig GmbH
- DHL Hub Leipzig GmbH
- Williams Lea Deutschland GmbH
- Williams Lea Inhouse Solutions GmbH
- Williams Lea Direct Marketing Solutions GmbH
- Williams Lea Document Solutions GmbH
- Williams Lea Print Solutions GmbH

55 Entsprechenserklärung zum Corporate-Governance-Kodex

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Deutsche Post AG haben gemeinsam am 13. Dezember 2007 die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate-Governance-Kodex für das Geschäftsjahr 2007 abgegeben.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG, deren Abschluss in den Konzernabschluss der Deutsche Post AG einbezogen wird, haben am 30. November 2007 die Entsprechenserklärung abgegeben. Die Entsprechenserklärungen sind im Internet unter www.corporate-governance-codex.de und auf der Homepage www.dpwn.de bzw. www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.

56 Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Deutsche Postbank Gruppe beabsichtigt, das Kreditkarten- und Absatzfinanzierungsgeschäft der BHW Bank AG im Januar 2008 an die Landesbank Berlin zu verkaufen, siehe Textziffer 34.

Deutsche Post World Net und Hewlett-Packard-Services (HP) haben im Januar 2008 eine Absichtserklärung unterschrieben, mit dem Ziel, die Verantwortung für Teile der weltweiten IT-Aktivitäten von Deutsche Post World Net an HP Services zu übertragen. Gemäß der vorgesehenen Vereinbarung erwartet Deutsche Post World Net Einsparungen von mindestens 1 Mrd € über sieben Jahre. Diese Einsparungen sollen zum einen durch die Senkung der allgemeinen IT-Kosten erreicht werden. Zum anderen sollen die IT-Ressourcen, die benötigt werden, um das eigene Geschäft zu führen und Dienstleistungen für die Kunden zu erbringen, effizienter eingesetzt werden. Die Vertragsparteien

hoffen, bis Mitte 2008 einen verbindlichen Vertrag abzuschließen. In diesem Fall würde HP diejenigen rund 2.500 Mitarbeiter übernehmen, die derzeit die Dienstleistungen für die Rechenzentren der Deutschen Post World Net erbringen – inklusive des Informations- und Datenmanagements, des Infrastruktur- und Netzwerkmanagements sowie des Anwendungsmanagements. Konkret handelt es sich hierbei um die IT-Standorte in Prag (Tschechische Republik), Scottsdale (Arizona, USA) und Cyberjaya (Malaysia) sowie Standorte in einigen europäischen Ländern.

Dr. Klaus Zumwinkel hat dem Präsidialausschuss des Aufsichtsrats am 15. Februar 2008 seine Entscheidung mitgeteilt, dass er sein Amt als Vorstandsvorsitzender der Deutsche Post AG sowie als Aufsichtsratsvorsitzender der Deutsche Postbank AG zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrats niederlegen wird.

57 Honorare des Abschlussprüfers

Für die im Geschäftsjahr 2007 und im Vorjahr erbrachten Dienstleistungen des Abschlussprüfers des Konzernabschlusses, PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, sind folgende Honorare als Aufwand erfasst worden:

Mio €	2006	2007
Abschlussprüfungen	14,2	13,7
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	3,5	5,9
Steuerberatungsleistungen	0,4	0,3
Sonstige Leistungen	7,6	4,6
Honorare des Abschlussprüfers	25,7	24,5

58 Sonstiges

DHL Exel Supply Chain Hong Kong beabsichtigt im Geschäftsjahr 2008, die restlichen 50 %-Anteile an ihrem Joint Venture Exel-Sinotrans Freight Forwarding von Sinotrans Air Transportation Development zu erwerben.

59 Zusatzinformation: Konzernabschluss unter Einbeziehung der Deutschen Postbank Gruppe nach der Equity-Methode (Postbank at Equity)

Zusätzlich zu dem Konzernabschluss mit der vollständigen Einbeziehung der Deutschen Postbank Gruppe wurde ein Konzernabschluss unter Einbeziehung der Deutschen Postbank Gruppe nach der Equity-Methode erstellt, da die Geschäftstätigkeit der Deutschen Postbank Gruppe sich grundlegend vom gewöhnlichen Geschäft der anderen im Konzern Deutsche Post World Net befindlichen Unternehmen unterscheidet. In dem nachstehenden Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 wurde die Deutsche Postbank Gruppe aus der Vollkonsolidierung herausgelöst. Lediglich in Form einer nach der Equity-Methode bewerteten Finanzanlage findet die Deutsche Postbank Gruppe Berücksichtigung in diesem Zusatz-Abschluss. Von den IFRS-Vorschriften wird in diesem Zusatz-Abschluss insoweit abgewichen, als dass auf eine vom IAS 27 geforderte Vollkonsolidierung, bezogen auf die Deutsche Postbank Gruppe, verzichtet wurde und stattdessen die Einbeziehung nach der Equity-Methode erfolgt.

Die folgenden Tabellen zeigen die Überleitungen vom Konzernabschluss Deutsche Post World Net zum Abschluss Deutsche Post World Net mit Postbank at Equity. Dabei werden die Geschäftsbeziehungen zwischen der Deutschen Postbank Gruppe und den übrigen Konzernunternehmen grundsätzlich in den Abschluss aufgenommen.

Erläuterungen zur Überleitungsrechnung

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Als Ausgangspunkt der Überleitungsrechnung der Gewinn-und-Verlust-Rechnung enthält Spalte 1 die Daten des Konzerns Deutsche Post World Net einschließlich der vollkonsolidierten Deutschen Postbank Gruppe.

Spalte 2 zeigt die Gewinn-und-Verlust-Rechnung der Deutschen Postbank Gruppe nach IFRS, die an dieser Stelle aus dem Gesamtabchluss herausgelöst wird. Die hier im Industrieformat gezeigte Gewinn-und-Verlust-Rechnung der Deutschen Postbank Gruppe enthält sämtliche Liefer- und Leistungsbeziehungen zum Restkonzern Deutsche Post World Net.

Mit der Spalte 3 leben die Gewinn-und-Verlust-Rechnung-wirksamen Beziehungen zwischen der Deutschen Postbank Gruppe und dem Restkonzern Deutsche Post World Net, die beim Übergang in den Gesamtkonzern eliminiert worden sind, wieder auf. Inhaltlich umfassen diese insbesondere die Schalterleistungen, die die Deutsche Post AG für die Deutsche Postbank Gruppe erbringt.

Mit der Spalte 4 wird das der Deutsche Post AG zustehende Periodenergebnis der Deutschen Postbank Gruppe zugefügt. Spalte 5 zeigt den Abschluss Deutsche Post World Net mit Postbank at Equity.

Erläuterungen zur Überleitungsrechnung Bilanz

Als Ausgangspunkt der Überleitungsrechnung der Bilanz enthält Spalte 1 die Daten des Konzerns Deutsche Post World Net einschließlich der

vollkonsolidierten Deutschen Postbank Gruppe. Spalte 2 zeigt die IFRS-Bilanz der Deutschen Postbank Gruppe, die an dieser Stelle aus dem Gesamtabchluss herausgelöst wird. Die hier im Industrieformat gezeigte Bilanz der Deutschen Postbank Gruppe enthält sämtliche Liefer- und Leistungsbeziehungen zum Restkonzern Deutsche Post World Net.

Mit der Spalte 3 leben die Beziehungen zwischen der Deutschen Postbank Gruppe und dem Restkonzern Deutsche Post World Net, die beim Übergang in den Gesamtkonzern eliminiert worden sind, wieder auf.

In der Spalte 4 werden die unter den Finanzanlagen und nach der Equity-Methode bewerteten Anteile an der Deutschen Postbank Gruppe ausgewiesen. Spalte 5 zeigt den Abschluss Deutsche Post World Net mit Postbank at Equity.

Erläuterung zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung Postbank at Equity setzt auf dem Konzernabschluss Postbank at Equity auf. Dies bedeutet, dass die Zahlungsströme der Deutschen Postbank Gruppe eliminiert werden, die Zahlungsströme von Deutsche Post World Net gegenüber Deutsche Postbank Gruppe jedoch wieder auflieben. Des Weiteren geht das Ergebnis aus der Equity-Bewertung der Deutschen Postbank Gruppe als nicht zahlungswirksam in den Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit ein. Die Dividende, die die Deutsche Postbank AG an die Deutsche Post AG gezahlt hat, wird als Mittelzufluss innerhalb der Investitionstätigkeit erfasst. Alle anderen Sachverhalte werden in derselben Weise behandelt wie in der Konzern-Kapitalflussrechnung. Weitere Erläuterungen zu der Kapitalflussrechnung siehe Textziffer 47.

59.1 Zusatzinformation: Überleitungsrechnung Gewinn-und-Verlust-Rechnung (Postbank at Equity)

Mio €	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	
	Deutsche Post World Net	Deutsche Postbank Gruppe	A/E- und Schuldenkonsolidierung	Sonstiges	Deutsche Post World Net (Postbank at Equity)	Deutsche Post World Net (Postbank at Equity)
	2007	2007	2007	2007	2007	2006
Umsatzerlöse	63.512	-10.344	875	0	54.043	51.939
Sonstige betriebliche Erträge	2.586	-477	234	0	2.343	2.295
Gesamte betriebliche Erträge	66.098	-10.821	1.109	0	56.386	54.234
Materialaufwand	-36.875	7.061	-889	0	-30.703	-28.928
Personalaufwand	-18.471	1.311	-9	0	-17.169	-17.301
Abschreibungen	-2.357	161	0	0	-2.196	-1.601
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.193	1.219	-211	0	-4.185	-3.805
Gesamte betriebliche Aufwendungen	-62.896	9.752	-1.109	0	-54.253	-51.635
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	3.202	-1.069	0	0	2.133	2.599
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	3	0	0	0	3	4
Ergebnis aus Equity-Bewertung Deutsche Postbank Gruppe	0	0	0	435	435	663
Sonstige finanzielle Erträge	998	-7	104	-103	992	189
Sonstige finanzielle Aufwendungen	-2.011	72	-1	0	-1.940	-1.159
Sonstiges Finanzergebnis	-1.013	65	103	-103	-948	-970
Finanzergebnis	-1.010	65	103	332	-510	-303
Konzernjahresergebnis vor Ertragsteuern	2.192	-1.004	103	332	1.623	2.296
Ertragsteuern	-307	134	0	0	-173	-315
Konzernjahresergebnis	1.885	-870	103	332	1.450	1.981
davon entfielen auf:						
Aktionäre der Deutsche Post AG	1.389	-869	103	766	1.389	1.916
Minderheiten	496	-1	0	-434	61	65

59.2 Zusatzinformation: Überleitungsrechnung Bilanz (Postbank at Equity)

Mio €	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	
	Deutsche Post World Net	Deutsche Post- bank Gruppe	Schulden- konsolidierung	Sonstiges	Deutsche Post World Net (Post- bank at Equity)	Deutsche Post World Net (Post- bank at Equity)
	31. Dez. 2007	31. Dez. 2007	31. Dez. 2007	31. Dez. 2007	31. Dez. 2007	31. Dez. 2006
AKTIVA						
Immaterielle Vermögenswerte	14.226	-2.425	0	991	12.792	13.138
Sachanlagen	8.754	-928	0	0	7.826	8.446
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	187	-72	0	0	115	50
Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	203	0	0	0	203	63
Beteiligungen an der Deutschen Postbank Gruppe	0	0	0	1.662	1.662	1.611
Andere Finanzanlagen	857	-103	0	0	754	829
Finanzanlagen	1.060	-103	0	1.662	2.619	2.503
Sonstige langfristige Vermögenswerte	497	0	0	0	497	376
Aktive latente Steuern	1.020	-483	0	0	537	298
Langfristige Vermögenswerte	25.744	-4.011	0	2.653	24.386	24.811
Vorräte	248	0	0	0	248	268
Ertragsteueransprüche	312	-117	0	0	195	195
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	9.806	-961	532	0	9.377	8.808
Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen	193.986	-193.986	0	0	0	0
Finanzinstrumente	72	2	0	0	74	42
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	4.683	-3.352	8	0	1.339	1.761
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	615	-565	0	0	50	56
Kurzfristige Vermögenswerte	209.722	-198.979	540	0	11.283	11.130
Summe Aktiva	235.466	-202.990	540	2.653	35.669	35.941
PASSIVA						
Gezeichnetes Kapital	1.207	-410	0	410	1.207	1.202
Andere Rücklagen	875	-485	0	485	875	1.528
Gewinnrücklagen	8.976	-4.412	0	4.412	8.976	8.490
Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnendes Eigenkapital	11.058	-5.307	0	5.307	11.058	11.220
Minderheitsanteile	2.801	-2	0	-2.653	146	128
Eigenkapital	13.859	-5.309	0	2.654	11.204	11.348
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	5.989	-1.143	0	0	4.846	5.019
Passive latente Steuern	1.569	-1.102	0	0	467	452
Andere Rückstellungen	3.015	-942	0	0	2.073	2.243
Langfristige Rückstellungen	10.573	-3.187	0	0	7.386	7.714
Finanzschulden	8.625	-4.963	160	0	3.822	3.495
Andere Verbindlichkeiten	361	0	4	0	365	242
Langfristige Verbindlichkeiten	8.986	-4.963	164	0	4.187	3.737
Langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	19.559	-8.150	164	0	11.573	11.451
Ertragsteuerrückstellungen	334	-121	0	0	213	155
Andere Rückstellungen	1.703	-23	0	0	1.680	1.616
Kurzfristige Rückstellungen	2.037	-144	0	0	1.893	1.771
Finanzschulden	1.556	-642	242	0	1.156	1.948
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.384	-173	0	0	5.211	4.930
Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen	187.787	-187.787	0	0	0	0
Ertragsteuerrückstellungen	139	0	0	0	139	101
Andere Verbindlichkeiten	5.101	-741	134	-1	4.493	4.375
Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten	44	-44	0	0	0	17
Kurzfristige Verbindlichkeiten	200.011	-189.387	376	-1	10.999	11.371
Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	202.048	-189.531	376	-1	12.892	13.142
Summe Passiva	235.466	-202.990	540	2.653	35.669	35.941

59.3 Zusatzinformation: Kapitalflussrechnung (Postbank at Equity)

Mio €	2006 angepasst ¹⁾	2007
Ergebnis vor Steuern	2.296	1.623
Finanzergebnis ohne Ergebnis aus Equity-Bewertung	966	945
Ergebnis aus Equity-Bewertung	-663	-435
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	2.599	2.133
Abschreibungen auf langfristige Vermögenswerte	1.601	2.196
Ergebnis aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten	-174	-226
Zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen	115	47
Veränderung Rückstellungen	-1.055	-877
Veränderung sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	-19	-146
Steuerzahlungen	-251	-278
Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit vor Änderung des kurzfristigen Nettovermögens	2.816	2.849
Veränderung von Posten der kurzfristigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten		
Vorräte	-54	10
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	-824	-657
Verbindlichkeiten und sonstige Posten	240	606
Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit	2.178	2.808
Einzahlungen aus Abgängen von langfristigen Vermögenswerten		
Abgang von Anteilen an Unternehmen	239	62
Andere langfristige Vermögenswerte	925	756
	1.164	818
Auszahlungen für Investitionen in langfristige Vermögenswerte		
Investitionen in Anteile an Unternehmen	-440	-334
Andere langfristige Vermögenswerte	-1.813	-2.009
	-2.253	-2.343
Erhaltene Zinsen	86	514
Dividende Postbank	137	103
Kurzfristige Finanzinstrumente	-5	0
Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-871	-908
Veränderung Finanzschulden	272	-757
An Aktionäre der Deutsche Post AG gezahlte Dividende	-836	-903
An andere Gesellschafter gezahlte Dividende	-37	-56
Emission von Aktien aufgrund Aktienoptionsprogramm	124	73
Zinszahlungen	-399	-660
Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-876	-2.303
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel	431	-403
Einfluss von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel	-38	-46
Konsolidierungskreisbedingte Veränderung des Finanzmittelbestandes	-16	27
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente am 1. Januar	1.384	1.761
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente am 31. Dezember	1.761	1.339

1) Anpassung der Vorjahreszahlen analog zum Konzernabschluss

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, 15. Februar 2008


Der Vorstand


Dr. Klaus Zumwinkel


Dr. Frank Appel


John Allan


Jürgen Gerdes


Dr. Wolfgang Klein


John P. Mullen


Walter Scheurle

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Post AG, Bonn, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlust-Rechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang (Notes) – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie die Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, die Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht im Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 15. Februar 2008

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Frank Brebeck	Klaus-Dieter Ruske
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer